

TAGESSCHAU

POLITIK

Europa: Die EG-Außenminister wollen heute in Brüssel versuchen, einen Weg zur Rettung der im Dezember vereinbarten Reformen der Gemeinschaft zu finden. Nach einer Meinungsumfrage in Dänemark bejaht eine Mehrheit der Bevölkerung das am Dienstag vom dänischen Parlament abgelehnte Reformpaket.

Christdemokraten: Kurt Biedenkopf soll im März nach der Fusion der beiden stärksten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für zwei Jahre die Führung des neuen Landesverbands Nordrhein-Westfalen übernehmen. „Erster Stellvertreter“ soll Krefelds Oberbürgermeister Pützchen werden. (S. 4)

Berlin-Engagement: Die Aufträge der Bundespost an Firmen in Berlin haben 1985 erstmals den Wert von 2 Milliarden Mark überschritten. Nach Angaben der Post würden damit rund 20 000 Arbeitsplätze gesichert.

Übergelassen: Ein Funktionär des sowjetischen Geheimdienstes KGB im Rang eines Generalmajors ist nach Informationen des Magazins „US News and World Report“ im vergangenen Jahr in den Westen übergelaufen und hält sich jetzt in den USA auf. Er soll heimlich mit einem Flubschreiber aus der „DDR“ herausgebracht worden sein.

Uganda: Ein halbes Jahr nach dem Staatsstreich der Militärs gegen Milton Obote haben Rebellen der Nationalen Widerstandsbewegung unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Museveni gestern offiziell die Machtübernahme in Kampala bekanntgegeben. Am Vortag hatten sie die letzten Stellungen der Regierungstruppen überannt. (S. 5)

Absehbung: Das rechtsgerichtete Militärregime in Lesotho hat damit begonnen, Flüchtlinge abzuschieben, die von Südafrika als Guerrillakämpfer bezeichnet werden. Rund 60 Personen wurden von einer sambischen Maschine ausgeliefert.

Medien: Dem Großverleger Rupert Murdoch ist es trotz eines Druckerstreiks gelungen, in London seine beiden Sonntagszeitungen „Sunday Times“ und „News of the World“ herauszubringen. Damit hat Murdoch die erste Runde im Kampf mit den Gewerkschaften um die neue Technik für sich entschieden. (S. 5)

Vaclav Havel: Der tschecho-slowakische Bühnenschauspieler und Bürgerrechtler will den Erasmuspreis für seinen Beitrag zur Bereicherung des europäischen Kulturbesitzes nicht persönlich in Amsterdam entgegennehmen. Havel befürchtet nach eigenen Angaben, ausgebürgert zu werden.

Stoltenberg: DGB muß jetzt seine Unternehmen abstoßen

Keine Steuergelder für Neue Heimat / Brandt über Mißmanagement „betroffen“

geol./DW. Kiel
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) will den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht aus der Verantwortung für den finanziell hart bedrängten gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat entlassen. Beim offiziellen Wahlkampfauftakt der CDU für die Kommunalwahl am 2. März in Schleswig-Holstein unterstrich der CDU-Landesvorsitzende in Kiel unmißverständlich, daß er nicht die Absicht habe, der Neuen Heimat mit Steuergeldern zu helfen, solange nicht ein Konzept des Konzerns vorliegt. Werde es vorgelegt, könnten Bund und Länder prüfen, wie der Sanierungsprozess begleitet werden könne.

Den DGB-Vorstand forderte der Christdemokrat auf, den Verkauf seiner gewinnträchtigen Unternehmen einzustellen und die Milliardenbeträge als Haftungskapital zur Verfügung zu stellen. Dies könne am besten durch den Verkauf von Vorzugsaktien an die Gewerkschaftsmitglieder geschehen.

Mit scharfen Worten verurteilte Stoltenberg das Verhalten der DGB-Spitze gegenüber dem Konzern. Niemand zürve in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hätten

Verantwortliche rücksichtslos gehandelt. Wenn der DGB nicht ungläubig werden wolle, müsse er seine Eigentümerfunktion wahrnehmen, sagte Stoltenberg, unter Hinweis auf die Aussage des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Der DGB-Chef hatte erklärt, man habe nicht die Absicht, die Unternehmen neues Kapital zuzuführen.

In seiner Stellungnahme, die zeitweise von dem starken Beifall der rund 300 Parteifreunde in der Kieler Ostseehalle unterbrochen wurde, begründete Stoltenberg sein Nein mit dem Verfall des Staates gegenüber Privatunternehmen. Auch ihnen stehe der Staat erst dann zur Seite, wenn sie selbst Leistungen zur Gesundung ihrer Unternehmen erbrächten.

Während auch der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, sich gegen den Verkauf von Sanierungsmitteln auf die Konten der Neuen Heimat zu üben, wurde aus der SPD der Lf nach staatlichen Hilfen für den morden Gewerkschaftskonzern laut. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sah im Hessischen Rundfunk im Interesse der Mieter sollte der Bund, Lärter und Gewerkschaften

nach gemeinsamen Lösungen suchen. Aber auch er sei „tief betroffen über das erhebliche Maß an Mißmanagement“, daß bei der Neuen Heimat zutage getreten sei.

Hans Apel, stellvertretender Fraktionschef der Sozialdemokraten, begründete seinen Ruf nach staatlichen Hilfen mit den Interessen der Mieter. Der gesetzlich vorgegebene Mieterschutz wäre gefährdet, wenn die Neue Heimat in Konkurs ginge, sagte Apel im „Süddeutschen Rundfunk“.

Der Chef der Neuen Heimat, Dieter Hoffmann, kündigte an, die Übertragung des Wohnungsbesitzes auf regionale gemeinnützige Wohnungsunternehmen in den Bundesländern zu betreiben. Auf diese Weise solle die soziale Bindung der Wohnungen erhalten bleiben. Die Länder müßten dabei die Verbindlichkeiten übernehmen, die in dem Wohnungsbesitz enthalten seien, sagte Hoffmann im „Spiegel“. Auf die Frage nach einer Auflösung des Unternehmens erklärte er: „Man kann und muß über alles nachdenken“. Als erstes Bundesland kündigte Nordrhein-Westfalen an, Hilfe zu prüfen, die „verantwortlich und nötig ist“, so Ministerpräsident Johannes Rau.

DER KOMMENTAR

Größenwahn

FRITZ WIRTH

Er trägt einen modischen Skidress, eine Kapitänsmütze, betritt ein Patrouillenboot, fährt damit eine von ihm selbst erfundene „Todesgrenze“ entlang und stellt sich so als ein „Gucci-Admiral“ der sechsten amerikanischen Flotte im Mittelmeer im „Kampf gegen den internationalen Terrorismus der USA“, wie er es proklamiert.

Es ist nicht leicht, der Verführung zu entgehen, Muammar Khadhafi als einen Hofnarren der Weltpolitik zu begreifen, der bewußt und mit buiesker Unbeholfenheit eine David-Goliath-Szenerie entwickelt, aus der heraus er Politik macht. Inzwischen jedoch weiß man: Die Szene im Nahen Osten ist zu ernst, als daß sie einen Hofnarren dulden könnte.

Noch sträflicher freilich ist es, diesen so unerbaren Mann als ein notwendiges Übel in der Weltpolitik zu betrachten, ihn als einen Handelspartner mit unentbehrlichen Gütern zu begreifen und seine Eskapaden mit zynischer Geduld hinzunehmen, wie es zahlreiche westliche Staaten tun.

Diese Nationen haben es den USA überlassen, den Eskapaden dieses Mannes aus der Wüste ein Stoppschild entgegenzusetzen. Der Krenl mag es „Kanonenboot-Diplomatie“ nennen, einige Kritiker im Westen mögen es als strategisch verfehlt betrachten, Khadhafi mit der sechsten Flotte vor der Haustür die Gelegenheit zu geben, als weltpolitischer David aufzutreten.

Es ist jedoch unerheblich, welchen Namen man den amerikanischen Manövern im Mittelmeer gibt. Wichtig ist, daß endlich eine Nation angetreten ist, diesem unerbaren Mann, der selbstherrlich begnügt, die Grenzen seines Landes bis weit ins Mittelmeer hinein auszuweiten, buchstäblich in seine Grenzen zu verweisen. Die Staatsmänner dieser Welt sollten genug Erinnerungsmomente haben, zu wissen, was passieren kann, wenn man dem Größenwahn in der Politik zu lange freie Bahn läßt.

Peres hofft auf die Hilfe Husseins

Botschafter Ben Ari im WELT-Gespräch Deutsch-Israelische Beziehungen „vertrauensvoll“

DW. Hamburg/Bonn
Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hofft auf eine aktive Beteiligung Jordaniens an den Bemühungen um eine Friedenslösung in Nahost. Der Frieden mit Ägypten sei zugleich Modell und Präzedenzfall. Wenn die Vereinbarungen dieses Friedens sich als haltbar erweisen, werden sie zweifellos auch die Befriedung mit anderen arabischen Staaten fördern, besonders mit Jordanien“, sagte Peres, der gestern Abend zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland eintraf, in einem „Spiegel“-Interview. „Husseins braucht Frieden, genau wie auch wir Frieden brauchen. Also gilt es, alles für einen solchen Frieden zu tun“, erklärte der israelische Regierungschef. Zum Zeitpunkt des erwarteten Gipfeltreffens mit dem ägyptischen Staatschef Hosni Mubarak meinte Peres: „Je schneller desto besser.“

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Yitzhak

Ben Ari, bezeichnete den Besuch des israelischen Premierministers Shimon Peres als „Arbeitsbesuch mit offiziellen Ehren“.

Das Verhältnis beider Länder zueinander sei „gut“, sagte Ben Ari in einem Gespräch mit der WELT. „Zu keiner Periode der deutsch-israelischen Beziehungen hat es so viele Treffen auf höchster Ebene gegeben.“ Ben Ari erinnerte an den Besuch von

SEITE 3:
Ein „anderes Deutschland“

Bundeskanzler Kohl in Israel im Januar 1984 und an die Staatsvisite des Bundespräsidenten im Oktober vergangenen Jahres. Die Beziehungen seien „so vertrauensvoll und selbstverständlich“, daß für den Besuch Peres in Bonn auch kein fest umrissenes Themenprogramm aufgestellt werden sei. „Die Gespräche werden frei und freimütig geführt werden.“

Natürlich seien mögliche Lieferun-

gen von Waffen an arabische Länder Teil der Überlegungen und Gespräche über eine Lösung des Nahost-Konflikts, da sie immer Einfluß auf die Entwicklung nähmen. Brennende Fragen gebe es von israelischer Seite dazu im Moment jedoch nicht.

Spekulationen, wonach Peres mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak auf deutschem Boden zusammen treffen könnte, hätten lediglich die Zeitläufte beider Besuche zum Anhaltspunkt. Ben Ari glaubt nicht, daß es zu einem Treffen der beiden Politiker in Deutschland kommt. „Das ist auch nicht notwendig“. Es gebe in Ägypten und Israel genügend Orte für ein solches „wünschenswertes Treffen“.

Die Rolle Europas in Nahost sei wichtig bei der Unterstützung von direkten Gesprächen. Es habe, so Ben Ari, aber „keinen Sinn, wenn europäische Länder Vorbedingungen stellen, da man sich ohne Vorbedingungen

© Fortsetzung Seite 8

Khadhafi droht Washington mit Vergeltung

DW. Tripolis/Washington

In einer demonstrativen Geste hat sich der libysche Revolutionsführer Khadhafi an Bord eines Patrouillenbootes in den Golf von Syrtis begeben. In diesen Gewässern halten die Amerikaner gegenwärtig Luft- und Seemannsabwehr.

Gleichzeitig drohte Libyen mit Vergeltungsschlägen gegen US-Stützpunkte in Sizilien und Neapel im Falle eines amerikanischen Angriffes auf Libyen. Er werde „auf der Linie des Todes“ entlangfahren „um darauf hinzuweisen, daß dies die libysche Grenze ist“, sagte Khadhafi.

Libyen beansprucht die Meeresbucht innerhalb einer 200-Seemeilen-Zone, während die USA lediglich eine Zwölf-Meilen-Zone anerkennen. Solange die USA ihre Manöver fortsetzen, „rechnen wir jede Minute mit dem Ausbruch von Kämpfen“, sagte Khadhafi.

Paul Channon neuer britischer Industrieminister

DW. London

Die britische Regierungschefin Margaret Thatcher hat Paul Channon zum Nachfolger des zurückgetretenen Handels- und Industrieministers Leon Brittan ernannt. Der 50jährige Channon war bisher Britains Stellvertreter. Brittan war im Zusammenhang mit der Affäre um den Hubschrauberkonzern Westland zurückgetreten. Unter Thatchers Vorgänger Edward Heath war Channon Staatssekretär im Nordlandministerium.

Rund 43 Prozent der britischen Bevölkerung sind nach einer Meinungsumfrage der Auffassung, daß Frau Thatcher wegen der Westland-Affäre zurücktreten sollte, 48 Prozent befürworteten ein Verbleiben Thatchers im Amt. Für den Fall von Neuwahlen sprachen sich 36 Prozent der Befragten für die Labour-Partei aus, 31 Prozent wollten konservativ wählen. Heute will sich die Premierministerin dem Unterhaus stellen.

Seite 2: Das Brief-Gehemnis



In einem Beitrag für die WELT fordert der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine „zweite Phase von Entspannungspolitik“ und einen größeren Zusammenhalt der Europäer. Brandt: „Wenn die Großen davon ausgehen, daß sie einem objektiven Zwang unterliegen, den Weltfrieden gemeinsam zu sichern, dann können sich die Europäer nicht damit begnügen, dies zur Kenntnis zu nehmen.“ S. 4

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

WIRTSCHAFT

Tourismus: Der Urlaubsmarkt ist nach Ansicht des Chefs des Deutschen Reisebüros (DER), Glaser, trotz der hohen Zuwachsraten der vergangenen zwei Jahre „noch nicht ausgereizt“. DER konnte 1985 seinen Gesamtumsatz um 3,6 Prozent auf 2,3 Milliarden DM steigern. (S. 11)

Agarpolitik: Das Präsidium des Deutschen Bauernverbands hat sich auf der Grünen Woche in Berlin auf eine Koalition zur Neuaufrichtung der Agarpolitik geeinigt. Wichtigstes Element ist der Abbau der Überschüsse in der Getreideproduktion. (S. 9)

Zinnmarkt: Die Chancen für eine Lösung der Krise haben sich erheblich verbessert. Auf britischen Druck sind nun auch die Bundesrepublik, Frankreich, Belgien und die Niederlande zu Verhandlungen über einen dem Internationalen Zinnrat vorliegenden Entscheidungssplan bereit. (S. 9)

Sowjetunion: Die Industrieproduktion stieg nach amtlichen Angaben im vergangenen Jahr planmäßig um 3,9 Prozent, das Nationaleinkommen um 3,1 Prozent auf 567 Milliarden Rubel. Ölförderung und Verarbeitung hätten ihre Ziele nicht erreicht. Die Höhe der Getreideernte wurde wiederum verschwiegen.

KULTUR

Oper: Mit begeistertem Beifall ist die Inszenierung von Friedrich von Flotows Oper „Martha“ durch den Hürsten Vicco von Bülow alias Loriot im Württembergischen Staatstheater in Stuttgart aufgenommen worden. (S. 15)

Kirchner: Den Anschluß an den Erfolg seines Erstlingswerks „Die Trauung“ hat Komponist Volker David Kirchner auch mit seiner neuen Oper „Belshazzar“ nicht finden können, die jetzt in München uraufgeführt wurde. (S. 15)

SPORT

Radsport: Aus Protest gegen Unzulänglichkeiten des Kurses in Leembeck bei Brüssel verzichtete der deutsche Querflutweltmeister Klaus-Peter Thaler auf die Verteidigung seines Titels. (S. 13)

Tennis: Durch ein 3:0 über Schweden bleiben die deutschen Herren in der ersten Liga der Hallen-EM. Spieler waren Westphal, Schwäbe, Meinecke und Osterthum. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Flipper: Auch der „gute alte Flipper“ hat an technischer Raffinesse zugelegt, wie die Frankfurter Fachmesse für Unterhaltungs- und Warenautomaten zeigt. Ob er sich allerdings noch lange gegen die TV-Spiele mit ihren schier grenzenlosen Möglichkeiten behaupten kann, ist fraglich. (S. 16)

Bombe: Vermutlich 28 Menschen kamen ums Leben, als in einer Munitionsfabrik im nordchilenischen Liguine eine 225-Kilo-Bombe detonierte. (S. 16)

Wetter: Meist heiter bis wolkig und trocken. Minus 4 bis plus 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Die Nacht der langen Kämpfe hinterläßt Verbitterung in der rheinischen CDU S. 2
- Rechts-Kongress der Union:** Leben von Beginn an unter dem Schutz der Verfassung S. 4
- Forum:** Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- Versicherungs-WELT:** Wie man den Abgrenzungstreit vermeiden kann - Von K.-H. Stefan S. 7
- Argentinien:** Die Gewerkschaften fühlen sich nach dem Generalstreik im Aufwind S. 8
- Autobahnen:** Zeit zum Jubel - Wirtschaftsleitartikel von Harald Posny S. 9
- Willy Weyer:** „Es geht um meine Gesundheit“ - Verzicht Beginn einer Führungskrise? S. 13
- Fernsehen:** Der NDR zeigt eine Chronik vom Kriegsende - Verbrennen ist unteufelbar S. 14
- Pankras:** Der Kiez und die neue Weichenstellung - Über das ungeheilte Ressentiment S. 15
- Miami:** Zwölf Polizisten in Rauschgiftkandale verstrickt - Von Werner Thomas S. 16

Berliner CDU gibt „Versäumnisse“ zu

„Schwarze Kasse“ im Kreis Tiergarten / SPD für Unvereinbarkeit von Amt und Mandat

H.R. KARUTZ, Berlin
Die Berliner CDU denkt über politische Konsequenzen aus dem Korruptionskandale um den CDU-Politiker Anke nach: Gestern traf sich in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen überraschend ein interner CDU-Kreis, um die Lage zu erörtern. Die CDU-Basis sieht vor allem Bürgermeister Heinrich Lummer, dessen Bekanntheit Otto Putsch in den Fall verwickelt ist, und den Multi-Mandatsträger und CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky durch öffentliche Kritik belastet. Landowsky ist Diepgens enger Berater. Bevor die CDU-Fraktion morgen die Vorgänge debattieren wird und von Diepgen und der SPD angelegte Drei-Parteien-Gespräche stattfinden, stellte sich die Lage am Wochenende folgendermaßen dar:

Die Union muß einräumen, in den vergangenen Jahren gesetzeswidrig keine einzige Spende in dem unter dem Verdacht der Bestechung inhaftierten Bauunternehmers Kurt Franke

im Bundesanzeiger veröffentlicht zu haben. Insgesamt zahlte das Ehepaar Franke an verschiedene CDU-Mandatsträger von 1980 bis 1985 insgesamt 228 100 Mark, die an die Partei weitergeleitet wurden. Der damalige CDU-Fraktionschef und geschäftsführende Landesvorsitzende Eberhard Diepgen erhielt 75 000 Mark, die er an verschiedene CDU-Einrichtungen gab. CDU-Schatzmeister Jürgen Wohlrahe bedauerte das „Versäumnis“, die Franke-Spenden (von 500 Mark für 1980, als die CDU noch in der Opposition saß, bis 108 000 Mark im Wahlkampfjahr 1985) nicht publiziert zu haben. Schwerer wiegt das Eingeständnis, daß der CDU-Kreis Tiergarten offenbar über eine „schwarze Kasse“ aus Franke-Spenden verfügte, die selbst auf CDU-Konten nicht auftauchten. CDU-Fraktionsvize Landowsky sieht sich dem Druck ausgesetzt, zwischen Amt (zwei Vorstandsposten in der Pfändbriefbank und Wohnungsbaukreditanstalt) oder Mandat zu entscheiden.

Die SPD gewann die parlamentarische Initiative, indem sie jetzt schon 1982 an CDU und FDP gescheiterten Antrag erneuerte, für Führungspositionen in Unternehmen mit Senatsmehrheit die „Unvereinbarkeit von Amt und Mandat“ zu beschließen.

Die Lage der CDU verschärfte sich durch einen Streit zwischen dem Senator Freies Berlin und Senatssprecher Pest. Der SPB ließ im Lokal-Fersehen den Kompagnon eines inhaftierten Erdbelebenebesitzer zu Wort kommen. Er gab an, der Untersuchungsbehörden habe ihm früher berichtet, daß er bei Diepgen und Lummer „aus- und eingehen kann, wie er will“. Wenn er erde, so der Häftling, würden sie alle „wegfliegen“. Fest rügte den Versuch, „Ehre, Integrität und Persönlichkeit“ Diepgens herabzusetzen. SPB-Chefeditor Braun entschuldigte sich, verteidigte die Recherchen gleichwohl als „journalistisch richtig“.

Moskau setzt wieder zwei Minister ab

Zukunft des früheren KGB-Chefs Fedortschuk ungeklärt / Tass spricht von „Neuernennung“

RME/DW. Moskau
In der Sowjetunion ist am Wochenende die Ablösung von zwei Ministern bekanntgegeben worden. Nach einer Meldung der Parteizeitung „Pravda“ wird Wladimir Reschetlow neuer Bauminister und löst den in Rubland tretenden Georgi Karawajew (72) ab. Karawajew, der dieses Amt 19 Jahre lang bekleidet hatte, ist Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, wird aber auf dem 22. Parteitag im nächsten Monat voraussichtlich nicht mehr wiedergewählt werden.

Überraschend fand auch ein Wechsel im sowjetischen Innenministerium statt: Der 67jährige Witali Fedortschuk wurde abgelöst und der 54jährige Alexander Wassow zum Präsidenten des Obersten Sowjet zum neuen Innenminister ernannt. Dieses Mandat sieht nach einer Kompromißlösung aus. Offenbar soll damit das machtpolitische Gleichgewicht an

der Kremlspitze gewahrt werden. Aus der Tass-Meldung ging hervor, daß Fedortschuk „aus seinen Verpflichtungen als Innenminister im Zusammenhang mit einer Neuernennung entlassen“ wurde. Es fehlt jeglicher Hinweis auf die Frage, in welches Amt er abgedehnt oder befördert werden könnte.

Fedortschuk gehört zur Garde der „Saubermänner“, die noch von Andropow persönlich eingesetzt wurden. Der damalige KGB-Chef Fedortschuk wurde 1982 zum Nachfolger von Nikolaj Anisimowitsch Schtschelokow eingesetzt, der 14 Jahre lang Innenminister war und zum „Breschnew-Clan“ gehörte. Nachdem ihm „Amtsmissbrauch“ vorgeworfen wurde, hatte man ihn aus allen Ämtern entlassen und diskreditiert. Im Dezember 1984 beging er, wie es Gerüchte besagen, angesichts eines drohenden Prozesses Selbstmord. Der Auftrag des Nachfolgers Fedortschuk

Riad läßt Verfall des Ölpreises zu

DW. Bonn

Saudi-Arabien, der größte Erdölproduzent innerhalb der Opec, hält es nach Angaben des staatlichen Rundfunks für möglich, daß der Rohölpreis innerhalb der nächsten Monate von derzeit rund 19 auf 13 Dollar je Barrel (169 Liter) sinken kann. Der Preisverfall würde Länder, die wie Großbritannien zu hohen Kosten für den Rohölimport zwingen, zu den Opec-Ländern hinziehen, wenn sie nicht mit der Opec auf Produktionsabsprachen einigten. Die Opec könne angesichts der Gefahren für die nicht dem Kartell angehörenden Länder die Entwicklung in Ruhe beobachten. Ein Ausschub von fünf Opec-Mitgliedern wird heute in Wien über eine Strategie zur Verteidigung der Marktanteile beraten.

Seite 3: Die Zügel entgittern

„Voyager 2“ entdeckt zehn Uranus-Monde

DW. Washington

Die Astronomen haben durch die amerikanische Raumsonde „Voyager 2“ in wenigen Stunden mehr über den Planeten Uranus erfahren als in den 205 Jahren seit seiner Entdeckung. Während des sechstündigen Vorbeifluges am drittgrößten Planeten unseres Sonnensystems entdeckte die Sonde zehn bisher unbekannte Monde. Die fünf bekannten Trabanten sind von zum Teil riesigen Kratern übersät, die wahrscheinlich durch heftigen Meteoriteneinschlag entstanden sind. Die Forscher vermuten, daß es auf den größeren Monden Beben gegeben hat, sie also in ihrem Inneren geologisch aktiv sind.

Seite 16: Flirt im All

Bonn will beim Paragraphen 116 nicht zurückstecken

Strauß erinnert an verbindliche Festlegung durch die Koalition

DW. Hamburg
Die Bundesregierung ist entschlossen, trotz der gewerkschaftlichen Proteste an ihrem Gesetzesentwurf zur Änderung des sogenannten Streikparagraphen 116 ohne Abstriche festzuhalten. In einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ teilte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit, daß beim jüngsten Bonner Koalitionsgespräch am vergangenen Donnerstag verbindlich festgelegt worden sei, daß der Gesetzesentwurf nicht verändert und zügig verabschiedet wird.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann machte deutlich, daß es bei dem Gesetzesentwurf bleiben soll. In einem Gespräch für die in Baden-Württemberg erscheinende Zeitung „Sonntag aktuell“ sagte Bangemann, er schließe ein Zurückstecken der Bundesregierung bei der Neuregelung aus. „Ein Zurückstecken wäre ein effektives Scheitern der Regierung in dieser Frage.“

Offenbar in Anspielung auf den Arbeitnehmerflirt innerhalb der CDU, in dem es Widerstand gegen eine An-

derung des Paragraphen 116 gibt, meinte der FDP-Vorsitzende, es sei ihm völlig klar, daß die CDU im Augenblick „in besonderer Weise belastet sei“. Dennoch sei ein vernünftiges Ergebnis erforderlich.

Strauß und Bangemann bekräftigten ihre Auffassung, daß es jetzt darum gehe, die Neutralität des Staates im Arbeitskampf sicherzustellen. Strauß sagte: „Wenn... die Gewerkschaften mit einem Mann streiken, dann weitere zehn Arbeitslose schaffen und die zehn Arbeitslosen dann dem Beitragszahler überlassen, dann heißt das für mich nicht Neutralität.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, warf der Bundesregierung vor, sie wolle das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals verschieben. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, gab sich am Samstag im Süddeutschen Rundfunk „sehr sicher“, daß das, was die Regierung jetzt will, am Ende nicht aus den parlamentarischen Beratungen herauskommen werde.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aussperrung damals

Von Joachim Neander

Man wird die ausführliche Begründung und ein eventuelles Revisionsverfahren abwarten müssen. Aber auf den ersten Blick enthält das Urteil des Landesarbeitsgerichts Frankfurt, mit dem erneut (zum wievielten Mal nun eigentlich schon?) das umstrittene Aussperrungsverbot der hessischen Landesverfassung für unwirksam erklärt worden ist, ein neues, überraschendes Moment.

Der Streit ist ja Jahrzehnte alt. Die hessische Verfassung von 1946 garantiert den Arbeitnehmern das Streikrecht, verbietet aber den Arbeitgebern die entsprechende Waffe der Aussperrung. Das drei Jahre jüngere Grundgesetz enthält aus wohlwolligen Gründen weder das eine noch das andere. Es darf gestreikt, aber es darf auch ausgesperrt werden.

Immer wieder haben die hessischen Gewerkschaften versucht, diese Waffengleichheit der Tarifpartner in ihrem Lande unter Berufung auf die Verfassung anzufechten. Immer wieder sind sie gescheitert, zweimal sogar beim Bundesarbeitsgericht. Auch das Landesarbeitsgericht Frankfurt hat in diesem neuen Fall aus Anlaß von Streik und Aussperrung im Metallbereich 1984 wieder betont: Bundesrecht bricht Landesrecht, das hessische Aussperrungsverbot, zumal es keinen Grundrechtscharakter besitzt, muß also zurücktreten.

Neu ist jedoch ein zweites Argument. Mit Aussperrung, sagen die Frankfurter Arbeitsrichter, hätten die Väter der hessischen Verfassung vor vierzig Jahren gar nicht das gemeint, was wir heute darunter verstehen, nämlich die zeitweilige Schließung nichtbestreitbarer Betriebe in einer bestreikten Branche, um der sich in den letzten Jahren entwickelten neuen Waffe der Gewerkschaften - den Schwerpunktstreiks - ihre Wirkung zu nehmen. Gemeint sei damals mit dem Wort Aussperrung vielmehr die Entlassung streikender Arbeiter gewesen. Dies ist in der Tat nach der bisherigen Rechtsprechung schon lange nicht mehr ohne weiteres zulässig. Damit aber entfällt auch die Rechtsgrundlage für die vielen gewerkschaftlichen Attacken in Hessen. Das Risiko, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, sind die Gewerkschaften in dieser Phase wohlweislich nie eingegangen. Es wäre gut, wenn der Streit endlich zur Ruhe käme.

Im Scheidungsvorfeld

Von Friedrich Meichsner

Auf ihrem Marathonlauf zur Verabschiedung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes für 1986, das eigentlich schon Ende vorigen Jahres hätte unter Dach und Fach sein müssen, ist die italienische Regierung bedenklich ins Stolpern geraten. Immer wieder fliegt sie bei Geheimhaltungsmaßnahmen über einzelne Artikel auf die Nase und kann sich nur mühsam wiederaufrappeln. Aufgaben will sie trotzdem nicht. Jedenfalls widerspricht das der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi und die führenden Vertreter aller fünf Koalitionsparteien nach jedem Straucheln aus neue. Das Ziel soll unbedingt erreicht werden - notfalls mit letzter Kraft.

Die Ermüdungserscheinungen bei dieser bisher längstlebigen römischen Regierung der Nachkriegszeit sind unübersehbar. Es vergeht kaum noch ein Tag, ohne daß sich Spitzenpolitiker der fünf Parteien gegenseitig mit homerischen Beschimpfungen überhäufen und ihre eigenen Minister, die einen Koalitionsmodus vivendi zu erhalten versuchen, offen desavouieren.

Der bisherige Tiefpunkt dieser Selbstverstellungskampagne wurde am letzten Wochenende erreicht, als der sozialistische Fraktionsführer in der Abgeordnetenkammer, Rino Formica, den christdemokratischen Parteisekretär Ciriaco De Mita einen "weißen Faschisten und mittelalterlichen Dunkelmann" nannte und DC-Vertreter daraufhin forderten, den "Wahnsinnigen" in eine "Zwangsjacke" zu stecken.

Als der ehemalige KP-Chef und Oppositionsführer Palmiro Togliatti 1947 dem damaligen DC-Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi androhte, er werde ihn "mit Tritten in den Hintern davonjagen", wurde das selbst bei vielen Kommunisten als schlechter Stil empfunden. Heute "unterhalten" sich Koalitionspartner auf dieser Ebene.

Nur wenn es Craxi gelingt, dieses Klima radikal zu ändern, hat er nach Beendigung des jetzigen Haushaltsmarathons noch einige Chancen zum Weitermachen. Wenn nicht, scheint die Krise unvermeidbar zu sein - eine Krise, die sicherlich nicht im Interesse des Landes läge, weil sie den unter Craxi eingeleiteten Stabilisierungsprozess ahrehren und Italien wieder einmal die Aussicht auf vorgezogene Neuwahlen bescheren würde.

Der einsame Sucher

Von Enno v. Loewenstern

Für die Amerikaner ist "Voyager" nicht nur ein Thema der Rekorde. Die einsame Raumsonde hat etwas an sich, das außer den Gehirnen, man verzeihe das in diesem technischen Zusammenhang, die Herzen bewegt. Da zieht ein Maschinen, das längst hätte verhaucht und im Dunkel verschwunden sein müssen, immer noch seine Bahn, marschiert unerbittlich von Planet zu Planet, macht Schnappschüsse drei Milliarden Kilometer von der Erde entfernt (einziges Problem: sind das alles wirklich zusätzliche Monde oder usurpiert da und dort ein mittlerweile angesammeltes kosmisches Stauelement einen ihm nicht zustehenden Platz?), schickt sie auf einem drei Stunden dauernden Funkweg zurück und marschiert dann still durch die ewige Finsternis weiter, dem nächsten Planeten zu.

Da bewährt sich nicht nur amerikanische Wertarbeit. Da ist etwas typisch Amerikanisches zugange: der Einzelgänger, der das schafft, was niemand ihm zugehört hätte. Hat nicht eigentlich alles so begonnen, mit dem Einzelgänger, der den verrückten Plan einer Erdumsegelung nach Westen durchpaukte, der sich gegen alle Zweifler behauptete, der entdeckte, was niemand erwartet hatte?

Für Nicht-Amerikaner rührt das ähnliche Betrachtungen auf, die vor allem solche Denker tief bewegen mögen, die sich dem Kollektivismus verpflichtet fühlen. Sie müssen sich aber abseits der sentimental wie der wissenschaftlichen Seite auch der Überlegung stellen: Diese Amerikaner schaffen immer, was sie sich vornehmen. Wo andere noch nicht einmal einen Fuß auf den Mond zu setzen vermochten, passieren diese Burschen bereits den Uranus und halten nach neuen Zielen Ausschau. Wer versucht ihnen einzureden, was alles "nicht geht", was alles an Weltraumprojekten "nie funktionieren kann"? Die Amerikaner zeigen, daß nicht nur technische Dinge möglich sind, die morgen den Frieden tatsächlich sicherer machen. Sie zeigen auch, daß es entgegen Pensionsmentalität und Wachstumsgrenzen immer neue Ufer gibt. Und daß die Zukunft dem gehört, der in den Kategorien des Aufbruchs statt der Ausreden denkt.



Das Brief-Geheimnis

Von Reiner Gatermann

Margaret Thatcher befindet sich mit ihrem Kabinett im Treibsand. Je intensiver sie versucht, sich zu befreien, desto tiefer sinkt sie. Ihren letzten Rettungsversuch muß sie heute unternehmen. In der Dringlichkeitsdebatte des Unterhauses wird sich zeigen, ob es ihr gelingt, Boden unter ihre Füße zu bekommen, von dem aus die Rückkehr zu Vertrauen und überzeugender politischer Handlungskraft beginnen könnte. Davon haben die Regierung und ihre Chefin seit Anfang Dezember 1985 sehr viel eingebüßt.

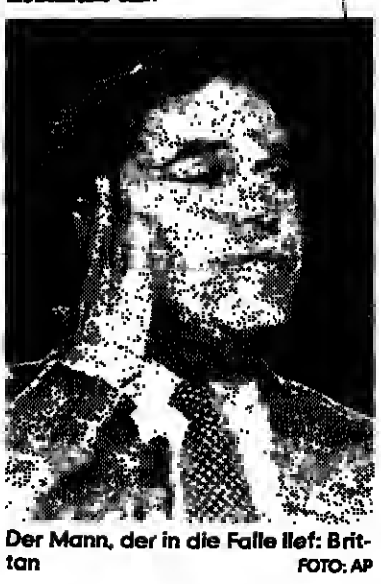
Die Hauptverantwortung für die heutige Debatte wird auf den Schultern von Frau Thatcher lasten, nachdem nun auch ihr Handels- und Industrieminister Leon Brittan am Freitag das Handtuch geworfen hat. Partei- und Fraktionsführung machten über das Wochenende intensive Anstrengungen, die konservativen Abgeordneten wieder auf Vordermann zu bringen, indem sie an deren Loyalität appellierten, die in diesen Tagen von größerer Bedeutung sei als "Hubschrauber und Indiskretionen", so Parteivorsitzender Norman Tebbit.

Die Fraktion wird Frau Thatcher wohl auch nicht im Stich lassen, aber dies ist mehr parteiaktuell geprägt und basiert derzeit noch keineswegs auf der Überzeugung, daß die Premierministerin allein wegen der Disziplinlosigkeit einiger ihrer Kabinettsmitglieder in diese schwerste Krise ihrer sechseinhalbjährigen Amtszeit gerutscht sei. Die Mehrheit der Parlamentarier vertritt vielmehr die Auffassung, daß nach einer solchen Erschütterung die Regierung endlich wieder zur Ruhe kommen muß, um ihre ganze Kraft den sich immer höher aufstapelnden politischen Problemen zu widmen. Dazu benötigt sie ein eindeutiges Vertrauensvotum der Fraktion, alles andere würde die Weichen für die Wahl auf Verlust stellen.

Aber Frau Thatcher, steht unter Bewahrung", meint ein konservativer Abgeordneter. Sie wird auch kurzfristig nicht die angesammelte Skepsis abbauen können. Dazu stehen noch allzu viele Fragen offen, von denen einige heute im Unterhaus beantwortet werden müssen. Es ist für Margaret Thatcher schon ungewöhnlich genug, daß sie nicht rechtzeitig bemerkte, wie ihr in der Affäre um Westland, dieses Mini-Unternehmen in der Hubschrauberbranche, Kabinettsautorität

und -disziplin aus den Länden glitten. Es überraschte ihn, als der zunächst so eingeschätzte Sturm in Wasserglas mit dem Rücktritt von Verteidigungsminister Michael Heseltine am 9. Januar seinen ersten Höhepunkt erreichte, daß Frau Thatcher immer noch nicht die Krise unter Kontrolle zu bringen vermochte. Nichtsdestotrotz der Folgen drängt sich ein Watergate-Vergleich auf. Jeder Versuch, eine Frage zu beantworten, löst unmittelbar mindestens zwei weitere Fragen aus und weckt neues Mißtrauen. "Wir müssen uns jetzt fragen, ob Frau Thatcher nicht auch in anderen Angelegenheiten ähnlich agiert hat", meint ein konservativer Abgeordneter.

Er und seine Kollegen waren bereit, einige nur zögernd und widerwillig, den Industrieminister zu opfern, obwohl sie ihn nicht allein für das Desaster verantwortlich machen wollen. Dafür aber soll die Premierministerin nun ein für allemal die Westland-Affäre ins Bett bringen. Ob ihr das zur Zufriedenheit ihrer eigenen Anhänger gelingt - darum geht es jetzt in erster Linie - hängt von den Fakten, wohl mehr aber von ihrer Tagesform ab. Das Unterhaus will heute Antwort auf vor allem zwei Fragen: Wann hat Frau Thatcher von der zwischen Britans Industrieministerium und zwei ihrer eigenen höchsten Beamten vereinbarten Indiskretion erstmals erfahren, und: Warum setzte sie einen Ausschuß zur Untersuchung ihres Zustande-kommens ein?



Der Mann, der in die Falle fiel: Brittan

Vor dem Unterhaus behauptete Margaret Thatcher am Donnerstag, die Weiterleitung eines Passus aus dem Schreiben des Kronanwalts Sir Patrick Mayhew an Verteidigungsminister Michael Heseltine sei für Westland aus "kommerziellen Gründen" wichtig gewesen, und: aus Zeitgründen habe man weder Sir Patrick um Erlaubnis fragen können (dieser war anschließend verärgert darüber), noch den Empfänger des Briefes informieren können, den Verteidigungsminister, für den die Veröffentlichung desavouierend war. Nun stellt sich heraus, daß Westland offenbar nicht direkt vom Industrieministerium unterrichtet wurde, wie behauptet worden ist, und daß Westland-Chef Sir John Cuckney die Indiskretion eher als "weitere politische Einmischung" aufsaßte denn als erforderliche Klar- und Hilfestellung.

Frau Thatcher stellte sich hinter den Veröffentlichungsbeschuß, kritisierte jedoch seine Form. Über alle Einzelheiten will sie erst durch den Untersuchungsbericht informiert werden sein. Wieso konnte sie diese nicht durch Direktkontakt mit zwei ihr sehr nahestehenden Beamten im eigenen Haus und mit dem Industrieminister in Erfahrung bringen?

Mit Leon Brittan haben seit dem Regierungswechsel 1979 neunzehn Minister das Thatcher-Kabinett verlassen, fast eine vollständige Regierungsmannschaft. Allein das Industrieministerium hat in diesen sechseinhalb Jahren fünf Minister verschlissen. Herrsche vor etwa einem halben Jahr noch der Eindruck vor, das Kabinett habe nun die Halbzweikrise seiner zweiten Amtsperiode überstanden und könne sich auf die nächsten Wahlen konzentrieren, muß man jetzt davon ausgehen, daß Frau Thatcher die Restzeit bis zur Abstimmung zu einem Großteil mit der Wiederherstellung ihrer Reputation verbringen muß. Ihre Aufgabe wird noch dadurch erschwert, daß sich aufgrund des Ölpreisverfalls die finanziellen Voraussetzungen für eine zugesagte Steuerentlastung erheblich verschlechtert haben und eine eingeleitete Sozialreform zugunsten ärmerer Kreise ebenfalls nicht dazu angetan ist, unter ihren Wählern im Mittelstand größere Sympathien zu schaffen.

Das gibt es nur bei uns in Gelsenkirchen

Die Nacht der langen Kämpfe hinterläßt Verbitterung in der rheinischen CDU / Von Wilm Herlyn

Der Fusion solle die Integration folgen. So lautete das Stofgebiet des designierten Gründungsorganes für eine geeinte nordrhein-westfälische CDU. Professor Kurt Hans Biedenkopf. Er hat allen Grund dazu. Zunächst ging der Fusion die Konfusion voraus.

Die wilden nächtlichen Verhandlungsrunden in Gelsenkirchen, die ja eigentlich den Durchbruch zur Einigung von Westfalen und Rheinländern bringen sollten, trugen dem Stempel des gegenseitigen Mißtrauens über den schon traditionellen Zwiß hinaus. Die Verantwortlichen verscherzten erst einmal die Chance für die gesamte Union, ein Bild der Geschlossenheit zu bieten und dem Wähler zu beweisen, daß der CDU das kommende Ziel - die Bundestagswahl, aber auch die Landtagswahl 1990 - wichtiger ist als das Gezerre um Posten und Personen. Müllheim vor drei Jahren, als sich der Rheinländer Bernhard Worms gegen Westfalens Biedenkopf in einer Kampfabstimmung um das Amt des

Spitzenkandidaten durchsetzte, war ein harmonisches Familienfest gegen Gelsenkirchen. Delegierte zerrissen ihre Stimmzettel, laurten auf die Fehler der anderen, brachen in Beschimpfungen aus. Tricks beherrschte die Szene.

Warum kündigte Biedenkopf die fünf Tage zuvor getroffene Vereinbarung von Eugeuopet auf, nach der er Vorsitzender und Pützhofer Stellvertreter geworden wäre - beide auf ein Jahr als Gründungsorgan gewählt? Er sagte, er habe für dieses Agreement keine Mehrheiten finden können im Westfalenland. Aber gefragt hat er nur wenige in seinem geschäftsführenden Vorstand. Kaum einer der mitentscheidenden Kreisvorsitzenden kannte den Kompromiß.

regieren soll, versuchten sie plötzlich ein schon am Vortrag vorbereitetes Statement, daß der Vorstand sogar bis Ende 1988 im Amt sein solle, den Rheinländern zu unterschreiben.

Nun ist der Vorstand zwar bestimmt, aber man weiß nicht, auf wie lange (und man weiß nicht, wie Biedenkopf mit Pützhofer die Aufgaben teilen will); zudem wurde das ganze Gebilde noch nicht durch Satzungsänderung bestätigt. Das soll am 8. März auf dem "Fusionsparteitag" erfolgen. Die CDU kann nur hoffen, daß die Rheinländer trotz allen Zorns den Eklat eines Zusammenbruchs der Fusionspläne nicht wollen.

IM GESPRÄCH Justin Lekhanya

Umschwung in Lesotho

Von Volker Stahr

Noch am Sonntagabend vor acht Tagen hatte der Premier des ganz von Südafrika umschlossenen Kleinstaates Lesotho den Armeechef Lekhanya als "seinen Mann", ja sogar als "seinen Freund" bezeichnet. Und um den bereits seit Tagen kursierenden Putschgerüchten vollends die Spitze zu nehmen, fügte Leabua Jonathan vor versammelter Presse hinzu: "Ich bin völlig Herr der Lage." Tags darauf um sechs Uhr morgens verkündete Radio Lesotho, Jonathan sei abgesetzt. Generalmajor Lekhanya, Oberbefehlshaber der 1500 Mann starken Streitkräfte, habe die Macht zusammen mit den Sicherheitskräften und der Polizei (alle zusammen etwa 3000 Mann) übernommen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der etwa fünfzig Jahre alte Justin Lekhanya ein politisch völlig unbeschriebenes Blatt. Er galt als guter, jedoch ganz auf seine Aufgaben beschränkter Berufsoffizier. Schon in jungen Jahren wurde er erst Polizist und dann Soldat, von Briten im damaligen britischen Protektorat Lesotho ausgebildet. Später folgten noch Lehrgänge in den USA. Der Armee seines Landes gehörte Lekhanya seit der Unabhängigkeit 1966 als Offizier an, Jonathan berief ihn ins Amt des Armeechefs. Der praktizierende Katholik gilt als überzeugter Antikommunist und ist schon aufgrund der geopolitischen Lage seines Landes ein Verfechter der Zusammenarbeit mit Südafrika.

Der schon vor 1966 von den Briten an die Spitze gebrachte und anfangs südafrikafreundliche operierende Jonathan dagegen, der bald ein diktatorisches Regime errichtete, schwankte auf Ostblockkurs: Sowjetische, mitteleuropäische und nordkoreanische Helfer kamen ins Land. Für die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC wurde der Zwergstaat im Herzen der Burenrepublik eine ideale Guerrilla-Basis. Um dies zu unterbinden, hatte Südafrika zum Jahresbeginn (wieder einmal) die Grenzen zu Lesotho geschlossen und das Land praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Just am Tag des Putsches wollte Jonathan den bereits in Maseru weilenden kubanischen Außenminister empfangen - wohl wissend, daß Kuba für Pretoria ein rotes Tuch ist.



Abgesprächen mit Südafrika gingen voraus: Lesothos Putsch-Premier Lekhanya.

Höhepunkt war dann die Pressekonferenz von Sonntagabend. Sollte der Westen ihm keine Luftbrücke gegen die südafrikanische Blockade stellen, wollte Jonathan seine Freunde in Moskau um Hilfe bitten. Lekhanya dürfte allerdings nicht erst daraufhin den Putsch beschlossen haben. Bereits Tage zuvor gab es Unstimmigkeiten im Offizierskorps. Nordkoreanische Berater sollen auf die Absicht Lekhanya durch einen (in ihrem Sinne) mehr politischen General gedrängt haben. Bereits am Mittwoch hatten Truppen Lekhanyas den Regierungssitz umstellt. Offensichtlich ein Warnschuß für den Premier- und offensichtlich vergeblich.

Zwei Tage später hielt sich der General zu "Gesprächen über Sicherheitsfragen" in Südafrika auf. Ob dabei bereits der Putsch beschlossen wurde, ist unklar. Vieles spricht dafür, daß Lekhanya nur zögernd putschte - ihm als "starken Mann" zu bezeichnen sich vor der Mitarbeiter des Königs verzicht. Moshoeshoe II. ist zwar seit 1966 Staatsoberhaupt, er wurde jedoch von Jonathan komplett auf politische Abstellgleise geschoben. Lekhanya hat nun den populären und seit zwanzig Jahren wartenden Monarchen wieder in die Macht eingesetzt. Sein zweites Ziel: die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. Südafrikas Blockade wurde bereits aufgehoben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Berliner Morgenpost

Sie appelliert an Dieppgen: Eberhard Dieppgen persönliche Integrität ist bis zur Stunde über jeden Zweifel erhaben. Aber er war bei der Beurteilung dessen, was an Durchsicherungen in der eigenen Partei auf ihn zukam, miserabel beraten. Seine politischen Instinkte versagten, wie er selbst einräumt. Statt zu agieren, reagierte er stattdessen mit Vehemenz an die Spitze eines Saubermänner-Kommandos zu setzen, gab er sein Herrschaftswissen in peinlichen Raten preis. Wo bleibt das überfällige Machtwort an seinen alten Gefährten Landowsky, endlich einen Trennungsschnitt zwischen Amt und Mandat zu ziehen?

Süddeutsche Zeitung

Es ist zu früh für Spekulationen, ob und welche deutschlandpolitischen Konsequenzen aus einer Partnerschaft Eisenhüttenstadt-Saarouis resultieren könnten. Von einem Durchbruch oder gar einem neuen Freizügigkeitssinn der DDR-Führung kann - vorerst - keine Rede sein... Eignung hatte sich das alte Saarouis ja auch gar nicht mit dem sehr jungen Eisenhüttenstadt zusammen tun wollen, sondern mit dem ebenfalls alten Halberstadt, welches schon touristisch mehr zu bieten gehabt hätte.

Nach Halberstadt aber hat es in den Kriegsjahren viele Saarouisern vorschlagen. Da wäre die Gefahr unerwünschter Verdrößerung groß gewesen. Das kann in fernem, traditionellen Eisenhüttenstadt nicht passieren.

Hannoversche Allgemeine

Zu Äußerungen von Strauß meint sie: Weil Strauß sich immer häufiger mit Genscher befaßt, ist vorauszusetzen, daß es 1987, falls die Koalition bei der Bundestagswahl bestätigt wird, zu einer Art Räumungsklage der CSU gegen die FDP in Sachen Auswärtiges Amt kommen wird. Dabei wird in einem ersten Prozeß zu entscheiden sein, welche Partei das Zugriffsrecht für den Amt erhält, und in einem Berufungsverfahren geht es dann um die Person. Alles kann aber auch ganz unordentlich zugehen oder so bleiben, wie es ist, denn bevor die Wähler die Parteien mit neuen Prozentzahlen ausgestattet haben, kennen sie nicht einmal ihr eigenes Gesicht.

Braunschweiger Zeitung

Im übrigen muß kein Geschäft länger offen, als es das wirtschaftlich für sinnvoll hält. Über das deutsche Verbot, es zu kürzen, schüttelt der Rest der Welt, wie deutsche Touristen mittlerweile wissen, den Kopf.

im Sport
nd der
ügel er



مكتبة الأمل

Am Spotmarkt sind der Opec die Zügel entglitten

Die Ölproduzenten stecken in einer tiefen, zum größten Teil selbstgeschaffenen Depression. Ihr Preisrätsel lautet nun: Wie kann verhindert werden, daß die Rohölpreise ins Bodenlose stürzen?

Von HANS BAUMANN

Es freut den Autofahrer, daß er wieder so billig tanken kann wie vor sechs Jahren. Die Weltkonjunktur wird davon profitieren, daß der Ölpreis unter 20 Dollar je Faß (1 Barrel = 159 Liter) sinkt. Und wann schon hat es mitten im Winter einen Fall der Preise für Heizöl um 30 Prozent gegeben?

Die große Gefahr eines ungebreiten Preistreuzes haben die Ölproduzenten, angeführt von der Organisation der Rohöl exportierenden Länder (Opec), der 13 Staaten angehören, selbst heraufbeschworen. Sie schlugen die Warnungen des saudiarabischen Ölmisters Yamani in den Wind, nicht starre Listenpreise und betonierte Förderquoten zu beschließen, sondern sich lieber den jeweiligen Forderungen des Marktes flexibel anzupassen. Die Rechnung hat sich die 78. Opec-Konferenz vom Dezember 1985 selbst präsentiert: Der unaufhaltsame Rückgang des Opec-Anteils am Weltmarkt müsse begrenzt und ein angemessener Anteil an Ölmenge und Öleinkommen gesichert werden.

Nun liegt das Kind im Brunnen, wie von Yamani befürchtet. Denn Mindestproduktionen und Mindestpreise bei schwächerer Nachfrage müßten zwangsläufig einzelne Mitglieder der Opec dazu verleiten, ihren notleidenden Staatshaushalt durch Umgehung der Opec-Beschlüsse über den Spotmarkt aufzupäppeln. So untergrub die Opec im Laufe der Jahre ihr eigenes Konzept und damit ihre Autorität. Langfristig kalkulierbare Geschäfte wurden von Spotgeschäften abgelöst, die heute fast 80 Prozent des Weltölhandels bestimmen, womit sich die Relation von Kontrakt zu Spot binnen 20 Jahren genau umgekehrt hat. Mit dem Spotgeschäft aber ist in den Rohölproduzenten der letzte Zügel zum Verbraucher entglitten - man lebt von der Hand in den Mund.

Wie aber kann sich die Opec einen „angemessenen Anteil“ an den Ölmenge und an den Öleinkommen der westlichen Welt sichern? Da wird zur Zeit ein naheliegender, aber auch zweischneidiges Instrument angesetzt: die Öffnung der Ölseuchen und die Überschwemmung des Weltmarktes. Folge: Der Preis gerät ins Trudeln. Das hat die Opec - und hier wieder allen voran Saudi-Arabien - einkalkuliert. Sinn der Operation:

Die Wirtschaftlichkeit der Ölförderungen außerhalb der Opec (und hier vornehmlich der in der Nordsee) zu gefährden. Der Schachzug zeigt Wirkung. Am 15. Januar 1986 meldet die „Financial Times“ auf der ersten Seite, daß Großbritannien und die Saudis über Ölpreise sprechen wollen.

Wer bei diesen - sicherlich nicht in der Öffentlichkeit geführten - Gesprächen die besseren Karten hat, ist leicht erklärt: Saudi-Arabien hat für große Teile der erschlossenen Ölfelder Förderkosten je Faß von rund einem Dollar. Die Briten aber haben bei neueren Feldern in der Nordsee Förderkosten um 15 Dollar je Faß

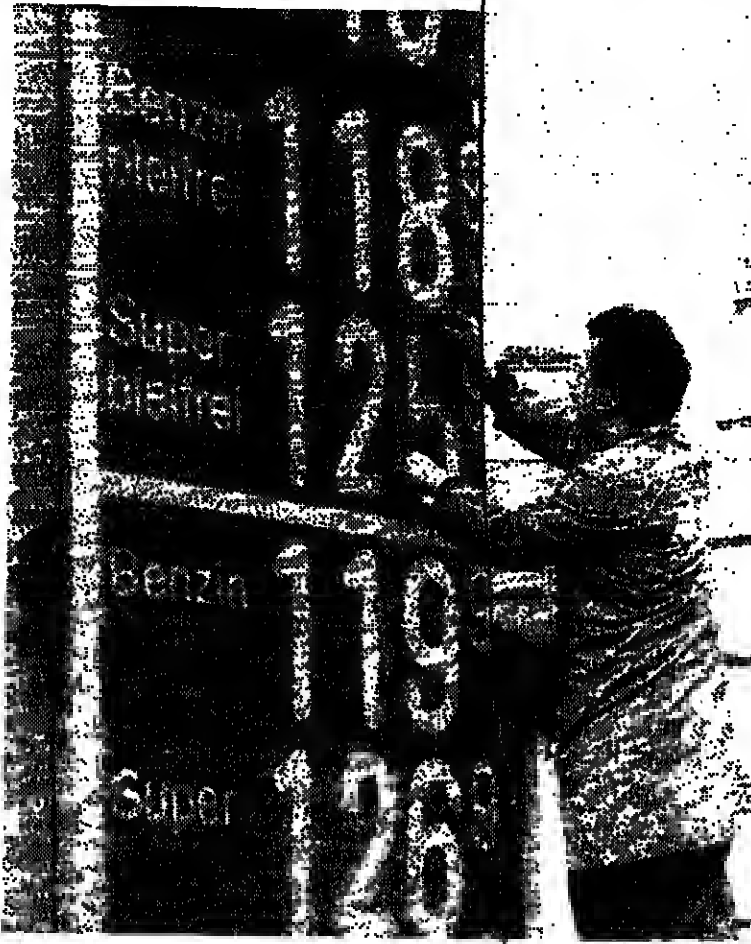
und bei schon länger betriebenen Feldern Mindestkosten von 12 Dollar je Faß. Und da das Nordseefeld Brent bereits Öl am Spotmarkt zu 18,5 Dollar anbietet, liegt auf der Hand, wie besorgt das Kabinett Thatcher die Mengenattacken der Saudis registriert, verfiel doch der Brentpreis innerhalb weniger Monate um rund 30 Prozent.

Aber auch Scheich Yamani dürfte nicht daran gelegen sein, die Preishock-Therapie weiter anzuwenden. Ein Verfall der Ölpreise ins Bodenlose würde zwangsläufig die Nachfrage nach Öl weltweit ruckartig anziehen lassen mit der Folge, daß die Förderländer mit wachsender Marktmacht erneut zum Verdruss der ganzen Welt ihren Ölpreis wieder mühselig aufbauen müßten. Das ist heute oder gar morgen ungleich schwerer als 1973 und 1980, weil die Verbrauchermärkte sich von nationalen zu integrierten Märkten umorganisiert haben, und weil Alternativenergien am Markt sind, etwa Erdgas und vor allem die von Jahr zu Jahr zulegende Kernenergie, die sich in Frankreich bereits abzulösen, das Öl am Wärmemarkt abzulösen.

So gibt es keine Prognosen, die trotz der Belebung der Weltkonjunktur eine Zunahme des Ölverbrauchs für 1986 voraussagen. Da aber auch nicht zu erkennen ist, daß die Förderländer außerhalb der Opec bereit wären, sich die eigenen Quellen mit Opec-Billigöl verstopfen zu lassen, bleiben eigentlich nur 15 bis 16 Millionen Faß pro Tag (rund 800 Millionen Tonnen im Jahr) für die Opec-Länder, jene Menge also, die sich die Opec bisher als Quote selbst verordnet hat, an die sich seine Teile der Fördergemeinschaft nur nicht gehalten haben.

Die Erkenntnis daraus: Eine Überschwemmung des Weltmarktes mit Öl und ein damit einhergehender Sturzflug des Ölpreises treibt die Opec nur noch tiefer ins Dilemma. Damit scheint aber auch schon die Ausweglosigkeit der Lage dokumentiert zu sein, was gleich wieder die „Ölpropheten“ an ihre Töpfe rufen, in denen sie ihre Prognosen kochen, die sich bisher samt und sonders als bloße Gerüchte entpuppt haben.

Doch wie geht's weiter? Setzen sich die Venezolaner durch, die die Opec zu einem echten Kartell machen möchten, das sich sogar aus dem internationalen Währungsfonds zurückziehen sollte? Caracas möchte



Vorgängen an der Zapfstelle: der Tankwart auf, die Preise runter

mit einer Agentur für Opec-Öl den Absatz bündeln und die Deviseneinnahmen zur Stabilisierung der Preise nach Förderschlüssel auf die einzelnen Opec-Länder verteilen. Ziel: Mit interessanten, längerfristigen Verträgen den Klotz der Spotverträge vom Bein streifen und wieder Marktinitiative übernehmen.

Zu schön, um wahr zu werden, denn ein solcher Pool würde den drittgrößten Erdölproduzenten und das Land mit den größten Erdölreserven der Erde um seine Autonomie bringen: Saudi-Arabien. Und da ohne die in der Opec nichts geht, hat auch der Plan der Venezolaner kaum eine Chance. Ja, er könnte sogar an der Ölpolitik Caracas' selbst scheitern. Denn Venezuela betreibt intensiv eine bilaterale integrierte Ölpolitik. Beispiel Veba Öl: Die staatliche venezolanische Ölgesellschaft ist zu 50 Prozent an der Veba-Ruhröl und an deren Aktivitäten in Süddeutschland beteiligt, liefert Rohöl ein und vertreibt die Produkte über die Veba Oel AG (Aral, Raab Karcher). Könnten da nicht die übrigen Opec-Länder fordern, daß die daraus erzielten Vorteile mit über die gemeinsame Agentur verrechnet werden? Caracas dürfte kaufen zu einem solchen Opfer bereit sein.

Halten wir fest: Trotz aller Turbulenzen ist der internationale Rohölpreis immer noch sehr hoch (siehe

Graphik). Die Ausschläge in Europa resultieren vornehmlich aus den Bewegungen des Dollar, weil die Ölrechnung international in dieser Währung abgerechnet wird.

Vielleichtlingt es Saudi-Arabien, die Interessen der Industrienationen und die der Opec wieder zu koordinieren und die Turbulenzen allmählich beizulegen. Denn: Öl bleibt Primärenergie Nummer eins und die Golf-Region mit fast 57 Prozent das größte Reservoir der Welt, gefolgt von den USA mit 17 und dem Ostblock mit zwölf Prozent. Die Gespräche mit London könnten der Auftakt sein. Vielleicht schließen sich daran neue Vertragsformen an, die zunächst einmal die Spotpreise zügeln, den lauter werdenden Ruf nach administrativen Eingriffen ersticken und den Rohölpreis wieder stabilisieren (nicht zuletzt im Interesse der Fortentwicklung alternativer Energien).

Wie schreibt der Wissenschaftler und Fachreferent für Erdölfragen des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln, Heinz Jürgen Schürmann, in einem Neujahrsgruß sehr treffend: „Das neue Jahr bleibt für den Ölmarkt spannend.“ Oil and Gas Journal prognostiziert nur jenen Firmen der Ölbranche Erfolg, die sich auf das Unerwartete einstellen, und überleben werde schließlich nur der flexibelste. Der Verbraucher hört die Botschaft gern.

Erlöse der Opec

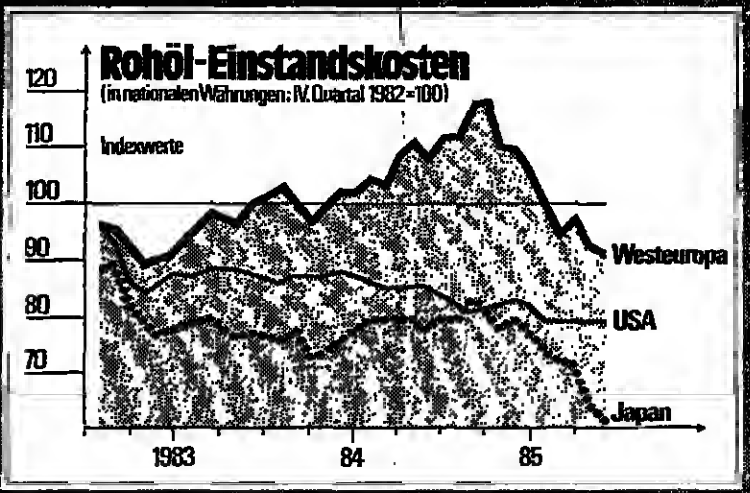
Jahr	Mrd. US-\$	Jahr	Mrd. US-\$
1976	126	1981	253
1977	141	1982	202
1978	133	1983	160
1979	195	1984	157
1980	279	1985	133

Quelle: Shell Briefing Juni 1985; Petroleum Intelligence 13.1.1986

Opec-Leistungsbilanz

Jahr	Mrd. US-\$	Jahr	Mrd. US-\$
1965	+ 0,3	1978	+ 1,2
1969	- 0,2	1980	+ 106,7
1973	+ 7,0	1983	- 19,6
1974	+ 67,1	1984	- 4,1

Quelle: Opec, Facts and Figures



Die Werte für West-Europa bildet ein Durchschnitt aus Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien.

Im Reichstag trifft Peres ein Stück „anderes Deutschland“

Zehn Jahre nach seinem Landsmann Yitzhak Rabin wird der israelische Ministerpräsident Shimon Peres am Mittwoch Berlin besuchen. Dort wird er im Reichstag auch mit einer Gruppe Schüler diskutieren - eine Begegnung mit einer besonderen Vorgeschichte.

Von D. DOSE und H.-R. KARUTZ

Die Freiberg-vom-Stein-Schule gehört zu den ersten Adressen unter den Gymnasien der geteilten Stadt. Einundzwanzig ihrer Schüler, zwischen 16 und 18 Jahre alt, anderthalb Jahre vor dem Abitur, werden dem hohen Gast aus dem einst geteilten Jerusalem im Schatten der Mauer gegenübersitzen und über Leid und Hoffnung mit ihm sprechen. Die Deutschland und Israel verbinden. Es wird ein Gespräch in einer erlernten Sprache werden. Denn die Schüler müssen ihre Gedanken auf Englisch formulieren. „Das ist ungleich als Vorbedingung genannt worden“, berichtet Direktor Wolfgang Bethge.

Auf seinem Deutschland-Programm ist die Diskussion mit den Schülern im Reichstag Peres' einzige direkte Begegnung mit Bürgern, das einzige „Basis-Erlebnis“. Diese Begegnung hat eine Vorgeschichte, die wahrscheinlich mehr über das neuwonnene deutsch-israelische Miteinander erzählt als mancher Leitartikel. Die Freiberg-vom-Stein-Oberschule liegt im Havelstädtchen Spandau - fünf Jahre älter als Berlin, vor den Toren der großen Schwester. Spandau, einst preussische Waffenschmiede. In der Renaissance-Zitadelle erbebt sich der Juliusturm, der 1871 den „Reichskriegsschatz“ barg. „Juliusturm“, eine Erinnerung an die Zeit, als man in Bonn noch keine Schulen hatte.

Schon oft kam hoher Besuch in die Schule

Als fortschrittliche Oberschule 1906 gegründet, schickte die Schule 1985 rund 130 Abiturienten hinaus ins Leben. Notendurchschnitt: 2,7. Ein „Einsler“-Abiturient darunter. Eine pädagogisch erstklassige Lehranstalt, dennoch keine Elite-Schule. Bundespräsident Karl Carstens kam hierher. Und auch Richard von Weizsäcker, damals noch Berlins Regierender Bürgermeister, machte Lehrern und Lernenden in diesem wilhelminischen Klinkerbau seine Aufwartung. Der 62-jährige Peres fährt nicht in den 200 000 Einwohner zählenden Großstadt-Bezirk Berlin, sondern er trifft sich mit seinen jungen Gastgeber 25 Kilometer von der Schule entfernt am „Platz der Republik“. In Spandau hätte er angesichts der britischen Soldaten der Schutzmacht Ihrer Majestät sonst private Erinnerungen aufleben können: Die Engländer nahmen den jungen Mann aus der israelischen Widerstandsbewegung 1945 fest, als er in Beduinentracht im Negev kundschaften wollte.

Es ist kein Zufall, daß gerade diese Spandauer Schüler das Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten führen, der aus Polen stammt. Vor fünf Jahren geriet die Oberschule in negative Schlagzeilen. Ein 16-jähriger Junge jüdischer Abstammung verließ das Gymnasium. Entnervt und verunglimpft durch

Schimpfworte wie „Drecksjude“ und andere rüde Schmähungen aus dem Munde von Gleichaltrigen. „Das wirkte wie ein Alarmsignal“, sagt Oberstudienleiter Bethge.

Die Schüler arbeiteten den Mißcredit ab, in den die gesamte Schule geraten war. Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrer reagierten entsetzt. Das pädagogische Ergebnis - eine profunde, eigenständig erarbeitete Ausstellung über „Wesen und Schicksal des Judentums in der abendländischen Kultur“. Von den Sextanern bis zu den Abiturienten - niemand stellte sich abseits.

Eine Ausstellung aus eigenen Kräften

Knapp 100 sorgfältig hergestellte Schauafeln entstanden - mit Fotos, Objekten, Schaubildern, Illustrationen. Mädchen wälzten Folianten, Jungen überlebende des Holocaust. Die Schüler fotografierten Gedenksteine für zerstörte Synagogen - in beiden Teilen Berlins. Sie reisten, ohne Vorankündigung bei der Schulleitung, auf eigenen Wunsch in das ehemalige KZ Sachsenhausen nördlich von Berlin. Aus der Klassenkasse kauften sie zuvor einen Kranz. Noch heute erinnert sich, wenn andere junge West-Berliner kommen, das „DDR“-Personal an diesen Besuch.

Die Ausstellung umfaßte alle Etappen des Judentums bis in das Grauen der NS-Jahre. Gewürdigt wurden auch Albert Einstein, Sigmund Freud, die Rethenhaus. Die selbst gezeichnete Brücke der Versöhnung trug - weit über Berlin und die Bundesrepublik hinaus. Kontakte zur deutschen Botschaft in Israel sorgten schließlich dafür, diese einmalige Präsentation jüdischen Geistes auch ins „Land der Väter“ zu transportieren.

In Containern ging die Arbeit vieler Monate im vergangenen Sommer auf die Reise. Mancherlei finanzielle Engpässe waren zu überwinden, und Spandauer Bürgermeister legte erst einmal tausend Dollar in die Reisekasse. In Israel fanden die Gäste aus Berlin dann eine ausgesprochen herzliche Aufnahme.

Bei der Ausstellungs-Premiere am 18. Juni 1985 in Jerusalem fragte Bürgermeister Teddy Kollek, in Wien geboren, in die Schär der israelischen Gäste: „Ist hier jemand, der kein Deutsch versteht?“ Kein Widerspruch regte sich. Dann sprach er. Und versprach, noch einmal „in aller Ruhe“, wenn der Trubel abgeklaut sei, alles anzuschauen. Und er hielt Wort.

Die 31 Schüler und sechs Lehrer samt „Direx“, die mitgereist waren, spielten sich auch durch Musik in die Herzen der Gastgeber. „Friede sei mit euch, Freunde“ erklang auf Hebräisch, und beim „Lied von der Loreley“ und dem „Heldensalem“ senkte sich im Publikum mancher ergrauter Schopf vor Ergriffenheit.

Die Ausstellung wanderte ein halbes Jahr lang durch Israel: „Jetzt ist sie in Spandau Partnerstadt Ashdod zu sehen“, sagt Direktor Bethge. Erst seit drei Wochen wissen die 15 Pensionäre aus dem Englisch-Leistungskurs 42 LE, einige gute Geschichtsschüler und die beiden Schülersprecher Roland Michaelis und Anke Nordemann - beide Amerika-erfahren -, was sie übermorgen erwartet. „Ich habe vorsichtshalber erst einmal die Debatte in der Knesset über einen möglichen Sturz der Regierung abge-

wartet“, meint Direktor Bethge trocken. Dann informierte er die Schüler über die Diskussionsrunde mit Peres.

Wenn die Schule am heutigen Montag beim Wandertag in die winterliche Natur pilgert, bleiben die Schützlinge von Studienrat Klaus Keller daheim: „Wir machen einige „Trockenübungen“, berichtet der engagierte Lehrer für Englisch, Geschichte und Politische Weltkunde. Seit Tagen listen die Schüler ihre Themen auf. „Nun trag mal Deine Frage auf Englisch vor“, trainiert der Studienrat seine Truppe.

Am Mittwoch, wenn es ernst wird, haben die Peres-Partner nach der zweiten Stunde frei. Konzentration ist gefordert. „Ich will Herrn Peres fragen, welche Erfahrungen sein Land mit der weiblichen Wehrpflicht gemacht hat“, kündigt die 17-jährige Martina Barthel an. Roland Michaelis, der 18-jährige Schülersprecher mit der Souveränität eines alten „Debattehasen“, will wissen: Wie stellt sich Peres eine Friedenskonferenz in Nahost vor? Will er auf die PLO-Führer zugehen? Sollen sich die beiden Weltmächte als Garanten an einer Friedensordnung beteiligen oder: „Was sagen Sie zu dem Streit um das Fassbinder-Stück in Frankfurt?“

„Vater Keller“, wie er sich selbst als guter Geist seines Teams nennt, „spielt“ hin und wieder auch selbst den Gast: „Denn die Schüler müssen gewärtig sein, daß er sie plötzlich, und das alles auf Englisch, nach ihrem Leben, ihren Vorstellungen über das geteilte Berlin fragt.“

„Es wäre doch gut, wenn auch 'mal gelacht würde“

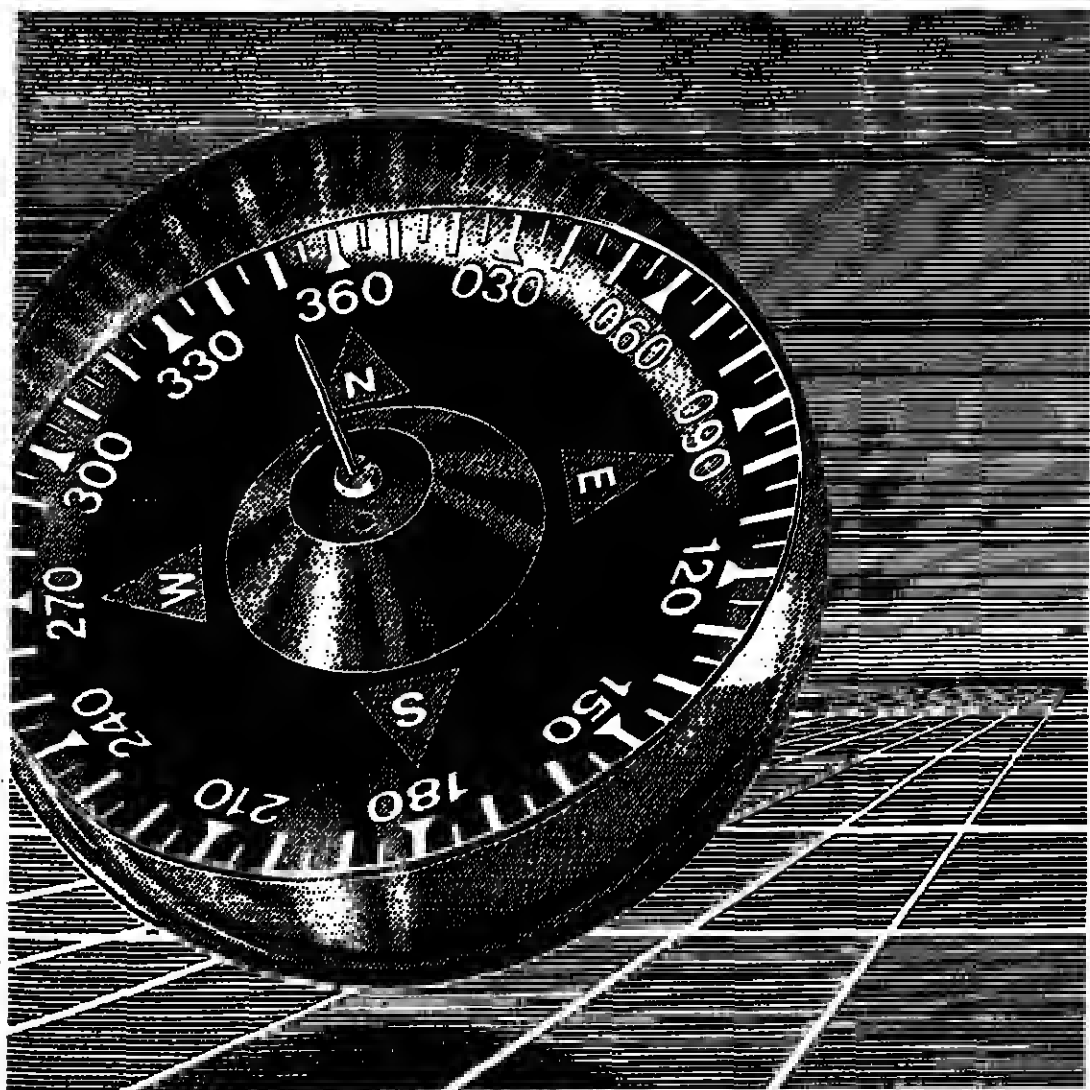
Das Gespräch lebe auch, meint der Lehrer, von der „Kunst der Improvisation“. Das mögen die Israelis. „Er selbst hat sich ein wenig in die Mentalität der Menschen dort eingelebt: Keller arbeitete in einem Kibbuz. „Und vielleicht löst sich die Spannung, unter der ja alle Beteiligten dabei stehen, auch einmal in einem befreundenden Scherz oder Bonmot. Es wäre doch gut, wenn auch 'mal gelacht würde.“

Richard von Weizsäcker war bei seinem Israel-Besuch im Oktober danach gewiß nicht zumute: Bei einer ähnlichen Debatte, wenglich mit wesentlich älteren Israelis, bekam er Sätze wie diese zu hören: „Deutschland wird immer das Kalnsachen für das größte Verbrechen der Menschheit tragen. ... Meine Mutter war als Kind im KZ Bergen-Belsen. Ihre Eltern und Geschwister wurden in die Gaskammer geschickt. Nein, Versöhnung in dieser Generation ist zu früh.“

Was immer im Reichstag zur Sprache kommt, der Sender Rias strahlt die Debatte zeitversetzt auch in die „DDR“ aus. Noch immer steht dort die Aufarbeitung der Vergangenheit aus.

Der Ertrag der Stunde im Reichstag, bei der 15 israelische und zahlreiche deutsche Journalisten ins Nebenzimmer vor Bildschirmen verbannt werden, läßt sich schon heute bilanzieren: Shimon Peres, der Ministerpräsident aus Israel, kann gewiß sein, daß sich knapp 20 Jahre nach seiner letzten Deutschland-Visite sein Wunsch erfüllt: „Ich habe volle Hoffnung auf ein neues Deutschland, ein anderes Deutschland als einst.“

Die Mädchen und Jungen aus Spandau bei Berlin repräsentieren es - voller Lampenflieber.



Ihr Kurs auf dem Aktienmarkt sollte von Ihrem persönlichen Anlageziel gesteuert werden.

Die Aktie ist wesentlicher Bestandteil einer qualifizierten Vermögensanlage.

Sie bietet die Möglichkeit, sich - entsprechend Ihren persönlichen Bedürfnissen und Zielen - an ausgewählten Unternehmen zu beteiligen. Sei es auf dem Gebiet der Großchemie und des Automobilbaus sowie in anderen führenden Bereichen der deutschen Wirtschaft. Die richtige Einschätzung eines Unternehmens ist die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Anlage in Aktien. Sie setzt detaillierte Markt- und Unternehmenskenntnisse voraus.

Sprechen Sie darüber mit unserem Anlageberater. Nutzen Sie die Kompetenz und Marktkenntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem weltweiten und präzisen Informationssystem. Und der Erfahrung aus vielen Jahren der erfolgreichen partnerschaftlichen Tätigkeit im Auftrag des Kunden.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Die zweite Phase der Entspannungspolitik

Von WILLY BRANDT

Die Anzeichen verstärken sich, daß wir es - was die Sicherung des Weltfriedens angeht - mit einem sich wandelnden Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten zu tun haben. Dies wirft die doppelte Frage auf, wie sich eine solche Veränderung auf Europa auswirkt und wie sie die europäischen Staaten zu ihrem Vorteil nutzen können. Es mag dahingestellt bleiben, ob das, was zwischen Washington und Moskau im Gange ist, bereits als Auftakt zu einem neuen Entspannungspolitischen Bemühen eingestuft werden kann. Die gemeinsame Erklärung, daß sich weder die eine noch die andere Seite etwas davon verspreche, militärische Überlegenheit zu erlangen, hat jedenfalls Gewicht.

Wenn die beiden Großen - bei allen grundlegenden und weiterwirkenden Gegensätzen - davon ausgehen, daß sie einem objektiven Zwang unterliegen, den Weltfrieden gemeinsam zu sichern, dann können sich die Europäer nicht damit begnügen, dies zur Kenntnis zu nehmen. Sie dürfen auch nicht nur darauf warten, was für sie abfallen könnte vom Tisch der Großen. Sondern sie sind gut beraten, sich um ihre eigenen Interessen zu kümmern. Dies um so mehr, als die Europäer sehr wohl in der Lage sind, eigene Beiträge einzubringen. Das gilt für die Bereiche bilateraler und gesamt-europäischer Zusammenarbeit, es gilt auch für ergänzende Bemühungen auf dem Gebiet der Friedenssicherung.

Bemerkenswert ist ja, daß die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten in Ost und West dem schlechten weltpolitischen Wetter der letzten Jahre nicht schlecht standgehalten hat. Auf beiden Seiten setzte sich letzten Endes die Einsicht durch, daß es vernünftig und vorteilhaft sei, möglichst zu erhalten, was während der vorigen Phase der Entspannungspolitik erreicht wurde. Das sagt einer, der sich der Begehrtheit dessen bewußt ist, was damals auf den Weg gebracht werden konnte. Und der sogar hofft, man könnte aus den Unzulänglichkeiten jener Bemühungen lernen, die in der Helsinki-Schlussakte von 1975 gipfelten.

Mit meinen politischen Freunden hin ich der Meinung, daß die Idee der gemeinsamen Sicherheit zu den

Grundlagen deutscher Außenpolitik gehören muß. Und daß eine zweite Phase von Entspannungspolitik abgesichert durch unsere Verankerung im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, hieraus abzuleiten ist. In seiner Ahlener Rede hat Johannes Rau dargelegt, daß die zweite Phase dreierlei zum Inhalt haben sollte:

- die Abrüstung eurostrategischer Waffensysteme;
- eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich

Weltmächten ableiten, bedürfen zusätzlich eigenständiger europäischer Initiativen. In diesen Zusammenhang gehören Vorschläge wie die über einen atomwaffenfreien Korridor und über das Herausnehmen der Chemiewaffen aus den damit belasteten Ländern, auch solange die Voraussetzungen für eine internationale Achtung noch nicht gegeben sind.

Eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit bleibt auch in einer zwei-

Nachbarschaft, als Nachwirkung historischer Verbundenheit und als Gestaltungselement künftiger Gemeinsamkeit verstanden werden. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert gefunden, daß Projekte, wie sie bei uns im Westen zum Beispiel unter dem Kennwort Eureka laufen, bei Wissenschaftlern und politisch Verantwortlichen im anderen Teil Europas mit vi. Interesse verfolgt werden.

Wichtig ist weiter, daß sich die Europäer nicht allein im Westen, sondern auch zwischen West und Ost darüber abstimmen, wie sie jene internationale Diskussion beeinflussen können, die die Überwindung der weltweiten Söldenkrise und die Reform der weltwirtschaftlichen Beziehungen zum Gegenstand hat.

Dabei wird sich zeigen müssen, ob miteinander dahin gewirkt werden kann, wie ein Teil der heute für Überbrückung objektiv vergeblichen Mittel für produktive Zwecke, vor allem auch für den Kampf gegen Hunger und Leid in der Dritten Welt umgelenkt werden kann. Für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch fehlt es nicht an hrachbaren Anregungen, auch wenn die - im KSZE-Rahmen durch-



Willy Brandt FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

des Technologietransfers, zwischen den Teilen Europas; - eine Verstärkung des Kulturaustausches und anderer Bemühungen, die geeignet sind, die kulturelle Einheit Europas zu wahren.

In der Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen schien sich vor dem Genfer Gipfeltreffen die Möglichkeit eines Zwischenabkommens zwischen den beiden Großen abzuzichnen. Inzwischen kann man feststellen, daß der weitreichende Vorschlag des sowjetischen Generalsekretärs nahe bei dem liegt, was die Amerikaner in der vorigen Runde eine Null-Lösung genannt hatten. Bei den Wiener MBFR-Verhandlungen, eher noch auf der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen dürften in absehbarer Zeit Ergebnisse zu erzielen sein.

Doch diese Tendenzen, die sich aus den Beziehungen zwischen den

ten Phase der Entspannungspolitik erforderlich. Und dabei gilt es ernstzunehmen, was die Zählung der konventionellen Rüstung gerade dann bedeuten würde, wenn es gelungen sein sollte, sich an den Abbau von Atomwaffen heranzuarbeiten.

Im wirtschaftlichen Bereich erscheint es - über den ausbaufähigen bilateralen Austausch hinaus - lohnend, neuen Möglichkeiten im Kontakt zwischen EG und RGW aufmerksamkeit nachzugehen. Dabei sollte man nicht zentralisieren wollen, was besser in bewährten Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit geregelt werden kann. Hinsichtlich der Technologie zeigt die Erfahrung, daß Maßnahmen der Diskriminierung in aller Regel den damit verbundenen politischen Erwartungen zuwiderlaufen.

Technologische Zusammenarbeit sollte als Ausdruck geografischer

geführte - Budapest Konferenz Ende des vergangenen Jahres ohne Beschlüsse zu Ende gegangen ist. Es gibt auch sonst mancherlei beachtliche Ansätze. So hat der österreichische Bundeskanzler Snowitz vor einigen Monaten zu einem Ost-West-Gespräch eingeladen, das die kulturelle Identität Mittel Europas zum Inhalt hatte.

Die Sorge, das Bedürfnis um Sicherheitspartnerschaft könne dem Ringen um innere Reformen in den beteiligten Staaten in Wege stehen, kann ich nicht teilen. Ich meine, andersherum werde ein Schub draus. Diese Einschätzung mindert gewiß nicht die Notwendigkeit, neben allem anderen aufmerksam auf diejenigen zu hören, die als Europäer annehmen, was uns als unabhängiges Ringen um die individuellen und die sozialen Menschenrechte aufgebe-

Die Fusion der CDU-Verbände in NRW birgt noch viel Zündstoff

Pützhoft soll Biedenkopfs Stellvertreter werden / Amtszeit und Aufgabenverteilung unklar

WILMHERRLYN, Gelsenkirchen

Mit dem mühsamen Kompromiß von Gelsenkirchen, der den Fusionsparteitag der rheinischen und westfälischen CDU am 8. März in Düsseldorf vorbereiten soll, sind immer noch nicht wesentliche Mißverständnisse zwischen den beiden Landesverbänden ausgeräumt worden. Erst in den frühen Morgenstunden einigten sich der Rest der beiden Vorstände und der Kreisvorsitzenden beider Lager in einem wenig deutlichen 57:37-Ergebnis, daß der Westfale Kurt Hans Biedenkopf als Gründungsvorsitzender vorgeschlagen werden soll und sein Kontrahent Dieter Pützhoft in einem besonderen Wahltag als erster Stellvertreter.

Keine Einigung

Unklar ist, wie lange die Amtszeit dauern soll. Der Kompromiß lautete zwar auf zwei Jahre, die westfälische Seite interpretierte dies aber nachträglich auf „bis zum 31. Dezember 1988“. Dabei stellte sich heraus, daß die Westfalen schon immer auf diese Regelung hingearbeitet hatten. Denn nachdem sich die Delegierten am folgenden Mittag wieder trafen, entdeckte der parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Voigt, daß das verarbeitete Papier das Datum des 24. Januar trug und die Ortszelle Dortmund,

der Geschäftsstelle des westfälischen Verbandes. Nach Auskunft von Teilnehmern habe Voigt - „weiß vor Wut“ - den Westfalen eine Philippika gehalten. Eine Einigung kam nach dem Vorfall nicht mehr zustande.

Entschieden ist auch noch nicht über die Aufgabenverteilung zwischen Biedenkopf und Pützhoft. Insbesondere die schwierige Arbeit, die einzelnen Verbände innerhalb der CDU zusammenzuführen, verbirgt noch ein Menge Zündstoff.

Biedenkopf betonte noch einmal, die Zusammenlegung der beiden Landesverbände, die mit insgesamt 270 000 Mitgliedern zum größten Block in der Bundespartei werden, sei kein Selbstzweck. Sie sei nach 40 Jahren der Trennung überfällig und auch notwendig, um die augenfällig schlechte Situation der Union an Rhein und Ruhr aufzuarbeiten. Bei der Landtagswahl erzielte die Union nur einen Stimmanteil von 36,5 Prozent. Eine Einigung sei vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahl im kommenden Januar entscheidend. Bei der Wahl im März 1983 hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen noch mit 5,4 Millionen Wählern den bestimmenden Erfolg der Union in Bonn geliefert.

Biedenkopf gab zwar bekannt, er werde sich mehr um die Bundespolitik kümmern, eine Entscheidung

letztlich sei aber noch nicht definitiv getroffen - zumindest wollte er sie nicht bekanntgeben. Pützhoft werde den „landespolitischen Schwerpunkt“ setzen. Als Zugeständnis für die Pläne des Krefelder Oberbürgermeisters wird erwartet, daß Biedenkopf sich erstmals öffentlich dazu bekannte, daß er 1990 als Spitzenkandidat für die NRW-Landtagswahl nicht zur Verfügung steht. Die Aufgabe, mit einer seit 24 Jahren von der SPD besetzten Verwaltung zu regieren, müsse von jüngeren Politikern geleistet werden, sagte er.

„Schrammen vermeiden“

Die Geschäftsführenden Vorstände wollen nun bis zum 8. März die Einzelheiten für die Fusion festlegen. Auf die künftige Zusammenarbeit angesprochen sagte Pützhoft mit Blick auf Biedenkopf: „Wir haben es noch nicht ausprobiert, aber wir werden nicht umhin können, alles gemeinsam zu machen.“

Seine Haltung zu dem gefundenen Kompromiß charakterisierte er mit den Worten: „Ich habe mich persönlich entschieden, auch im Hinblick auf die Bundestagswahl, dem Erfahreneren den Vortritt zu lassen.“ Er wolle nicht der Partei „Schrammen zufügen, um die eigene zu vermeiden“.

„Verfassung schützt Leben von Beginn an“

Rechts-Kongress der Union / Neue Diskussion um § 218?

H.-H. HOLZAMER, Karlsruhe

Zum Abschluß des zweitägigen rechtspolitischen Kongresses der Unionsparteien in Karlsruhe beauftragte Generalsekretär Heiner Gelfler die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen die Folter. Die Bundesregierung hatte bislang davon Abstand genommen, weil sie befürchtete, dies könne zu einer mißbräuchlichen Ausweitung des Asylrechts führen. Die Konvention sieht unter anderem vor, daß kein Land einen Menschen ausweisen oder ausliefern darf, wenn in seinem Heimatland Folter droht. Gelfler meinte, die bestehenden „ernsthaften Bedenken“ könnten in dem Ratifizierungsverfahren ausgeräumt werden.

Während des Kongresses, der unter dem Motto „Recht sichert die Freiheit“ stand, hatten sich zuvor Rechtspolitiker gegen die aktive Sterbehilfe ausgesprochen. Der Staatsminister beim Bundeskanzler Friedrich Vogel, der in Karlsruhe zum letzten Mal als Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich demokratischer Juristen (BACDJ) auftrat und von dem baden-württembergischen Justizminister Heinz Eyrych abgelöst wurde, sagte, das Leben stehe „auch in seinem Endstadium unter dem uneingeschränkten Schutz der Rechtsordnung.“ Benno Erhard, Staatssekretär im Bundesjustizministerium sagte, sonst wäre „eine Grenzziehung zu dem, was in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte Euthanasie hieß, nicht möglich.“ Eine bedeutsa-

me Grundentscheidung - auch für die Kontroverse um den Schwangerschaftsabbruch - wurde am Samstagmorgen in der Mitgliederversammlung des BACDJ getroffen: Nach einhelliger Auffassung der Unionspolitiker beginnt der verfassungsrechtliche Schutz des menschlichen Lebens schon mit der Konjugation, mit der Vereinigung von Samen- und Eizelle.

Einige Unionspolitiker gehen daher davon aus, daß die Diskussion um den sogenannten Abtreibungs-Paragraphen 218 mit anderer Akzentuierung aufgenommen werden muß. Nach Auffassung von Heiner Gelfler bedarf es jedoch keiner neuen „gesetzlichen Festlegung“. Die Entscheidung, den Beginn des menschlichen Lebens mit der Konjugation anzunehmen, entspreche dem geltenden Recht.

Befruchtung im Reagenzglas und die Übertragung des befruchteten Eis seien nur vertretbar, so die Delegierten, wenn eine Schwangerschaft „auf andere Weise nicht erreichbar ist“. „Verbrauchende wissenschaftliche Untersuchungen mit menschlichen Embryonen“, „Zuchtswahl“ und das „Klonen“ werden abgelehnt. Gesetzlich verboten werden sollen die „Ersatzmutterchaft“, das ist die Insemination oder extrakorporale Befruchtung mit Embryotransfer, mit dem Ziel, das Kind nach der Geburt fortzugeben, ebenso wie jede „Geschäftsmacherei mit dem Kinderwunsch“.

Streit um Dioxinwerte

Deponie Mönchehagen ist Wahlkampfthema in Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover

Mit betonter Sachlichkeit sucht die niedersächsische Landesregierung neuerlich entstandene Aufregung um die dioxinhaltige Sondermüll-Altdeponie Mönchehagen (Kreis Nienburg) zu entschärfen. Gegen Ende der vorigen Woche wurde die Werbekampagne für ein heute erstmals erscheinendes Monatsmagazin mit Vorberichten über Dioxinspuren in Gras und Bodenproben von den Äckern und Wiesen der Deponie-Umgebung eröffnet.

Im Auftrag der Zeitschrift hatte das seriöse Ludwigshafener Kuhlmann-Institut Belastungswerte von 0,1 und 0,07 Mikrogramm (Milliardstelgramm) zweier Dioxingruppen (Hepa- und Octa-Dioxin) je Kilogramm Probenmasse festgestellt. Dieses wird in dem Artikel als „erheblich“ eingestuft. Zuvor waren ähnliche Befunde des Wiesbadener Fresenius-Instituts anhand von Proben im Flußbett der IIs bekannt geworden, die an Mönchehagen vorbei zur Weser und damit auf westfälisches Gebiet fließt.

Schelte aus Düsseldorf

Den Umstand, daß die Stadt Petershagen an der IIs-Mündung nördlich Minden nun um die Reinheit ihres Trinkwassers fürchtet, hat der Düsseldorfer Landwirtschaftsminister Klaus Matthiessen (SPD) zu Attacken gegen Hannover genutzt. Matthiessens Schelte für angeblich mangelhafte Überwachung durch hiesige Behörden erklärt das hannoversche Schwester-Ressort jedoch für unge-rechtfertigt.

Im niedersächsischen Wahljahr lassen sich SPD und Grüne im Landtag das Reizthema nicht entgehen. Die Grünen sprechen von „schleichender Vergiftung der Bevölkerung“ und verlangen einen breiten „Sicherheitskorridor“ rund um das Deponie-

gelände, in dem jede landwirtschaftliche Nutzung einzustellen sei. SPD-Umweltsprecher Uwe Bartels sieht - mit Seitenblick nach Düsseldorf - in Mönchehagen nun „kein regionales Problem mehr, sondern einen Umweltskandal noch nicht abschätzbarer Ausmaße“.

Ernst Friedrich, Sprecher des hannoverschen Landwirtschaftsministeriums, hält dagegen mit gesicherten biochemischen und veterinärmedizinischen Erkenntnissen. Danach liegt die allgemein anerkannte Unbedenklichkeitsgrenze für Dioxine in Nutzboden oder Trinkwasser - die ihrerseits noch eine risikomindernde „Sicherheitsmarge“ einschließt - bei einem Mikrogramm je Kilogramm (dem Zehnfachen der um Mönchehagen festgestellten Werte).

„Unter dem Risikobereich“

Dementsprechend lag bei laufenden Untersuchungen von Milch und Schlachtvieh seit 1978 nach Friedrichs Angaben „die Nachweisgrenze stets deutlich unter dem Risikobereich“. Gesucht wurden langlebige organische Chlorverbindungen wie Pestizide und polychlorierte Biphenyle (PCB); da letztere mit Dioxinen chemisch „eng verwirrt“ sind, sei daraus zu schließen, daß auch Dioxine im Umland von Mönchehagen „so gut wie nicht vorkommen“.

Auch den immer wieder kolportierten „Berichten aus der Bevölkerung“ über Mißbildungen bei neugeborenen Tieren tritt Friedrich entgegen. Nachforschungen seines Hauses bei Amts- und privaten Tierärzten der Region hätten „für die letzten Jahre nichts Außergewöhnliches“ ergeben: „Ein einziges Mal ein Augenzustand“, ein andermal ein Kalb mit Wasserkopf - das seien die einzigen registrierten Besonderheiten und könnten überall einmal auftreten.

Emnid sieht Union und FDP vor Opposition

dpd, Hamburg

Die Unionsparteien CDU und CSU würden, wenn jetzt Bundestagswahl wäre, 45 Prozent der Stimmen gewinnen, die SPD 40 Prozent. Zusammen mit der FDP würde die Union eine Mehrheit von 52 Prozent erreichen, während die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne zusammen nur auf 47 Prozent kämen. Das ist das Ergebnis von Umfragen, die das Bielefelder Emnid-Institut im Januar machte. Die Frage lautete: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Auf die Frage, für wen sich die Bundesbürger bei einer Direktwahl des Kanzlers entscheiden würden, nannten 48 Prozent den gegenwärtigen Bundeskanzler Helmut Kohl und 47 Prozent den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau.

Abriss des Goldenen Tempels

AP, Amritsar

Unter Jubel- und Anfeuerungsrufen von rund 20 000 militanten Sikhs ist in der indischen Stadt Amritsar mit dem Abriss des Goldenen Tempels, des Heiligtums dieser Religionsgemeinschaft, begonnen worden. Mit dem weitgehend symbolischen Abriss des Heiligtums soll die „Entweihung“ des Goldenen Tempels durch den Sturmangriff indischer Soldaten im Juni 1984 getilgt werden. Führende Vertreter der Sikhs hatten zuvor mitgeteilt, der Thronsaal solle von Grund auf renoviert werden, und dies solle in Etappen geschehen, damit die Räumlichkeiten weiter benutzt werden könnten.

Vatikan übt Kritik an Sandinisten

AFP, Vatikanstadt

Das Presseorgan des Vatikan, „Osservatore Romano“, hat das sandinistische Regime in Nicaragua beschuldigt, die katholische Kirche zum Stillstehen zwingen zu wollen. Vor allem werde die Pastoralarbeit der Kirche in Nicaragua behindert. Man versuche, die Freiheit der Kirche und damit die Freiheit eines ganzen Volkes zu unterdrücken, hieß es in der Zeitung. Priester würden angewiesen, engagierte Laien festzunehmen und die Gläubigen seien Einzelicherungsversuchen ausgesetzt.

Grühl wieder Parteivorsitzender

AP, Nürnberg

Der Gründer der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Herbert Grühl, ist in seinem Amt als Parteivorsitzender bestätigt worden. Er erhielt nach Angaben eines Sprechers beim Bundesparteitag in Nürnberg 68 von 71 abgegebenen Stimmen. Grühl hatte die ÖDP im Jahr 1982 nach seinem Austritt aus der CDU gegründet. Die Delegierten beschlossen, bei der Bundestagswahl im Jahr 1987 anzutreten.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 24,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wie kann ich blitzschnell von 1,5 Millionen Wirtschaftsdaten profitieren?

Mit Bildschirmtext. Denn was kein Mensch aus der Flut täglicher Veröffentlichungen herauslesen, selektieren und sammeln kann, gibt es hier auf Tastendruck. Weltweites Wirtschaftswissen: tagesaktuell, sekundenschnell und preisgünstig. Ein Wissensvorsprung, der sich auszahlt - für den Einzelbetrieb ebenso wie für das Großunternehmen. Ein Beispiel aus der Praxis: die GENIOS Wirtschaftsdatenbanken.

GENIOS bietet in einer geschlossenen Benutzergruppe das gebündelte Wissen führender deutscher Datenbanken mit allererster Kompetenz. Zum Beispiel:

- Nachrichten und Fakten aus Unternehmen, Branchen, Märkten, aus den Bereichen Geld und Kredit (Handelsblatt)
- Hintergründe, Tendenzen, Prognosen aus allen Bereichen der Wirtschaft (Wirtschaftswache)
- Firmenprofile von 200.000 deutschen Unternehmen, 1,5 Millionen Wirtschaftsdaten (CREDITREFORM)
- weitweiter Überblick über mögliche Geschäftsverbindungen (BUSINESS).

Btx - eine neue Dimension der Informationsbeschaffung, durch die sich rationaler planen und entscheiden läßt. Daß Sie Btx auch privat vielfältig nutzen können, ist Ihnen sicherlich bekannt. Möchten Sie noch mehr über den Btx-Dienst der Post wissen? Rufen Sie an: 0130 0190 - bundesweit zum Nahtort.

Post

مكتبات الأمل

Bevölkerung in Bulgarien schrumpft

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Die nun vorliegenden ersten Ergebnisse der Volkszählung in Bulgarien geben einen interessanten Einblick nicht nur in die demographische, sondern indirekt auch in die politische und wirtschaftliche Entwicklung der kommunistischen Volksrepublik auf dem Balkan. Demnach hat Bulgarien insgesamt 8,9 Millionen Einwohner, von denen 5,7 Millionen in den Städten und 3,1 Millionen auf dem Lande leben.
Es fällt auf, daß bisher nichts über Natatalität und Mortalität der Bevölkerung veröffentlicht wurde. Bulgarische Demographen hatten bereits vor der Volkszählung auf ein dramatisches Absinken der Geburtenrate hingewiesen. Indirekt ist auch in Bulgarien eine zunehmende Überalterung zu erkennen. So ist der Prozentsatz der über 18-Jährigen gegenüber der letzten Volkszählung im Jahre 1975 von 23,6 auf 22,7 Prozent gefallen. Zugleich sank der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung von 58 auf 56,1 Prozent. Der Anteil der Rentner erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 18,4 auf 21,2 Prozent. Demnach scheint sich die bulgarische Bevölkerung nicht durch einen natürlichen Zuwachs an Geburten, sondern durch die längere Lebenserwartung gesteigert zu haben.
Daß die Bevölkerungsentwicklung in Bulgarien im Zuge der Industrialisierung und Verstärkung eines Abwärtstrends aufweist, zeigt sich auch beim Vergleich des Bevölkerungszuwachses bei den Volkszählungen. Zwischen der Zählung des Jahres 1965 und jener von 1975 gab es noch einen Bevölkerungszuwachs von über einer halben Million. Von 1975 bis 1985 hat sich dieser Zuwachs mehr als halbiert und beträgt nur noch 215 000.
Völlig unter den Tisch gefallen sind die früher registrierten nationalen Minderheiten Bulgariens. Da in der jüngsten Volkszählung nach der nationalen Zugehörigkeit bewußt nicht mehr gefragt wird - Sofia geht davon aus, daß alle in Bulgarien lebenden Personen Angehörige der „einheitlichen sozialistischen bulgarischen Nation“ sind -, gibt es weder Türken (früher mit 800 000 bis eine Million angegeben), noch Mazedonier (die 1946 etwa eine Viertelmillion ausmachten), noch Zigeuner (früher 150 000), aber auch keine Armenier, Griechen und Rumänen.

Museveni kontrolliert Kampala

Friedensvertrag gebrochen / Truppen von Staatschef Okello auf der Flucht / Viele Tote

ACHIM REMDE, Bonn
Kommen sie, oder kommen sie nicht? Wie oft seit Juli 1985 hatten sich die Bewohner Kampalas die Frage gestellt! Schüsse, Lastwagen mit Militärs und dann der Ruf „Sie kommen!“ Panik brach aus. Jeder packte die wichtigsten Sachen und machte sich auf die Flucht. Dann wurde klar: Wieder einmal falscher Alarm. Man kehrte zurück.
Doch diesmal kamen die Truppen Yoweri Musevenis wirklich. Von drei Seiten rückten sie auf Kampala vor. Nach zwei Tagen erbitterter Kämpfe hat die Nationale Widerstandsmiliz (NRA) gestern die Kontrolle über die Hauptstadt übernommen. Es gab Hunderte von Toten.
Brutales Vorgehen
Generalleutnant Basilio Okello, der mit seinem Staatsreich im Juli seinen Namensvetter General Tito Okello als Staatschef inthronisiert hatte, gab die Parole aus: „Rette sich wer kann!“ Der 75-jährige Tito Okello ist geflüchtet. Es heißt, er hält sich in Jinja (80 Kilometer östlich von Kampala) auf, wo loyale Offiziere die Reste der Armee sammeln wollen.
Radio Kampala hat seine Sendungen eingestellt. Der Flughafen Entebbe ist geschlossen.
Dem stürzenden Regime weint kaum jemand eine Träne nach. Brutale Ausschreitungen der regulären Armee gegenüber der Zivilbevölkerung sind in Uganda seit den Zeiten Idi Amins an der Tagesordnung.
Die „Befreiungsarmee“, die mit tansanischer Hilfe im April 1979 den Tyrannen mit seinen Soldaten vertrieb, unterschied sich darin nicht von den Amin-Soldaten. Als Basilio Okello im Juli 1985 Präsident Milton Obote vertrieb und seinem eigenen Stamm das Sagen in der Armee verschaffte, änderte sich an deren Ausschreitungen wiederum nichts.
Schlecht oder gar nicht bezahlt, vollkommen undiszipliniert war die Armee ein unkontrollierter Haufen, der für seinen Lebensunterhalt und persönlichen Vorteil rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machte.
Die Hoffnungen waren somit gering, die sich an den Mitte Dezember in Nairobi geschlossenen Friedensvertrag zwischen der Regierung Okellos und Musevenis NRA knüpften. Museveni, der damit - seiner Forderung entsprechend - gleichberechtigt an der Macht beteiligt wurde, konnte sich darauf berufen, daß die Sicherheitslage es ihm unmöglich machte, seinen Regierungssitz einzunehmen. Zweifelsohne wollte er dies wohl auch gar nicht.
Denn warum sollte er sich mit der halben Macht begnügen, wenn er be-

neue Druckerei in Wapping zu verlegen.
Die Journalisten von „Sun“ und „News of the World“ haben sich inzwischen bereit erklärt, ihre Arbeitsplätze ebenfalls in den neuen Komplex zu verlegen und dort an Bildschirmgeräten zu arbeiten. Es wird erwartet, daß auch die Kollegen von der „Times“ der Verlockung einer außerordentlichen Gehaltserhöhung von umgerechnet 7000 Mark pro Jahr kaum widerstehen werden.
Rupert Murdoch sagte, daß er nur 1500 Druckern im neuen Druckereikomplex weiterbeschäftigen könne und daß 400 in den kommenden sechs Monaten ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Den 1500 Druckern bot er eine Weiterbeschäftigung nur unter der Voraussetzung an, daß sie sich zur Annahme gesetzlich bindender Tarifverträge mit Nicht-Streik-Klauseln bereit erklärten.

ste Ausschreitungen hatte, früher oder später die ganze Macht zu erlangen? Warum sollte er seinen moralischen Anspruch durch die Verbindung mit einer Regierung auf Spiel setzen, die, wenn sie jemals moralisch legitimiert war, sich bald gezeigt hatte, daß sie zur Befreiung Ugandas nicht in der Lage war.
Menschenrechte verletzt
Musevenis Markenzeichen ist die Disziplinierter Armee. Er hat es verstanden, in In- und Ausland dieses Markenzeichen zu verbreiten. Museveni fällt nicht schwer, sein Vorgehen, das eindeutig einen Bruch des Friedensvertrages darstellt, mit dem Versagen des Okello-Regimes und den Menschenrechtsverletzungen der regulären Truppen zu rechtfertigen.
Vom tansanischen Exil hat er Idi Amin bekämpft. Nach dessen Vertreibung sah er im interimistischen Militärchef der Wahlen organisierte. Als Milton Obote sie durch Fälschung gewann, kämpfte er diesen. Zu Recht unterstreicht er, daß Basilio Okello ohne seine Guerillaaktivität Obote niemals hätte stürzen können. Nun ist seine Stunde gekommen. Es hat den Anchein, daß nicht nur die Bevölkerung Ugandas, die jetzt jubelt, sondern auch westliche Diplomaten sein Kommen befürworten.

Murdoch stellt nur Nichtstreikende ein

WILHELM FURLER, London
Die Londoner Tageszeitung „The Times“ wird wieder einmal bestreikt. Doch gilt der jetzige Ausstand der Drucker als folgenschwerster Arbeitskampf in der bewegten Geschichte des Londoner Zeitungsviertels Fleet Street. Denn Rupert Murdoch, der australische Inhaber der „Times“, ihres Schwesterblattes „Sunday Times“ sowie der Straßenblätter „Sun“ und „News of the World“, ist diesmal entschlossen, der Macht und der Willkür der Druckergewerkschaften ein Ende zu bereiten.
Bei diesem Versuch scheint er durchaus Erfolg zu haben. Zwar wurde das Erscheinen von „Times“ und „Sun“ am Samstag technisch bedingt verhindert. Die beiden Sonntagszeitungen konnten jedoch ausgeliefert werden.
Zu dem Streik kam es, als Murdoch seine neue Druckerei auf einem wie-

neue Druckerei in Wapping zu verlegen.
Die Journalisten von „Sun“ und „News of the World“ haben sich inzwischen bereit erklärt, ihre Arbeitsplätze ebenfalls in den neuen Komplex zu verlegen und dort an Bildschirmgeräten zu arbeiten. Es wird erwartet, daß auch die Kollegen von der „Times“ der Verlockung einer außerordentlichen Gehaltserhöhung von umgerechnet 7000 Mark pro Jahr kaum widerstehen werden.
Rupert Murdoch sagte, daß er nur 1500 Druckern im neuen Druckereikomplex weiterbeschäftigen könne und daß 400 in den kommenden sechs Monaten ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Den 1500 Druckern bot er eine Weiterbeschäftigung nur unter der Voraussetzung an, daß sie sich zur Annahme gesetzlich bindender Tarifverträge mit Nicht-Streik-Klauseln bereit erklärten.

neue Druckerei in Wapping zu verlegen.
Die Journalisten von „Sun“ und „News of the World“ haben sich inzwischen bereit erklärt, ihre Arbeitsplätze ebenfalls in den neuen Komplex zu verlegen und dort an Bildschirmgeräten zu arbeiten. Es wird erwartet, daß auch die Kollegen von der „Times“ der Verlockung einer außerordentlichen Gehaltserhöhung von umgerechnet 7000 Mark pro Jahr kaum widerstehen werden.
Rupert Murdoch sagte, daß er nur 1500 Druckern im neuen Druckereikomplex weiterbeschäftigen könne und daß 400 in den kommenden sechs Monaten ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Den 1500 Druckern bot er eine Weiterbeschäftigung nur unter der Voraussetzung an, daß sie sich zur Annahme gesetzlich bindender Tarifverträge mit Nicht-Streik-Klauseln bereit erklärten.

Syrien baut Wehrdörfer im Grenzgebiet zu Israel

Im Sinai räumt Ägypten der Infrastruktur Vorrang ein

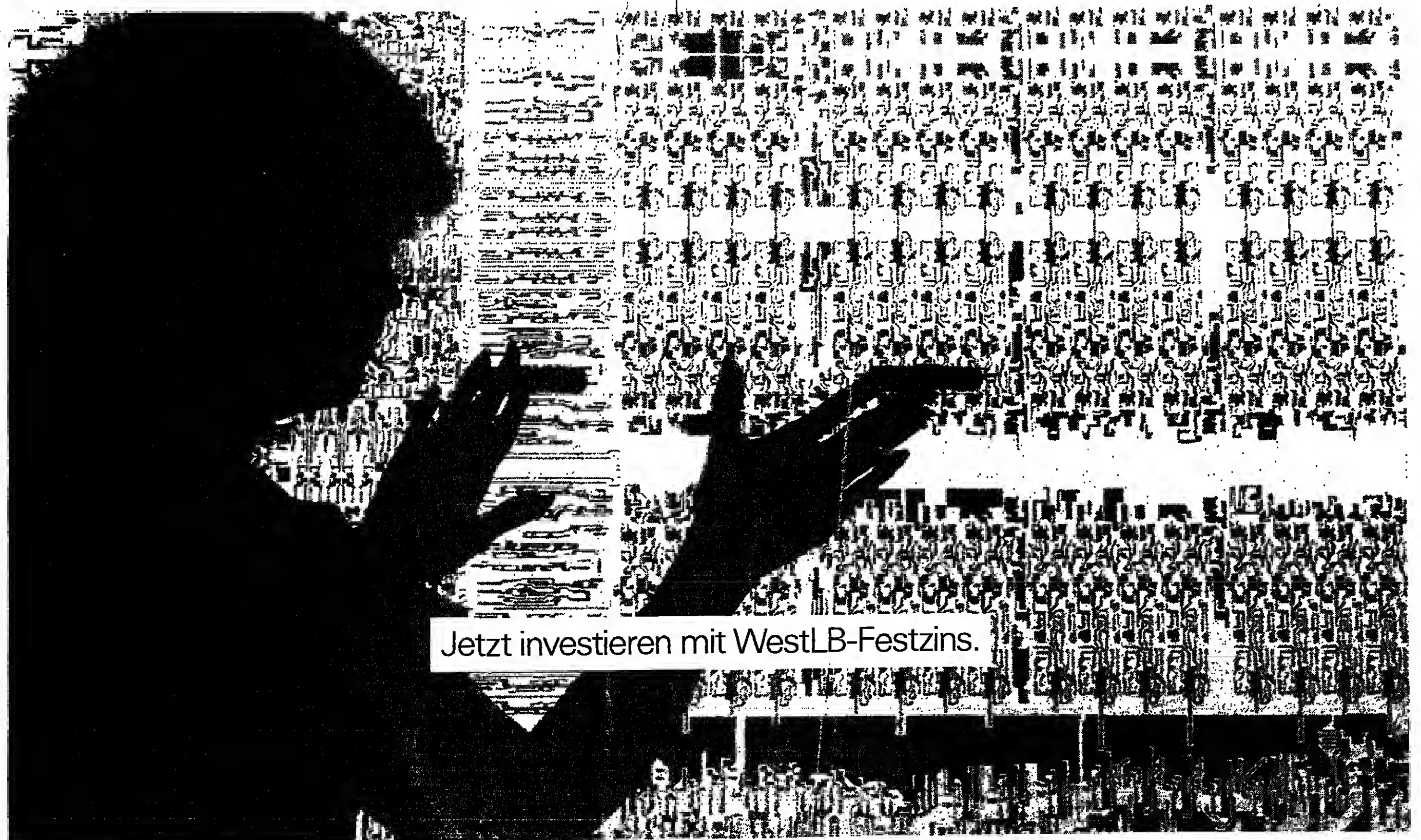
AS, Tel Aviv
Unter dem Motto „Die Neusiedlung ist der Anfang der Befreiung“ bauen die Syrer eine Kette von Wehrdörfern zwischen Damaskus und den Golan-Höhen, wo auf israelischer Seite schon seit Jahren Kibbuzim in die Verteidigungsstellungen einbezogen sind. Die syrischen Wehrdörfer haben 100 bis 350 Wohnungen, die Bewohner arbeiten in der Landwirtschaft und der Hüfnerzucht. Die Zahl der Bewohner hat sich seit 1970 etwa verdreifacht; es sind mindestens 70 000.
Die Syrer wollen einen lebendigen Wall zwischen Damaskus und den Golan-Höhen errichten, vermuten die Israelis. Militärisch ist das Gebiet durch drei Panzer-Divisionen und ein dichtes Netz von Luftabwehr-Raketen gesichert. Aber auch die neuen Dörfer sind wichtig. Ein Teil der Häuser hat Bunker anstatt Keller, zahlreiche zivile Dorfbewohner sind in Wirklichkeit Soldaten. In die Ortschaften können nachts Truppen verlegt werden, ohne daß es der israelischen Aufklärung sofort auffallen würde, was für einen syrischen Überraschungskrieg gegen den Golan günstig wäre.
Auch die zerstörte Stadt Kuneitra, die auf syrischer Seite unmittelbar an der Grenze liegt und bis auf wenige Häuser völlig überwachsen ist, wird wieder aufgebaut. Wie die früher verlassen und nun wieder besiedelten Dörfer wie Rapid, El-Azab oder Bir Adschem, erhält das neue Kuneitra (El-Baat) Schulen, Sportplätze, Einkaufszentren und Hospitäler. Die Syrer in El-Baat arbeiten vor allem für das Militär, in einer Textilfabrik und in der Landwirtschaft.

Autobahn bis Kairo
Seitdem die israelische Armee im April 1982 den Sinai völlig geräumt hat, bemüht sich die Regierung in Kairo, die Halbinsel für ihre überbordende Bevölkerung zu erschließen und bis zum Jahr 2000 mindestens eine Million Menschen dort unterzubringen. Zur Zeit arbeitet man vor allem an der Infrastruktur, an Straßen, Süßwasser-Pipelines, Brunnen, Tankstellen und neuen Siedlungen. Alle erhalten Schulen und Moscheen.
Von der neuen, vierspurigen Autobahn, die praktisch direkt von El-Arisch bis Kairo führt, wenn man am Suezkanal eine günstige Fähre erreicht, profitieren auch die israelischen Touristen auf ihren Busfahrten zum Nil. Wenn es zur „Normalisierung“ zwischen Kairo und Jerusalem kommt, erwarten die Israelis, daß auch moslemische und christliche Pilger die Autobahn zur Weiterfahrt nach Jerusalem nutzen können.
Schon heute nehmen ägyptische Pilger auf dem Weg nach Mekka die neuen Fährschiffe, die seit einem Jahr den ägyptischen Tiefwasserhafen Nueiba (Neivot) auf der Ostseite des Sinai mit dem jordanischen Hafen Akaba verbinden. Nueiba liegt etwa 70 Kilometer vom israelischen Eilat entfernt und wird zügig als Touristenort ausgebaut.
Da jetzt eine direkte Straße von Suez quer durch den Sinai nach Nueiba gebaut wird, verkürzt sich die Reisezeit Kairo-Amman oder Saudi-Arabien weiter. Aber die israelischen Militärs sehen diese Entwicklung durchaus nicht mit touristischen Augen. Denn die Fährten könnten eines Tages auch Panzer und Soldaten befördern. Gemeinsame ägyptisch-jordanische Manöver finden bereits statt.

Unionisten verfehlten ihr gestecktes Ziel

REINER GATERMANN, London

Die protestantischen Unionisten in Nordirland mußten bei der durch den Rücktritt ihrer 15 Westminster-Abgeordneten notwendig gewordenen Nachwahl eine Schlappe einstecken. Sie konnten weder ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Parlamentswahl 1983 vergrößern, noch erreichten sie das selbstgesteckte Ziel von 500 000 Stimmen. Sie konnten nicht einmal alle ihre 15 Mandate verteidigen, sondern mußten eines an die „Social Democratic and Labour Party“ (SDLP) abtreten. Dieser Partei gelang es zudem, und darin liegt das Positive dieser Trotzwahl, der Sinn Fein, dem politischen Flügel der IRA, zahlreiche Wähler abzunehmen.
Obwohl die Unionisten in vier der 15 Wahlkreise aus Mangel an Gegenkandidaten aus eigenen Reihen Strohmänner nominierten, um den Urnengang notwendig zu machen, konnten sie nur unerheblich mehr Stimmen sammeln als 1983.
In den vier Wahlkreisen, in denen sich SDLP und Sinn Fein gegenüberstanden, verbesserten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil um knapp 20 Prozent. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die (katholischen) Nationalisten der SDLP den Vorzug vor der Sinn Fein geben. Darüber sind vor allem die Regierungen in London und Dublin glücklich. Denn die SDLP ist die einzige Partei, die in dem zwischen Briten und Iren geschlossenen Ulster-Abkommen eine Basis für eine künftige friedvolle Entwicklung in Nordirland sieht.
Die Unionisten, die die Wahl in ein Referendum gegen das Hillsborough-Abkommen umfunktionieren wollten, können zwar weiterhin behaupten, daß die Protestanten es fast geschlossen ablehnen. Zu dem „gewaltigen Nein-Votum“ kam es jedoch nicht. Ihr Stimmenanteil fiel sogar gegenüber 1983 um ein auf 44 Prozent.
Die Unionisten wollen nun eine Revision des Ulster-Abkommens erreichen. Die Aussichten auf Erfolg sind gering. Die britische Regierung scheint nicht zu Konzessionen bereit zu sein, sondern erwartet, daß die „Unionisten nicht länger zu allem nein sagen“. Diese planen neue Proteste, falls sie kein Gehör finden. So wollen sie ihre Abgeordneten aus Westminster abziehen, worüber in den eigenen Reihen jedoch geteilte Auffassungen herrschen.



Jetzt investieren mit WestLB-Festzins.

Die Wirtschaft ist weiter auf Wachstum programmiert. Dies gilt vor allem für die Branchen Datenverarbeitung und Elektrotechnik. Aber auch andere Industrien, wie z. B. Chemie und Kunststoff, zeigen eine positive Entwicklung. Um an dieser Entwicklung teilzuhaben,

muß man jetzt in die Zukunft investieren. Auf einer Basis, die Investitionen leichtmacht. Egal, ob Sie Ihren Maschinenpark erweitern oder auf den heutigen Stand der Technik bringen wollen, ob Sie Forschungsobjekte planen oder ob Sie neue Verfahrens-

techniken anwenden wollen. Dazu brauchen Sie den Bankpartner, der Ihnen das solide Finanzierungsfundament bietet, z. B. in Form von Festzins-Finanzierungen in allen gewünschten Größenordnungen und Laufzeiten. Auch unter Einbeziehung von

öffentlichen Investitionshilfen. Treffen Sie Ihre Investitionsentscheidung - die WestLB hat das passende Finanzierungskonzept. Alles in allem, die Perspektiven sind günstig. Also, wenn Sie Ihre Pläne nicht jetzt aus der Schublade ziehen, wann dann?

WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

SIEMENS

Für 83 Mark pro Monat* ein Komforttelefon mit Bildschirmtext

Postzulassung Nr. 001/52 für Hauptanschluß und Nebenstellenanlagen



* Monatsmiete + MwSt. inkl. Wartung

BITEL: komfortabel telefonieren!
Tastendruck - und Ihr Partner wird aus dem BITEL-Register automatisch angewählt.

BITEL: komfortabel Bildschirmtext nutzen!
Tastendruck - und der Btx-Dialog wird aus dem BITEL-Register automatisch gestartet. (Aktienkurse, Flugpläne, Geschäftsangebote, Außenstelleninformationen).

BITEL: gleichzeitig telefonieren und Btx!
(Zwei Telefonleitungen) Gleichzeitig mit Ihrem Geschäftspartner verhandeln und neueste Informationen über Btx abrufen und anzeigen.

Coupon

An Siemens AG, ZVW 131, Hofmannstraße 51, 8000 München 70

BITEL können Sie kaufen oder mieten! Es kann am Hauptanschluß und an der Nebenstellenanlage betrieben werden.

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an:

- BITEL-Angebot,
- BITEL-Information.

W

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eigentum und Justiz

„Gewandelte Einstellung zum Diebstahlsdelikt“: WELT vom 21. Januar

Nicht das Urteil des Frankfurter Arbeitsgerichts, nämlich die Aufhebung einer fristlosen Kündigung wegen eines geringfügigen Diebstahls, soll hier kritisiert werden, sondern eine Passage aus der Begründung des Richters: Mit der Entscheidung trage man auch „einer sich wandelnden Einstellung der Bevölkerung und der allgemeinen Rechtsgüterschutzdiskussion im Hinblick auf den Eigentumschutz bei Bagatelldelikten Rechnung“. Hier sind Bedenken anzumelden. Ist es Aufgabe des Gerichts, schwindendem Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung nachzugeben und ausdrücklich aus dieser Position heraus Entscheidungen zu treffen? Und sollte das Ergebnis eines Denkprozesses, der sich noch im Sta-

dium der Diskussion, also im kontrollierten Meinungsaustausch befindet, zur Begründung eines Urteils vorweggenommen werden?

Dem Wandel des Wertebewußtseins, wie er sich auch gerade im zahlenmäßigen Anwachsen von Diebstahlsdelikten, insbesondere in Kaufhäusern und Supermärkten, zeigt, werden durch eine richterliche Bereitschaft zur prinzipiellen Nachsicht zusätzliche Impulse gegeben. Für den Rechtsstaat spielt nicht nur der Rechtsschutz des Individuums eine Rolle, sondern auch die Pflege und Förderung des Rechtsbewußtseins seiner Bürger.

Dr. Harri Reinert, Arbeitskreis Justiz im Demokratischen Klub Berlin

Rechtsprechung

Auf meinen Artikel „Das manipulierte Recht“ (WELT vom 7. Januar) erwidert Herr Jürgen Meng in einem Leserbrief (WELT vom 14. Januar), ich verschweige, „daß der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Summe von Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne keine Erfindung des Bundesverfassungsgerichts“ sei, sondern sich jedenfalls schon aus dem preußischen Polizeirecht bzw. „aus naturrechtlichen Vorstellungen“ herleiten lasse.

Hierzu ist klarzustellen, daß die behauptete verworrene „Summe“ sich auch historisch nicht begründen läßt. Weder aus dem ehemaligen preußischen Polizeirecht noch aus historischen „naturrechtlichen Vorstellungen“ können im Grundgesetz nicht enthaltene verfassungsrechtliche „Grundsätze“ hergeleitet werden, von denen das Bundesverfassungsgericht sogar behauptet: „Diese in der Rechtsprechung (s.: des Bundesverfassungsgerichts) entwickelten Grundsätze müssen entsprechend beachtet werden, wenn es sich um die gerichtliche Entscheidung über kollidierende Interessen nach Vorschriften des Privatrechts handelt.“

Die damit behauptete Befreiung der Richter von der Gebundenheit auch an die Gesetze des Bürgerlichen Rechts lag außerhalb der von mir vornehmlich behandelten Konsequenzen für die Strafrecht.

Nach Dr. Güssregen (Die WELT vom 20. Januar) soll die Manipulation des Rechts, die er nicht bestreitet, nicht vom Bundesverfassungsgericht, sondern von anderen Gerichten geübt werden. Die vom Bundesverfassungsgericht frei „entwickelten“ „übergreifenden Leitregeln“ allen staatlichen Handelns“ beweisen jedoch das Gegenteil.

Mit wohlklingenden moralischen Forderungen an die Richter wie „fair“, „fleißig“ und „gerecht“ läßt sich das nicht ausräumen, auch nicht mit „effektiver Rechtschutz“. Nach Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes ist „die Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden“. Die danach bestehende unverbrüchliche Gebundenheit wird ins Gegenteil verkehrt durch die Behauptung, mit dieser Verfassungsbestimmung seien nur „der richterlichen Rechtsfortbildung“ und „richterlichen Unabhängigkeit“ „Grenzen“ gezogen.

Die richterliche Unabhängigkeit besteht nicht gegenüber Gesetz und Recht, sondern nur gegenüber politischen Weisungen. Ein Richter kann nur entweder an Gesetz und Recht gebunden sein oder nicht. Eine „nicht unbegrenzte“ Verneinung der Gebundenheit gibt es nicht.

Der Angriff von Dr. Emmerling (Die WELT vom 22. Januar) geht an meinen Ausführungen und an seinen eigenen vorbei; im übrigen: weiß Herr Emmerling wirklich nicht, daß heute in Strafsachen häufig die Durchführung des Verfahrens zwischen Staatsanwalt und Verteidiger „ausgehandelt“ wird?

Professor Dr. jur. Ernst Wolf, Marburg/Lahn

* Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Städtepartnerschaften

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Beitrag „Hallo Partner, danke schön“ in der Ausgabe vom 22. Januar befaßt sich mit der angestrebten kommunalen Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt.

In diesem Zusammenhang verweisen Sie auf eine Definition des Begriffs der kommunalen Partnerschaften durch den deutschen Städtetag. Hiernach sind sie als „Freundschaftsverhältnisse zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen verschiedener Nationalität“ anzusehen.

Diese Begriffsbestimmung engt den Begriff der kommunalen Partnerschaften, wie ich meine, unzulässig ein. Auch zwischen kommunalen Körperschaften innerhalb der Bundesrepublik einschließlich Berlins bestehen Partnerschaften. Von Berlin-Schöneberg aus beispielsweise mit Ahlen, Braunschweig, dem Landkreis Kreuznach, der Stadt Wuppertal. Auch eine ganze Reihe weiterer Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften innerhalb der Bundesrepublik könnte noch aufgeführt werden.

Insofern ist Ihre Befürchtung, die Aufnahme der Partnerschaft allein

impliziere eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, unbegründet. Diese Deutung ist aus den von mir genannten Gründen nicht verbindlich.

Städtepartnerschaften zwischen west-, mittel- und ostdeutschen Städten sind im Grunde genommen sehr zu befürworten. Sie könnten auch Grundlagen dafür schaffen, daß sich die Menschen im geteilten Deutschland einander näher kommen. Und wenn es im Zuge einer solchen Partnerschaft gar gelingen sollte, eine Bresche in das bisherige Aus- und Einreiseverfahren der DDR-Behörden zu schlagen, so wäre dies ein großer Erfolg, der nicht mit Überlegungen belastet werden sollte, wie viele Eisenhüttenstädter von Saarlouis aus wieder in die DDR zurückkehren. Im Gegenteil, solche Partnerschaften müssen behutsam angegangen werden, sie nützen überhaupt nichts, wenn sie nur dazu beitragen, einigen DDR-Bewohnern den Wohnsitzwechsel zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen Krafto von Metall, Bezirksverordneter von Berlin-Schöneberg

Neue Ideen gefragt

Rund 15 Jahre hat der Paragraph 116, Arbeitsförderungsgesetz, einigmaßen funktioniert, bis Funktionäre einer Gewerkschaft, begleitet von polemischer Sprache längst überholter Inhalte, ein neues Machtmittel praktizierten: Durch Bestreiken weniger Unternehmen wichtiger Zulieferer einen ganzen Industriebereich lahmzulegen. Das konnte nicht gutgehen!

Nun sind Ideen gefragt, um das gestörte Verhältnis der Sozialpartner in Ordnung zu bringen: Gewerkschaften und Unternehmer könnten vereinbaren, das die relativ wenigen Engpaßbetriebe, deren Ausfall ganze Industriebereiche in kurzer Zeit zum Erliegen bringt, weder bestreikt noch ausgespart werden dürfen. Dann brauchte nichts geändert zu werden.

Es ist anzunehmen, daß industrieerfahrene Betriebsräte wissen, daß nur so die Folgeschäden eines

Streiks, besonders für die Arbeitnehmer der nichtbeteiligten Gesamtwirtschaft, in Grenzen bleiben.

Hubert Gröger, Nordhorn

Wort des Tages

„Jeder Mensch, der auf die Welt kommt, muß immer wieder von vorn anfangen mit den moralischen und geistigen Anstrengungen, die seine Eltern und Vorfahren schon geleistet hatten.“

Albert Schweitzer, christlicher Theologe, Arzt und Musiker (1875-1965)

Personalien

GEBURTSTAGE

Am 29. Januar vollendet der Bocholter Verleger Rolf Terheyden, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, sein 60. Lebensjahr. Terheyden steht seit November 1984 an der Spitze des Zeitungsverlegerverbandes. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, Bonn und Göttingen wurde er 1957 als Anwalt zugelassen; gleichzeitig übernahm er die Verlagsleitung des „Bocholter Borkener Volksblattes“. Bei der „Standortpresse“, einer Organisation, die die verlegerischen, technischen und wirtschaftlichen Interessen kleiner und mittlerer Zeitungsverlage vertritt, war er seit 1964 an exponierter Stelle tätig, 1972/73 als Aufsichtsratsvorsitzender. Als Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, zu dem er 1976 gewählt wurde, nahm Terheyden vor allem die sozialpolitischen und rechtlichen Angelegenheiten der Presse wahr. Auch auf Landesebene - er gehört dem Vorstand des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger, Düsseldorf, seit 1974 an - hat er die Sozialpolitik entscheidend geprägt. Als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger setzte er - vor dem Hintergrund der ständigen Abnahme von Leseliste und Lektürezeit der Bevölkerung - einen weiteren Schwerpunkt: die Bedeutung des gedruckten Wortes für unsere Gesellschaft zu erhalten und das Lesen unter allen Bevölkerungsschichten zu fördern. Rolf Terheyden, Ritter im Ritterorden vom Heiligen Grab von Jerusalem, wurde 1980 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

WAHL

Professor Dr. med. Heinrich Bredt, ehemaliger Direktor des Pathologischen Institutes der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, vollendet am 29. Januar 1986 sein 80. Lebensjahr. Heinrich Bredt gehört zu den großen Repräsentanten der deutschen Pathologie, welche ihre wissenschaftliche und praktische Tätigkeit stets auf den kranken Menschen ausgerichtet haben. Bredt stammt aus einem Pfarrhaus in Siebenbürgen und war von 1949-1959 Direktor des Pathologischen Institutes der Universität Leipzig, danach bis 1974 in gleicher Eigenschaft in Mainz. Für seine wissenschaftlichen Arbeiten über die kindlichen Herzfehler, die Arteriosklerose und Probleme der Alterung und der Alterskrankheiten hat Bredt zahlreiche akademische Ehrungen erfahren: Vizepräsident der Leopoldina, Präsident der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz, Träger der Gutenberg-Plakette der Stadt Mainz, Nationalpreis der Wissenschaften der „DDR“. 1979 erhielt Bredt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 1982 den siebenbürgisch-sächsischen Kulturpreis. Anlässlich seines 80. Geburtstages findet in Mainz ein Symposium über „Wandlungen der Pathologie in den letzten 50 Jahren“ statt.

VERÄNDERUNG

Regierungsdirektor Peter Walter (42), Leiter der Präsidialabteilung der Hamburger Wirtschaftsbehörde, wird Mitte Februar neuer Landesgeschäftsführer der Hamburger SPD. Walter war sechs Jahre lang persönlicher Referent des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Er übernimmt im Hamburger Kurt-Schumacher-Haus das

Amt von Werner Noll (55). Noll geht für die staatliche Hamburg Port Consulting GmbH in sein Heimatland - nach China, um die Interessen der Hansestadt in Hamburgs künftiger Partnerstadt Shanghai wahrzunehmen. Noll ist in Shanghai geboren und spricht perfekt chinesisch. Sein Vater, Kurt Noll, war Leiter des damaligen chinesischen Staatschefs Tschiang-Kaischek.

WAHL

In seinem Amt als Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) für weitere drei Jahre bestätigt wurde der Vorsitzende des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) Bayern, Karl Eugen Becker, durch ein einstimmiges Votum der VDI-Vorstandsversammlung. Der Diplomingenieur steht der mit 90 000 Mitgliedern größten Ingenieur-Vereinigung Westeuropas seit 1983 vor und ist ebenso lange Chef des bayerischen TÜV.

EHRUNG

Der in Ost-Berlin lebende Schriftsteller Volker Braun erhält am 27. Januar den Bremer Literaturpreis, der mit 15 000 DM dotiert ist. Der Förderpreis (7500 DM) geht an die Österreicherin Eva Schmidt. Die Preisverleihung erfolgt traditionell im Zusammenhang mit dem Geburtstag von Rudolf Alexander Schröder, nach dem der Literaturpreis benannt ist. Volker Braun erhält den Preis für seinen Roman „Hinge-Kunze“, der im Frankfurter Suhrkamp-Verlag erschienen ist. Braun scheidet sein Buch im „realen Sozialismus“ der „DDR“ von heute an.

Übersichtlicher und einfacher

KBS. - Vor gut einem Jahr kam die neue Hausratversicherung (VHB '84) auf den Markt. Heute bieten die meisten namhaften Versicherer das als „verbraucherfreundlich“ etikettierte Produkt dem interessierten Kunden an.

Die neue Hausratversicherung trage, so heißt es beim Verband der Sachversicherer, den veränderten Verhältnissen und Kundenbedürfnissen sowie der neuen Rechtsprechung Rechnung.

Immerhin, es fällt an der neuen Hausratversicherung wohlwollend auf, daß sie gegenüber der „alten“ (VHB '74) um einiges übersichtlicher und einfacher ausgestaltet ist.

Folgerichtig wurden bisherige Kostentreibnisse wie Fahrrad- und Diebstahlschäden, die man in „fetten Jahren“ leichtfertig übernommen hatte, wieder entfernt und einer entsprechenden Zusatzversicherung zugeordnet.

Kritik wird zuweilen wegen der nicht mehr ganz so umfangreichen Grunddeckung geäußert, wie auch im Blick auf die Einteilung nach Tarifzonen gebieten: Zwar habe es bereits in den vergangenen Jahren differenzierte Tarife in Großstädten gegeben, nunmehr aber falle das Stadt- und Nord-Süd-Gefälle besonders ins Gewicht.

HAUSRAT- UND GEBÄUDEVERSICHERUNGEN / Neue Geschäftsbedingungen sollen verständlicher sein So kann man Abgrenzungstreit vermeiden

Unbeschadet aller Bekundungen, es gebe mehr Transparenz am deutschen Versicherungsmarkt, begegnet man immer wieder Versicherern, denen offenbar der Durchblick fehlt.

Offensichtlich gelingt es hierbei nicht jedem Versicherungsnehmer, sein wohlverstandenes Eigeninteresse zu wahren. Denn viele schieben die längst fällige Wahlentscheidung zwischen dem „alten“ Bedingungswerk (VHB '74) und dem „neuen“ Bedingungswerk zur Hausratversicherung (VHB '84) vor sich her.

Auch aus Gründen ungenügender Transparenz streiten Versicherungsgesellschaften und Versicherungsnehmer über die Abgrenzung von Hausrat- und Gebäudeversicherung. Informationslücken, die so leicht entstehen, sollten im Interesse aller Partner abgebaut beziehungsweise geschlossen werden.

Gelegentlich kursiert die eher einseitige Behauptung, die neue Hausratversicherung diene ausnahmslos dem Zweck, das durch mancherlei „Eigentore“ der Versicherer (so zum Beispiel bei den Fahrraddiebstählen) begünstigte weitere Abrutschen in die „Roten Zahlen“ zu verhindern.

Novellierung profitiert, ist weniger bekannt. Dabei bieten die Versicherer ihren Kunden handfeste Vorteile, unter anderem: die neu geregelte Prämienanpassung, die dem Versicherungsnehmer bei günstigem Schadenverlauf eine entsprechende Beitragsermäßigung garantiert.

So gibt es heute bei Hausrat zwei nebeneinander geltende verschiedenartige Bedingungswerke, was bei fehlender beziehungsweise ungenügender Beratung, eher zur Verwirrung des Verbrauchers, denn zu größerer Markttransparenz führen kann.

Versicherungsnehmer, die „umsteigen“ wollen, sollten unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Interessenlage möglichst vorher genau beide Bedingungswerke miteinander vergleichen und überprüfen. Immer-

hin beurteilt die „Stiftung Warentest“ die neue Hausratversicherung besser als die alte. Daß es laut Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) grundsätzlich nur der verbundenen Wohngebäudeversicherung (VGB) - sie schützt gegen Schäden durch Feuer, Leitungswasser und Sturm - vorbehalten bleibt, Wohngebäude zu versichern, lenkt das Interesse auf die Ausnahme.

Infolgedessen kann die Feuerversicherung in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Bezirk Kreuzberg, Tierrgarten, Wedding, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz im Rahmen der verbundenen Wohngebäudeversicherung nicht abgeschlossen werden.

Auf den ersten Blick fällt jedoch die Abgrenzung kaum schwer: Schäden am Gebäude werden durch die Gebäudeversicherung, Schäden am

Inhalt durch die Hausratversicherung gedeckt. Alles, was mit dem Gebäude fest verbunden ist, gehört grundsätzlich in die Gebäudeversicherung, was beim Umzug mitgenommen werden kann, ist Gegenstand der Hausratversicherung.

Will man Rechtsstreitigkeiten vermeiden, sollte auf folgendes geachtet werden: Unter die Hausratversicherung fallen vom Vermieter eingebrachte Einbaumöbel und Teppichböden sowie vom Gebäude-Eigentümer auf unbewohnten Fußböden verlegte oder leicht verklebte Teppichböden.

Dies ändert jedoch nichts an der Rechtslage aus dem jeweiligen Versicherungsvertrag. Jeder Versicherungsnehmer sollte daher schon vor Vertragsabschluss auf einem klaren Vertragstext bestehen. Und selbstverständlich hat man als Versicherungsnehmer jeden nachträglichen Wertzuwachs, etwa durch spätere Einbauten, dem Versicherer zu melden.

NACHRICHTEN

Letzter Befreiungstermin

Köln (WR) - Nur noch bis zum 31. Januar können sich privat krankenversicherte Angestellte, die zum Jahresbeginn aufgrund der Anhebung der Jahresarbeitsverdienstgrenze von monatlich 4200 Mark krankenversicherungspflichtig geworden sind, von der Versicherungspflicht befreien lassen.

Mietwagen im Urlaub

Bonn (AU) - Einen Mietwagen für den ganzen Urlaub steht Pkw-Besitzern zu, deren eigenes Auto zum Urlaubsbeginn durch einen unverschuldeten Unfall einen Totalschaden erleidet.

Putsch-Versicherung

Bangkok (dpa) - In Thailand wollen zwei Versicherungsgesellschaften eine spezielle „Putsch-Versicherung“ in ihr Programm aufnehmen. Sie soll alle bei Staatsstreichen, Revolutionen und zivilen Aufständen entstehende Risiken abdecken.

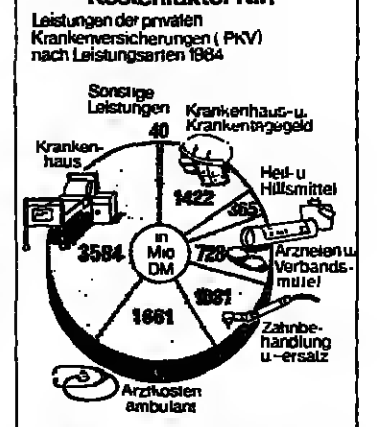
Mehr Auszubildende

München (AV) - Mit rund 11 500 angehenden Versicherungskauffleuten gab es 1984 etwa 60 Prozent mehr Auszubildende als 1976. Auch die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt hat sich deutlich erhöht.

Haftpflicht im Skiraubbau

Bonn (WR) - Immer häufiger nehmen nach Karambolagen auf der Pistie schuldlos geschädigte Fahrer und ihre Krankenversicherung den Versurser in Anspruch. Hat er keine Privathaftpflichtversicherung, muß er die Schadenszahlung selber abwehren oder zahlen.

Krankenhaus ist Kostenfaktor Nr. 1



Für ihre 9,5 Millionen Kunden haben die privaten Krankenkassen 1984 Leistungen in Höhe von fast zehnhundert Milliarden Mark erbracht. Darin enthalten sind über eine Milliarde Mark an Beitragsrückerstattung für die Versicherten.

Hagelschäden versichert

Köln (WR) - Die Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, bietet die Möglichkeit, in der Wohngebäudeversicherung zusätzlich zum Sturmrisiko Schäden durch Hagel mitzuversichern, auch wenn sie nicht unmittelbar Folge eines Sturms sind.

Conti-Staffelpolice

Dortmund (Py.) - Die Continentale Lebensversicherung a.G., Dortmund, bietet jungen Leuten, die noch in der Ausbildung stehen oder Berufsanfänger sind, eine vermögensbildende Lebensversicherung an.

SCHEIDUNG / Ein Ehepartner verliert am Trennungstag seinen Versicherungsschutz Getrennte Policen sind meist teurer

Eine zeitweise Trennung oder gar eine Scheidung von Ehepartnern bringt viele Probleme in Versicherungsfragen. Manche Policen können weiterbestehen, andere nicht. In jedem Fall muß der Versicherer über die Scheidung rechtzeitig informiert werden.

einer aus, sollte dies umgehend dem Versicherer mitgeteilt werden, denn für die neue Wohnung muß ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Nimmt ein Partner nur vorübergehend Hausrat aus der gemeinsamen Wohnung in seine neue Bleibe mit, bleibt dieser drei Monate lang im alten Vertrag mitversichert.

sacht werden, auch weiterhin abgedeckt. Wichtig ist, daß eine bloße Trennung der Ehegatten ohne Scheidung, zum Beispiel ein Auszug aus der gemeinsamen Wohnung, am Versicherungsverhältnis nichts ändert.

Der 1984 von der Deutschen Krankenkassenversicherung AG, Köln, Marktführer in der privaten Krankenkassenversicherung eingeführte Krankenhausausweis „Medi-Card“ hat sich durchgesetzt. Inzwischen sind über 1,3 Millionen privat krankenversicherte DKV-Kunden mit diesem Ausweis im Scheckkarten-Format ausgestattet.

„Medi-Card“ am Markt erfolgreich

Der 1984 von der Deutschen Krankenkassenversicherung AG, Köln, Marktführer in der privaten Krankenkassenversicherung eingeführte Krankenhausausweis „Medi-Card“ hat sich durchgesetzt. Inzwischen sind über 1,3 Millionen privat krankenversicherte DKV-Kunden mit diesem Ausweis im Scheckkarten-Format ausgestattet.

Advertisement for Nordmann, Rassmann GmbH & Co. featuring Dietrich Köser, a 56-year-old professional. Text describes his experience and the company's services in Hamburg.

Advertisement titled 'Hilfe - es brennt!' (Help - it's burning!). It features an illustration of a child and text promoting a fire insurance policy for children's safety.

Advertisement for Eritrea Hilfswerk in Deutschland e.V. It includes a photo of a child and text about supporting agricultural projects in Eritrea through donations of seeds and tools.

Advertisement for 'WELTKUNST' magazine. It features an illustration of a figure and text describing the magazine's focus on art and antiquities, with a subscription offer.

Advertisement for 'Bord-Elektrik - Ihr Job?' (Shipboard Electricity - Your Job?). It targets electrical engineers and technicians, offering job opportunities at a major Hamburg-based metal industry company.

Advertisement for 'DIE WELT' newspaper. It lists subscription rates for various regions and provides contact information for the publisher.

Peres setzt auf die Hilfe Husseins

Fortsetzung von Seite 1
und ohne Vorbehalte an den Verhandlungstisch setzen muß. Eine Einmischung in Detailfragen wie zum Beispiel die Zukunft des Landstreifens Taba im Sinai wäre jedoch unklug und würde „in beiden Ländern aus innenpolitischen Gründen abgelehnt werden“.

Bei den diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Nahost-Konflikts spielen die USA eine Vermittlerrolle. „Das läuft weiter“. Es habe Zugeständnisse von Seiten Israels gegeben. Man könnte in einer „ersten Phase der Eröffnung von direkten Gesprächen unter dem Dach einer internationalen Organisation oder Konferenz zustimmen. Das betrifft aber nur die Eröffnung und den äußeren Rahmen, um das Zustandekommen von Direktgesprächen zu erleichtern. Einige Zeichen deuten darauf hin, daß man sich in dieser Frage nähert.“

Die Neinsager zu einem Frieden in Nahost hätten im übrigen viel mit dem Terrorismus zu tun. „Und nicht nur Libyen, auch Syrien ist hier stark involviert. Darüber besteht kein Zweifel. Abu Nidal hat auch ein offizielles Büro in Damaskus.“

Ben Ari weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß seine jüngsten Äußerungen in Zeitungsinterviews in keiner Weise die derzeitigen deutsch-amerikanischen Verhandlungen und Gespräche über den Kampf gegen den Terrorismus betreffen hätten. „Ich habe ausdrücklich betont, daß ich mich nicht auf die Stellungnahme der deutschen Regierung im allgemeinen, um die Einstellung und Überlegungen Israels und Europas zum Terrorproblem im allgemeinen.“ Der Terrorismus sei ein Übel für alle. Die israelischen Überlegungen „zielen auf eine wirksame, präventive Bekämpfung schon im Vorfeld terroristischer Aktionen, nicht erst, wenn es passiert ist.“ Es gehe nicht nur darum, „zu beschützen, sondern auch zu verhindern.“

Er hielt es für „sehr gut“, die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel in der Dritten Welt enger zu gestalten, sagte Ben Ari weiter. „Deutsche Technologie und israelische Erfahrung könnten zusammen überaus wirksam den Hunger in unterentwickelten Ländern bekämpfen.“

„Republik ist von Flick nicht gekauft worden“

Langner erläutert Ergebnisse des Abschlußberichts

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Die von Teilen der veröffentlichten Meinung erhobenen massiven Vorwürfe, zum Beispiel der Vorwurf einer „gekauften Republik“, haben sich nicht bestätigt. Mit diesem Satz hat der Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags, der Bundestagsabgeordnete Manfred Langner (CDU), eine Vorab-Inhaltsangabe des Abschlußberichts dieses Ausschusses gegeben. Dieser sei nach seinen Worten 1500 Seiten stark und enthalte im „bewertenden Teil“ ein Mehrheits- und ein Minderheits-Votum.

Im großen und ganzen seien die Verwaltungsverfahren, die im Flick-Ausschuß zur Sprache kamen, „ordnungsgemäß durchgeführt worden“, sagte Langner am Sonntag in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“. Zu beanstanden sei, daß der Flick-Konzern „den Ministern die Bude eingetrant hat, daß aus der Verwaltung Informationen beschafft wurden, auf die man nicht unbedingt einen Anspruch hatte“. Ferner sei zu beanstanden, daß mit bezahlten Lobbyisten, zum Beispiel mit dem Journalisten Günter Markscheffel, Informationen aus der sozialdemokratischen Partei und Fraktion vom Flick-Konzern beschafft wurden.

„Gewisse Veränderungen“

Zum Spenden-Verhalten von Flick „falle schon auf“, sagte Langner, daß in dem Zeitraum von 1974 bis 1981 über den man im Ausschuß Zeugen anhörte, weil in ihm die inkriminierten Steuer-Anträge des Konzerns liegen, „gewisse Veränderungen“ vorhanden seien. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung zum Beispiel habe eine beachtliche Summe bekommen, nachdem sie bei Spendenaufrufen für gemeinnützige und politische Zwecke von Flick vorher nicht berücksichtigt worden sei. Wörtlich sagte Langner dazu: „Es hat sich nicht mehr aufklären lassen, ob der legendäre Spendensammler Alfred Nau (Schatzmeister der SPD, d.Red.) in Aussicht gestellt hat, daß er etwa Widerstände in der SPD-Fraktion neutralisieren würde, wenn man ihn gut bedient. Aber davon abgesehen muß man sagen, diese Spenden haben die Verwaltungsverfahren nicht beeinflusst.“

Nachdem die Einsetzung des Flick-Untersuchungsausschusses am 19. Mai 1983 vom Bundestag be-

schlossen worden war, hatte er sich am 9. Juni 1983 konstituiert. In den vergangenen zehn Monaten, seit Ende der Beweisaufnahme, ist an dem Abschluß-Bericht gearbeitet worden, sagte Langner. Im Sachverhalt gebe es große Übereinstimmung zwischen der heutigen Koalition und der heutigen Opposition. Im bewertenden Teil werde es ein Mehrheits- und ein Minderheits-Votum geben, wobei das der Mehrheit „zum Sachverhalt nicht sehr umfangreich“ zu nennen sei.

Nach Langner des Ausschusses ist es nach Langner, dem Parlament mit dem Abschlußbericht auch Ratschläge und aus den Schlußfolgerungen gewonnene Erkenntnisse zu übermitteln.

Änderungen am 6b?

Er gehe allerdings davon aus, daß schon die umfangreiche und mit großem Medien-Echo begleitete Arbeit des Ausschusses in diesen Jahren seiner Tätigkeit „bewusstseinsbildend und stilschärfend“ gewirkt habe. Man werde dem Parlament vorschlagen, die Steuervorschrift des Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes, den der Flick-Konzern bei seinen beanstandeten Transaktionen in Anspruch nehmen wollte, zu ändern. Langner sprach in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß nach Veröffentlichung des Abschlußberichts nicht „starke Worte und große Parolen“ die Schlagzeilen bestimmen würden, sondern daß man „ohne gekaufte Republik“ und ohne alles nur „Engel“ aus den gemachten Fehlern lerne und sich „Stillosigkeiten“ nicht wiederholen, die man im Ausschuß angeprangert habe.

Vor einem Jahr hatte Langner gesagt, der Ausschuß müsse auf jeden Fall so schnell fertig werden, daß die Abgeordneten noch in dieser Wahlperiode mit seinem Ergebnis „etwas anfangen“ könnten. Wegen der bevorstehenden Bundestagswahl 1987 müsse der Abschlußbericht diskutiert werden, ehe er „Wahlkampf-Munition“ werde. Die Beweisaufnahme im Ausschuß war dann bereits am 28. März 1985 abgeschlossen worden. Ihm lagen rund 100 000 Seiten Ermittlungsakten und über 10 000 Seiten Vernehmungsprotokolle vor. Letzter großer Streitpunkt war die Freigabe von 58 vom Landgericht Bonn nicht für den Ausschuß freigegebene Akten, deren Einsicht SPD und Grüne erzwingen wollten.

Gewerkschaften in Argentinien fühlen sich nach Generalstreik im Aufwind

Sehr hohe Beteiligung am Ausstand / Protest gegen Alfonsins Stabilitätspolitik

WERNER THOMAS, Miami
Argentinien Gewerkschaftsführer triumphierten. „Das war eine eindrucksvolle Volksabstimmung für eine Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, sagte ihr Sprecher Aldo Serrano. „Wir sind ermutigt.“

Der 34stündige Generalstreik der peronistischen „Allgemeinen Arbeiterräte“ (CGT) am Freitag hatte das Land gelähmt. Nach Angaben der CGT beteiligten sich 974 Prozent der arbeitenden Bevölkerung an dem Ausstand. Das argentinische Arbeitsministerium teilte mit, es werde seinerseits keine Angaben über die Streikbeteiligung veröffentlichen, was bisher üblich gewesen war. Im Landesinneren gab es vereinzelt Zwischenfälle. In Mendoza rund 1000 Kilometer westlich von Buenos Aires wurden mehrere Personen festgenommen, die auf Verkehrsmittel geschossen hatten.

Fast alle Fabriken und die meisten Geschäfte blieben geschlossen. Der öffentliche Verkehr kam zum Erliegen, von wenigen Bussen und Taxen abgesehen. Die Zeitungen veröffentlichten dünne Notausgaben. Die

sonst pulsierende Millionenmetropole Buenos Aires blieb einer Geisterstadt. Die CGT wertete den Ausstand als „entschiedene Absage der Bevölkerung“ an die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Dennoch wollten viele Beobachter die breite Streikbeteiligung nicht als Unterstützung der CGT-Forderungen werten. Die Gewerkschaften ermöglichen den Argentinern ein verfrühtes Wochenende in diesen heißen Tagen des südamerikanischen Sommers, wo Temperaturen bis zu 35 Grad gemessen wurden. Die öffentlichen Schwimmbäder und Strände hatten Hochbetrieb, obgleich die Lebensretter fehlten. Eine Meinungsumfrage ermittelte vor kurzem, daß 72 Prozent der Bevölkerung die Ansicht vertreten, die Probleme zwischen der Regierung und der Opposition durch Verhandlungen zu lösen.

Die Probleme konzentrieren sich auf das im Juni verkündete Austeritätsprogramm (Plan Austral), das strikte Lohn- und Preiskontrollen verordnet. Die Inflation sank zwar von 30 Prozent im Monat auf zwei Prozent. Die Reallohne gingen jedoch

um 18 Prozent zurück. Die Regierung des Präsidenten Alfonsín gewährte fünfprozentige Lohnanhebungen, die von den Gewerkschaften aber als unzureichend kritisiert werden. Die CGT-Führung verlangt weiter ein Ende des Austeritätskurses und der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Regierung solle ein Schuldennotorium erklären. CGT-Generalsekretär Saul Ubaldi: „Besser ein Sieg mit dem Volk als eine Niederlage mit dem IWF.“

Dies war der vierte Generalstreik seit der Rückkehr Argentinens zu demokratischen Verhältnissen Ende 1983. Er ist wirkungsvoller verlaufen als die drei anderen Aktionen. Aus CGT-Kreisen verlautete, daß weitere Arbeitskämpfe folgen würden, wenn die Regierung keine Konzessionsbereitschaft zeige.

Die Regierung will den eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Arbeitsminister Hugo Barriouneo betonte zwar, die Alfonsín-Administration respektiere das Streikrecht. Jedoch: „Der Arbeiter hat gerade einen Tageslohn verloren und die Nation einen Tag der Produktion.“

Landesbischof rügt Abtreibungspraxis

DW, München

Bei einem ökumenischen Gottesdienst im Münchner Liebfrauenhof hat der evangelische Landesbischof Johannes Hanselmann die Abtreibungspraxis in der Bundesrepublik scharf kritisiert. Sie sei eine Form der Tötung auf Verlangen. „Ungezählte Menschen“ würden sich in ihrem Wissen belastet, daß sie dies „durch ihre Krankenkassenbeiträge zwangsweise mitfinanzieren“ müßten, erklärte er nach Angaben des Evangelischen Pressedienstes.

Vor allem kritisierte Hanselmann die Möglichkeit der Notlagenindikation für eine Abtreibung. Sie sei „ein Schandfleck im Zusammenleben der Menschen“. Wer dürfe, daß „scheinbare oder tatsächliche soziale Notstände auf dem Wege der Tötung beseitigt werden“ mache sich zum eigenen sozialpolitischen Totengräber. Hanselmann glaubt, daß es „einen Bewußtseinswandel innerhalb unseres Volkes“ in Bezug auf die derzeitige Fassung des Paragraphen 218 ge- und Grüne erzwingen wollten.

Bangemann nennt „oberste Marge“

dpa, Hamburg

Bundesregierung und Arbeitgeber haben die jüngsten Tarifforderungen der Gewerkschaften entschieden zurückgewiesen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) sagte gestern im Deutschlandfunk, Forderungen von etwa sieben Prozent mehr, wie sie die IG Metall erhebe, nutzen niemanden, vor allem nicht den Arbeitlosen. Der Minister nannte als „allerbeste Marge“ für die Lohnabschlüsse 4,0 bis 4,5 Prozent. Auf diesen nominellen Wert komme man, wenn man den Produktivitätsfortschritt in realen Zahlen mit viel leicht bis zu 2,5 Prozent annehme und außerdem mit einem Preisanstieg um zwei Prozent rechne. Zur Lohnforderung der IG Metall meinte Arbeitgeber-Präsident Otto Esser in einem dpa-Interview, damit würde nicht nur die Chance für einen langen Aufschwung, sondern auch das bisher Erreichte auf Spiel gesetzt. Wenig sachgerecht sei auch die von der IG Metall und der ÖTV angestrebte „weitere Lohnnivellierung“.

Morddrohung gegen Papst

AP, Madras

Bei dem katholischen Erzbischof der indischen Stadt Madras ist nach dessen Mitteilung ein Telegramm mit Morddrohungen gegen Papst Johannes Paul II. eingegangen. Erzbischof Rayappa Arulappa teilte mit, das Telegramm sei in Kalkutta ohne Absendungsangabe aufgegeben worden. Es heiße darin: „Der Papst darf nicht kommen, sonst werden wir ihn erschlagen.“

Johannes Paul II. wird als Oberhaupt des Vatikan am 1. Februar zu einem zehntägigen Staatsbesuch in Indien erwartet. In Madras will er eine Messe zelebrieren, zu der nach Angaben aus Kirchenkreisen nahezu eine Million Menschen erwartet werden. In der Stadt tauchten an Mauern papstfeindliche Parolen wie „Papst, verschwinde“, „Lieber Papst, hoffe nicht darauf, daß du Hindus bekehren kannst“ und „Das Christentum – ein Trojanisches Pferd des westlichen Imperialismus“ auf. Die Parolen stammen von einer radikalen Hindu-Organisation.

Damit der Geldwert stimmt.

Nirgendwo auf der Welt ist der Geldwert heute so beständig wie bei uns. Der Grund: Wir haben den Kostenanstieg gebremst.

Auch 1986 sollten wir alles tun, um Weltmeister in Preisstabilität zu bleiben.

Eine gemeinsame Aufgabe der Tarifpartner.

GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

Attas neuer Präsident?

Der bisherige Ministerpräsident Südjemens kehrt nach Aden zurück

AP, Manama/Moskau
Das Zentralkomitee der Jemenitischen Sozialistischen Partei hat nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass den bisherigen Ministerpräsidenten Haidar Abu Bakr el Attas bereits am Freitag zum provisorischen Staatsoberhaupt bestimmt. Während Tass meldete, in Aden seien die Kämpfe eingestellt worden, berichteten Augenzeugen von Feuergefechten in den Außenbezirken. Außerdem stehe der bisherige Präsident Ali Nasser Mohammed mit rund 40 000 Mann östlich der Hauptstadt. Moskau gab zu verstehen, daß es auf Seiten der Rebellen stehe.

Die Ernennung von Attas sei auch vom Obersten Volkskongreß bestätigt worden, der außerdem das neue Staatsoberhaupt zu seinem Vizepräsidenten gewählt habe, meldete Tass. Attas war vom Beginn der Wirren am 13. Januar während eines Indien-Aufenthalts überrascht worden und daraufhin nach Moskau geflohen, wo er mehrfach mit den ZK-Sekretären Jegor Ligatschow und Boris Ponomarew zusammengetroffen war. Am Freitag kehrte er in Begleitung des Außenministers Abdul el Dali nach Südjemen zurück.

Nasser Mohammed wurde von Tass nicht erwähnt. Er war in einem Rebellensender als „Barbar und Verschwörer gegen die Partei“ bezeichnet worden. In diplomatischen Kreisen in Bahrain verlautete jedoch, daß er weiterhin von den Nachbarstaaten als legitimes Staatsoberhaupt anerkannt werde.

Bereits am Freitag hatte der Vorsitzende des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR, Lew Tolkunow, in Paris angedeutet, daß Moskau zur Unterstützung der Rebellen bereit sei, wenn deren politische Linie konform mit dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Demokratischen Volksrepublik Jemen gehe.

Die sowjetische Nachrichtenagentur bezeichnete die Ereignisse in Südjemen als interne Angelegenheit des Landes und warnte die USA und andere Staaten vor einem Eingreifen.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums hatte mitgeteilt, daß Washington Informationen vorliegen, nach denen die Sowjetunion in Südjemen die Aufständischen unterstützt. In Dschibuti hätten Flüchtlinge ausgesagt, sowjetische Soldaten gäben den Rebellen Anleitung zum gezielten Feuer und entließen Munition. Moskau hat nach westlichen Beobachtungen mehrere tausend Mann in Südjemen stationiert.

KGB setzt Felfe wieder ein

Ehemaliger BND-Agent für Aktion gegen SDI aktiviert

WERNER KAHL, Bonn
Der sowjetische Geheimdienst KGB setzt jetzt den ehemaligen Agenten im Bundesnachrichtendienst (BND), Heinz Felfe, – sieben Jahre nach der Begnadigung durch Bundespräsident Heinrich Lübke – für die Propagandaoffensive gegen das amerikanische Weltraumverteidigungsprogramm SDI ein.

Unter Bruch einer stillen Absprache zwischen Bonn und Ost-Berlin ermittelte der KGB im Februar 1986 nach Verbüßung von knapp der Hälfte seiner fünfzehnjährigen Freiheitsstrafe angereicht hat, erhielt der in Ost-Berlin lebende 67jährige Felfe die Genehmigung, seine frühere Agententätigkeit nunmehr publizistisch aufzubereiten.

Der Vertrag habe nach Durchsicht des Manuskriptes entschieden, daß die Politiker-Passagen, die nichts mit der Agentenstory zu tun hätten, entfernt werden, anderfalls das Buch nicht erscheinen werde, sagte Wolf Brümmer, der dort für die Pressearbeit zuständig ist. Mit dieser Entscheidung habe sich Felfe in Ost-Berlin einverstanden erklärt.

Das Räteblatt in Bonn, warum die Sowjets die bisher zurückgehaltenen Erinnerungen ihres Ex-Agenten für das Frühjahr 1986 zur Veröffentlichung freigeben, löste Felfe selbst mit seiner Erklärung des Motivs in der Vorankündigung des Buches „Im Dienst des Gegners“. Er bestätigte zugleich die KGB-Stoffrichtung gegen SDI.

Bei der Vergabe der Rechte machte Ost-Berlin nur zur Bedingung, daß die Erstveröffentlichung nicht in der „DDR“ erfolgen dürfe. Staatssicherheitsdienst und KGB lassen bei den Erinnerungen des Mannes dem Westen den Vorrat.

Die „Kreml“ - Flugzeugträger mit Schwächen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der im Dezember vom Stapel gelaufene sowjetische Flugzeugträger „Kreml“ ist mit 85 000 Tonnen das größte Kriegsschiff, das die Sowjetunion bisher gebaut hat. Auf der Bauwerft in Nikolajew am Schwarzen Meer wurde inzwischen ein zweiter Träger dieser Klasse auf Kiel gelegt.

Das neue Schiff reflektiert nach Ansicht westlicher Marinefachleute „gewisse Unsicherheiten“ der Sowjets im Bau großer Flugzeugträger. Die „Kreml“ ist ein Hybrid-Schiff, hat ein Winkelschiff für konventionelle Starts mit Dampfkatapulten und eine von den Briten entlehnte „Ski-Schanze“ für den unkonventionellen Kurzstart von Senkrechtstartern. Die Antriebsanlage ist, wie auf dem sowjetischen Schlachtkreuzer „Krow“, nuklear, mit zusätzlichem konventionellen Dampfantrieb für Höchstfahrt.

Die amerikanische Aufklärung hat festgestellt, daß die „Kreml“ 304 Meter lang ist. Sie entspricht ungefähr dem amerikanischen Träger „Midway“, der 1945 vom Stapel lief und 64 000 Tonnen verdrängt. Mit der atomgetriebenen US-„Nimitz“ (93 400 Tonnen), ist sie nicht vergleichbar. Von der „Nimitz“-Klasse stehen noch zwei weitere Schiffe, „Dwight D. Eisenhower“ und „Carl Vinson“ in Dienst. Drei weitere „Nimitz“-Träger – ihre Kosten belaufen sich auf jeweils fünf Milliarden Mark – sind im Bau oder geplant.

Probleme bei Entwicklung

Im Westen ist man der Ansicht, daß die Sowjets noch kein geeignetes konventionelles Flugzeug für den Träger-Einsatz besitzen. Sie unternehmen Landversuche und Katapulttests auf einem Versuchsfeldplatz auf der Krim mit Flugzeugen, die für die Luftstreitkräfte entwickelt wurden.

Die US-Navy benutzt nur Maschinen, die speziell für die robusten Trägeroperationen entworfen sind. Erhebliche Schwierigkeiten sollen die Sowjets bei der Entwicklung von Dampfkatapulten gehabt haben, die für den konventionellen Start moderner Jets von einem Flugzeugträger unerlässlich sind. Die sowjetische Spionage bemühte sich darum zu ermitteln, wie die Katapulte auf amerikanischen Trägern beschaffen sind.

Mit Senkrechtstartern haben die Sowjets mehr Erfahrung sammeln können. Auf ihren kleinen U-Jagd-„Kiew“-Klasse setzen sie den speziell entwickelten Senkrechtstarter „Forger“ ein, den sie nach britischen Beobachtungen perfekt zu beherrschen gelernt haben.

Ski-Schanzen auf Flugzeugträgern, die einem unkonventionellen Flugzeug wie einem Senkrechtstarter den Start erleichtern, gelten bei Marinefachleuten als „Lösung des kleinen Mannes“. Die Briten erfinden die sogenannte Ski-Schanze für ihren „Sea-Harrier“, nachdem die Flottenpolitik der damals regierenden Labourpartei von konventionellen Trägern abbrückte und die Schiffe der „Invincible“-Klasse als „Kreuzer mit durchlaufendem Deck“ bezeichnete.

Schwächen analysiert

Die sowjetische Marine hat ihre Schwächen in mehreren veröffentlichten Aufsätzen analysiert und versucht sie, mit der „Kreml“ zu überwinden, obwohl auch dieses Schiff auf Startbänken für Senkrechtstartern noch nicht verziert. Das zeigt, daß die Sowjets glauben, nicht schnell genug konventionelle Träger-Flugzeuge bereitstellen zu können. Bis die sowjetischen Seestreitkräfte die „Kreml“ mit neuentwickelten Trägerflugzeugen einsetzen können, dürften noch Jahre vergehen. Hinter dem unwirksamen Ablauf amerikanischer Trägeroperationen stehen 60 Jahre Erfahrung. (SAD)

Lesotho schiebt ANC-Mitglieder ab

dpa, Johannesburg

Südafrika hat die verschärften Sicherheitskontrollen an der Grenze zum Königreich Lesotho beendet. Außenminister Roelof Botha begründete in Kapstadt die Aufhebung der Sonderkontrollen 25 Tage nach ihrer Einführung mit Sicherheitszusagen der neuen Regierung, die durch einen Militärputsch am vergangenen Montag in Lesotho an die Macht gekommen war.

Die südafrikanische Regierung ist besonders besorgt über Aktivitäten von Freischärlern der südafrikanischen Untergrundbewegung Afrikanischer National-Kongreß (ANC), die in Lesotho Obdach gefunden hatten.

Kurz vor der Ankündigung von Außenminister Botha wurde in Lesothos Hauptstadt Maseru bestätigt, daß am Morgen 60 ANC-Mitglieder von Lesotho nach Südafrika abgeschoben wurden.

Ein Regierungssprecher in Maseru berichtete Diplomaten, Südafrika habe Lesotho eine Liste von Mitgliedern des verbotenen ANC überreicht, die auf jeden Fall das Land verlassen müßten.

Verdeckt Karten

Zeit

TECHNICA
Hersteller von
für 1986

Verdeckte Karten

1.8ch. (Paris) - Das überraschende schriftliche Angebot von Siemens...

Noch wird auf beiden Seiten mit verdeckten Karten gespielt. Aber die Dinge scheinen jetzt doch in Bewegung zu kommen...

Männersache

Hät. - Daß beim Einkauf von Lebensmitteln in deutschen Haushalten in erster Linie die Frauen das Sagen haben...

WOHNEIGENTUM / Steuerliche Förderung in Zukunft auch für Grundstückskosten Koalition will den Höchstbetrag auf 250 000 Mark herabsetzen

Im Zuge der neuen steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums ab Januar 1987 dürfen künftig nicht mehr nur die Herstellungskosten...

den ursprünglichen Plänen finanzneutrale Lösung würde für den Staat bei 225 000 Mark liegen...

US-AKTIENMÄRKTE Wall Street sieht jetzt Vorteile im Ölpreissturz

H.-A. SIEBERT, Washington Wie anfällig die US-Aktienmärkte zu Beginn des neuen Jahres sind...

Zeit zum Jubel

Es kann eigentlich gar nicht besser kommen. Das Jubiläum des Automobils...

Der Export, und das spricht eigentlich für den Mitnahmeeffekt der Autobauer...

AUF EIN WORT



Prof. Dr. Hans Wieland, Vorsitzungsmitglied der Westdeutschen Gewerkschaftszentralbank e.G. Düsseldorf

BAUERNVERBAND

Einigung über Konzeption für eine neue Agrarpolitik

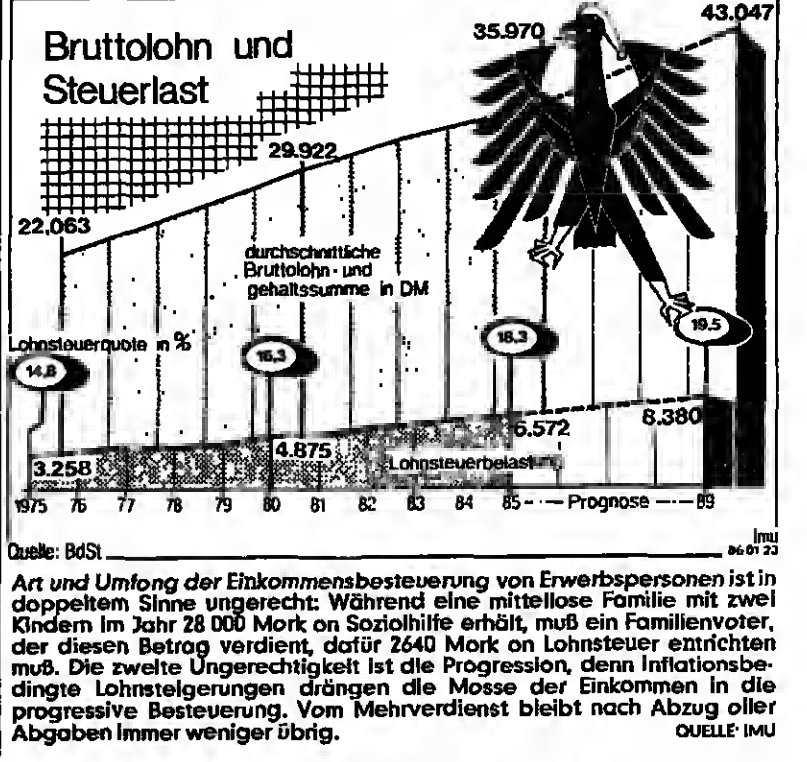
Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes hat sich auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin auf eine Konzeption zur Neuausrichtung der Agrarpolitik verständigt...

ZINNKRISE

Chancen für Beilegung sind erheblich gewachsen

Die Hoffnungen auf eine Beilegung der inzwischen 100 Tage alten Krise am internationalen Zinnsatz sind plötzlich erheblich gewachsen...

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Quelle: BDI

Art und Umfang der Einkommensbesteuerung von Erwerbspersonen ist in doppeltem Sinne ungerecht...

Bonn: Keine Aufwertung der D-Mark geplant

Bonn (dpa/VWD) - Das Bundesfinanzministerium hat am Wochenende Spekulationen über eine verbotene Aufwertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem...

Electrotec erfolgreich

Hamburg (dpa/VWD) - Die 3. Norddeutsche Fachmesse für Elektronik, Elektrotechnik, Antriebs- und Handhabungstechnik...

Keine Änderung

Paris (J.Sch.) - Am Exportkredit-Konsensus der OECD ändert sich vorerst nichts. Die von der dafür zuständigen Arbeitsgruppe...

Opec sucht Strategie

Wien/Teheran (dpa/VWD) - Ein Expertenrat aus fünf Opec-Mitgliedern hat heute in Wien über eine Strategie zur Verteidigung der Marktanteile beraten...

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Kupfer, Silber, Gold, etc.

Das Ergebnis ist noch um so bemerkenswerter, als es leicht hätte besser ausfallen können. Die allgemeine Wirtschaftslage...

Solche Unsicherheiten gehen jedoch diesmal mit dem Erstarren der deutschen Konjunktur einher...

Einigung über Schufa-Klausel

Die mit dem Datenschutz befaßten Behörden der Länder haben sich mit den Spitzenorganisationen der Kreditwirtschaft und der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung...

ENERGIE / Der Verfall der Ölpreise wird noch weiter anhalten - Seminar der BBC

„Die nächste Krise ist programmiert“

HEINZ HECK, Baden-Baden Die sinkenden Ölpreise lassen die Bemühungen um Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung erleichtern...

Das Land werde wegen unterschiedlicher Ansichten mit seinen Kunden über die Preise... Die Verschiffung nicht vertraglich geregelter Ölexporte...

DOMOTECHNICA

Hersteller von Hausgeräten sind für 1986 zuversichtlich

Die deutsche Elektro-Hausgeräte-Industrie hat für 1986 allen Grund zu besonderem Optimismus. Sie erwartet nach einer Produktionssteigerung um 7,5 Prozent...

Auf dem Inlandsmarkt wird für 1986 bei Großgeräten ein Plus von drei bis vier Prozent, bei Kleingeräten von ein bis zwei Prozent erwartet...

UdSSR

Rückstände bei Erdölförderung

Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahr in Schlüsselbereichen ihrer Wirtschaft ernsthafte Rückstände gegenüber dem Plansoll verzeichnet. Betroffen sind insbesondere die Bereiche Erdöl und Getreide. Den am Sonntag von der sowjetischen Presse veröffentlichten Zahlen des statistischen Amtes zufolge lag der Zuwachs des Bruttosozialprodukts mit 3,1 Prozent unter dem Plansoll von 3,5 Prozent. Grund für den Rückstand scheint die Produktivitätsrate zu sein, die anstelle der vorgesehenen 3,7 Prozent nur um 3,5 Prozent stieg. Im Erdölsektor, der zusammen mit der sowjetischen Gasproduktion zwei Drittel der Devisen einbringt, sind die Ergebnisse noch schlechter als 1984, als das Plansoll ebenfalls nicht erfüllt worden war. 1985 wurden nur 595 Millionen Tonnen Erdöl gefördert, während es 1984 noch 613 Millionen Tonnen waren. Für das vergangene Jahr war eine Fördermenge von 628 Millionen Tonnen vorgesehen. Die Erdölförderung blieb damit um 33 Millionen Tonnen hinter dem Plansoll zurück, was erhebliche Probleme in anderen Bereichen der sowjetischen Wirtschaft verursachen könnte, da der Technologie-Sektor von den Devisen abhängig ist. Den wenigen Informationen zufolge, die das statistische Amt der Sowjetunion veröffentlichte, blieb auch die Getreideproduktion erneut hinter dem Soll zurück. Zahlen für den gesamten landwirtschaftlichen Sektor wurden jedoch nicht bekanntgegeben. Bei Milch, Fleisch und Eiern wurde offenbar eine Produktionssteigerung erzielt. Die Angaben lassen keine genauen Einschätzungen über die Rückstände in der Getreideproduktion zu. Den Angaben zufolge wurden im letzten Jahr 12,3 Millionen Tonnen weniger Kartoffeln geerntet als im Vorjahr, als 85,3 Millionen Tonnen eingefahren wurden. Auch im Gemüsebereich lag die Produktion mit 28 Millionen Tonnen gegenüber 30,7 Millionen Tonnen hinter dem Vorjahr zurück. Schlechte Ergebnisse wurden auch bei der Erdölraffinerie, sowie bei der Produktion von Plastik, Düngemitteln und Radiogeräten erzielt. Die sowjetische Industrie, deren Produktion um 3,9 Prozent zunahm, hat ihre Pläne erfüllt. Erfolge gab es insbesondere bei der Produktion von elektronischen Geräten.

STEUERREFORM / Finanzminister Schleswig-Holsteins unterbreitet Vorschläge zum Abbau von Vergünstigungen

„Steuerfreiheit der Sozialleistungen überdenken“

GEORG BAUER, Kiel Mit einem Thesenpapier unter der Überschrift „Überlegungen zur künftigen Steuerpolitik - Steuern nicht nur senken, sondern auch reformieren“ hat sich der Finanzminister Schleswig-Holsteins, Roger Asmussen, in die Diskussion um eine grundlegende Steuerreform in den 90er Jahren eingeschaltet. In seinem sechs Punkte umfassenden Vorschlagskatalog, den er der WELT exklusiv zur Verfügung stellte, schreibt Asmussen, daß „über die Grundzüge einer durchgreifenden Reform“ zwar weitgehend Übereinstimmung herrsche, die Antworten auf Detailfragen hingegen weitaus schwieriger seien. Nach Ansicht Asmussens muß ein „linear-progressiver Tarif“ mit einem gleichmäßigen Anstieg der Grenzbelastung angestrebt werden, bei dem alle gegenwärtigen Grenzsteuersätze spürbar gesenkt werden. Der steile und leistungshemmende Anstieg der Grenzbelastung müsse vor allem im mittleren Einkommensbereich abgebaut werden. Der Finanzminister spricht sich ferner für ein sachgerechtes Ermitteln der Bemessungsgrundlage aus. Zwangsläufige Aufwendungen der Steuerzahler, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit minderten, müßten berücksichtigt und der Geldentwertung angepaßt werden. Konsequenz dieser Überlegung könnte ein Erhöhen des Kinderfreibetrages oder des Höchstbetrages für Unterhaltsleistungen sein. Asmussen wirft die Frage auf, ob Leistungen des Sozialstaates wie bisher steuerfrei gewährt werden sollten. Als Beispiele nennt er Sozialhilfe-, Krankenversicherungs- und Unterhaltsversicherungsleistungen sowie Wohngeld, Versorgungsbezüge oder Geldrenten. Da die Empfänger dieser Leistungen günstiger gestellt seien als Bezieher vergleichbarer steuerpflichtiger Einkommen, sei zu überlegen, ob der Grundfreibetrag nicht um diese Bezüge gekürzt werden sollte. Asmussen fordert auch ein Durchforsten der Steuervergünstigungen. Absetzungen und Sonderabschreibungen bei Wirtschaftsgütern des beweglichen und unbeweglichen Anlagevermögens sollten auf ein Minimum reduziert werden. Zum Minimum zählt für ihn die Regionalförderung für das Zonenrandgebiet und für Berlin sowie die Förderung von Forschung, Entwicklung und Umweltschutz. Wegen der Negativeffekte sollten außerdem die Insolvenzkürlage, der Importwarenabschlag oder die Preissteigerungskürlage beim Umlaufvermögen gestrichen oder nur für eine Übergangsdauer gewährt werden. Auch der Freibetrag und der ermäßigte Steuersatz für Gewinne aus Betriebs- oder Teilbetriebsveräußerungen und Betriebsaufgaben ist in den Augen des Finanzministers ein ungerichteter Steuervorteil. Als Neuregelung schlägt er eine Besteuerung vor, deren Basis der durchschnittliche Steuersatz eines Unternehmens aus den vergangenen drei oder fünf Jahren ist. Nach Ansicht des Finanzministers sollen auch die steuerlichen Freibeträge für Zuschläge aus Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit aufgehoben werden. Zur Stärkung der Unternehmen spricht er sich für den Abbau der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer aus. Sie belasteten die Unternehmen mehrfach. Als Ziel einer gerechten Steuerpolitik nannte er ferner, Erträge aus Eigenkapital, das in den Unternehmen arbeite, und Erträge aus privat angelegtem Kapital gleich zu belasten. In diesem Zusammenhang sollten die Freibeträge für Zinseinkünfte erheblich aufgestockt werden. Das alte System der Sparförderung sei dann entbehrlich. In die Reform sollte auch die Rentenbesteuerung einbezogen werden. Ziel sollte sein, die Eigenverantwortung zu stärken. Asmussen schlägt vor, Beiträge, die Rentenstammrechte begründen, als steuermindernde Sonderausgaben zu berücksichtigen und die Versorgungsbezüge bei der Auszahlung voll zu versteuern. Der Christdemokrat meinte, sein Vorschlag sei kein einseitiges Plädoyer für die Unternehmen. Die Steuerentlastung müsse allen Bürgern zugute kommen. Subventionsabbau und Tarifsenkung stünden in einem untrennbaren Zusammenhang, wenn die Entlastung nicht zu einem Anstieg der Neuverschuldung führen sollte.

ten der Bemessungsgrundlage aus. Zwangsläufige Aufwendungen der Steuerzahler, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit minderten, müßten berücksichtigt und der Geldentwertung angepaßt werden. Konsequenz dieser Überlegung könnte ein Erhöhen des Kinderfreibetrages oder des Höchstbetrages für Unterhaltsleistungen sein. Asmussen wirft die Frage auf, ob Leistungen des Sozialstaates wie bisher steuerfrei gewährt werden sollten. Als Beispiele nennt er Sozialhilfe-, Krankenversicherungs- und Unterhaltsversicherungsleistungen sowie Wohngeld, Versorgungsbezüge oder Geldrenten. Da die Empfänger dieser Leistungen günstiger gestellt seien als Bezieher vergleichbarer steuerpflichtiger Einkommen, sei zu überlegen, ob der Grundfreibetrag nicht um diese Bezüge gekürzt werden sollte. Asmussen fordert auch ein Durchforsten der Steuervergünstigungen. Absetzungen und Sonderabschreibungen bei Wirtschaftsgütern des beweglichen und unbeweglichen Anlagevermögens sollten auf ein Minimum reduziert werden. Zum Minimum zählt für ihn die Regionalförderung für das Zonenrandgebiet und für Berlin sowie die Förderung von Forschung, Entwicklung und Umweltschutz. Wegen der Negativeffekte sollten außerdem die Insolvenzkürlage, der Importwarenabschlag oder die Preissteigerungskürlage beim Umlaufvermögen gestrichen oder nur für eine Übergangsdauer gewährt werden. Auch der Freibetrag und der ermäßigte Steuersatz für Gewinne aus Betriebs- oder Teilbetriebsveräußerungen und Betriebsaufgaben ist in den Augen des Finanzministers ein ungerichteter Steuervorteil. Als Neuregelung schlägt er eine Besteuerung vor, deren Basis der durchschnittliche Steuersatz eines Unternehmens aus den vergangenen drei oder fünf Jahren ist. Nach Ansicht des Finanzministers sollen auch die steuerlichen Freibeträge für Zuschläge aus Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit aufgehoben werden. Zur Stärkung der Unternehmen spricht er sich für den Abbau der Gewerbekapital- und Vermögens-

steuer aus. Sie belasteten die Unternehmen mehrfach. Als Ziel einer gerechten Steuerpolitik nannte er ferner, Erträge aus Eigenkapital, das in den Unternehmen arbeite, und Erträge aus privat angelegtem Kapital gleich zu belasten. In diesem Zusammenhang sollten die Freibeträge für Zinseinkünfte erheblich aufgestockt werden. Das alte System der Sparförderung sei dann entbehrlich. In die Reform sollte auch die Rentenbesteuerung einbezogen werden. Ziel sollte sein, die Eigenverantwortung zu stärken. Asmussen schlägt vor, Beiträge, die Rentenstammrechte begründen, als steuermindernde Sonderausgaben zu berücksichtigen und die Versorgungsbezüge bei der Auszahlung voll zu versteuern. Der Christdemokrat meinte, sein Vorschlag sei kein einseitiges Plädoyer für die Unternehmen. Die Steuerentlastung müsse allen Bürgern zugute kommen. Subventionsabbau und Tarifsenkung stünden in einem untrennbaren Zusammenhang, wenn die Entlastung nicht zu einem Anstieg der Neuverschuldung führen sollte.

Der Bremer Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), will sich dafür einsetzen, daß mit einem norddeutschen Schiffbaukontor die Zusammenarbeit der Werften intensiviert wird. Einen entsprechenden Vorschlag wird er auf der Konferenz der Küstenwirtschaftsminister in Bremen am 7. Februar unterbreiten. Mittelfristig könne die Wettbewerbsfähigkeit im Schiffbau nur erhalten bleiben, wenn solche Verbundlösungen auch auf europäischer Ebene zu einem abgestimmten Vorgehen der beteiligten Werften führten. Ein Ende der Probleme im Schiffbau sei vorläufig noch nicht abzusehen. Die Notwendigkeit weiterer Kapazitätsanpassungen könne daher nicht ausgeschlossen werden. Wer nach dem Verlust der Hälfte der Werftarbeitsplätze in den vergangenen zehn Jahren das qualitativ hochwertige Know-how des bundesdeutschen Schiffbaus und damit einen Weltmarktanteil von minimal zwei Prozent halten wolle, müsse jetzt neue Wege beschreiten.

WELTBANK / Erste Gespräche über IDA-Kapital

US-Position entscheidend

KAREN SÖHLER, Bonn Der Blick der ärmsten Länder der Welt ist heute und morgen auf Paris gerichtet. Dort beginnen die ersten Verhandlungen für die nächste Kapitalaufstockung der International Development Association (IDA) - einer Tochter der Weltbank. Die 1960 gegründete Organisation gewährt wirtschaftlich besonders schwachen Entwicklungsländern Kredite zu einmalig günstigen Konditionen (Laufzeit 50 Jahre, zehn Freijahre, keine Zinszahlungen, nur eine Bearbeitungsgebühr von 0,75 Prozent). Die IDA im Gegensatz zur Weltbank die Mittel für ihre Kredite nicht auf den Kapitalmärkten beschafft, sondern sie aus den eingezahlten Beiträgen der Mitgliedsländer und aus Gewinnüberweisungen der Mutter finanziert, muß im allgemeinen alle drei Jahre über die finanzielle Ausstattung debattiert werden. Das geltende Programm (IDA 7) läuft Mitte 1987 aus. Das Treffen in Paris gleicht einem Herantasten an das Mögliche. Denn die Vertreter der IDA glauben meist, mehr Kapital zu benötigen, als die 33 Geberländer (von 131 IDA-Mitgliedern) zu geben bereit sind. Die Verhandlungen 1983 boten ein besonders klasses Beispiel. Damals hatte die multinationale Organisation 16 Mrd. Dollar für die Periode 1984 bis 1987 vorgeschlagen. Doch vor allem die USA stemmten sich dagegen; übrig blieben neun Mrd. Dollar. Das zeigt, daß auch für diese Verhandlungen die Einstellung der Vereinigten Staaten, dem größten Geldgeber vor Japan und der Bundesrepublik, entscheidend ist. Doch Experten sind diesmal optimistisch und hoffen auf einen moderateren Kurs der USA. Die Position der Weltbank ist klar: Sie will eine Kapitalaufstockung, die real nicht unter dem 1983 vereinbarten Betrag liegt. Allerdings addiert die Weltbank zu den neun Mrd. die 1,3 Mrd. Dollar für den 1985 einmalig für drei Jahre eingerichteten Afrikafonds. Eine jährliche durchschnittliche Preissteigerung von fünf bis sechs Prozent einkalkuliert, ergibt sich ein Betrag von rund 12 Mrd. Dollar für den Zeitraum von 1987 bis 1990. Ob sich eine Kapitalaufstockung in dieser Größe durchsetzt, wird sich in Paris nur abzeichnen, es wird noch nicht beschlossen. Die Mittelausstattung hängt auch davon ab, ob und wie die IDA-Konditionen geändert werden. Wie verhalten sich die Vereinigten Staaten dafür, Zinsen einzuführen, während die skandinavischen Länder alles beim alten belassen wollen.

Die Position der Weltbank ist klar: Sie will eine Kapitalaufstockung, die real nicht unter dem 1983 vereinbarten Betrag liegt. Allerdings addiert die Weltbank zu den neun Mrd. die 1,3 Mrd. Dollar für den 1985 einmalig für drei Jahre eingerichteten Afrikafonds. Eine jährliche durchschnittliche Preissteigerung von fünf bis sechs Prozent einkalkuliert, ergibt sich ein Betrag von rund 12 Mrd. Dollar für den Zeitraum von 1987 bis 1990. Ob sich eine Kapitalaufstockung in dieser Größe durchsetzt, wird sich in Paris nur abzeichnen, es wird noch nicht beschlossen. Die Mittelausstattung hängt auch davon ab, ob und wie die IDA-Konditionen geändert werden. Wie verhalten sich die Vereinigten Staaten dafür, Zinsen einzuführen, während die skandinavischen Länder alles beim alten belassen wollen.

ITALIEN / Mailänder Börse kommt mit der Abwicklung der Aufträge nicht mit

Statt Terminhandel nur noch Bargeschäfte

GÜNTHER DEPAS, Mailand An der Mailänder Wertpapierbörse herrscht seit einigen Tagen Barhandel, während die Fristen für die Terminabrechnung des laufenden Börsenmonats um vier Wochen von Mitte Februar bis Mitte März verschoben wurden. Barhandel bedeutet, daß nicht wie bei Termingeschäften 60 Prozent der Kauf- und Verkaufsumme hinterlegt werden müssen, sondern 100 Prozent. Die Verschiebung der Abrechnungstriebe kommt dagegen in der Praxis dem Ausfall eines Börsenmonats gleich. Mit diesen beiden Maßnahmen versucht die amtliche Börsenaufsichtskommission einen technischen Kollaps zu verhindern, der sonst drohen könnte, wenn sich die normale Abwicklung der materiellen Titelübergabe noch weiter wie bisher verzögern sollte. Akute Gefahr droht durch den jetzt schon seit einigen Wochen andauernden Streik der Angestellten der italienischen Zentralbank. Dadurch ist die Kompensationszentrale der italienischen Börsen, die in den

Räumen der Banca d'Italia in Rom ihren Sitz hat und von dem dortigen Personal bedient wird, lahmgelegt. In Ermangelung einer Clearingstelle, über die die gehandelten Titel abgerechnet werden können, werden in Italien Wertpapiere (Aktien und Obligationen) auf Grund Gesetz noch immer materiell und einzeln den neuen Inhabern ausgehändigt. Diese Arbeit wickelt die Kompensationszentrale ab. Schon im Sommer vorigen Jahres hatten Beobachter einen Zusammenbruch dieses Systems vorausgesehen, als die Tagesumsätze an der Mailänder Börse (an der 90 Prozent des Handels der zehn italienischen Aktienmärkte erfolgen) still nach oben zu klettern begannen. Statt wie normal nach drei bis vier Wochen die verkauften Titel an die neuen Inhaber auszuhändigen, hatte sich schon im Spätherbst die Frist dafür auf drei bis vier Monate verlängert. Um trotzdem eine normale Abwicklung des Börsengeschäfts zu gewährleisten, gin-

gen Makler, Banken und Kommissionsgesellschaften (sua über, anstelle der materiell nicht greifbaren Titel Kassensetzel auszugeben. Die Masse dieser Bonds, die im Mai 1984 erst 12 Milliarden Lire betrug, hat nach Schätzungen des Direktionsausschusses der Mailänder Wertpapiere inzwischen mindestens 600 Milliarden Lire erreicht. Der Eingriff der amtlichen Börsenaufsichtskommission dient aus diesem Grunde dem Zweck, diesen Berg bis März wenigstens zum Teil abzutragen. Dahinter steht die vor allem in Mailand als brennend empfundene Notwendigkeit, das soeben erst erworbene Vertrauen der ausländischen Investment- und Pensionsfonds in den italienischen Aktienmarkt nicht wieder zu verlieren. Ersten Alarm schlug die Chase Manhattan Bank, die einen Rückzug aus dem Italiengeschäft androhte, falls die italienischen Behörden die dringende Reform des Systems weiter schleifen lassen sollten.

Verbundlösung für den Schiffbau

W.W. Bremen Der Bremer Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), will sich dafür einsetzen, daß mit einem norddeutschen Schiffbaukontor die Zusammenarbeit der Werften intensiviert wird. Einen entsprechenden Vorschlag wird er auf der Konferenz der Küstenwirtschaftsminister in Bremen am 7. Februar unterbreiten. Mittelfristig könne die Wettbewerbsfähigkeit im Schiffbau nur erhalten bleiben, wenn solche Verbundlösungen auch auf europäischer Ebene zu einem abgestimmten Vorgehen der beteiligten Werften führten. Ein Ende der Probleme im Schiffbau sei vorläufig noch nicht abzusehen. Die Notwendigkeit weiterer Kapazitätsanpassungen könne daher nicht ausgeschlossen werden. Wer nach dem Verlust der Hälfte der Werftarbeitsplätze in den vergangenen zehn Jahren das qualitativ hochwertige Know-how des bundesdeutschen Schiffbaus und damit einen Weltmarktanteil von minimal zwei Prozent halten wolle, müsse jetzt neue Wege beschreiten.

RENTENMARKT / Impulse fehlen

Leichter Renditeanstieg

Der Rentenmarkt dümpelte in der vergangenen Woche ziemlich ziellos vor sich hin, allerdings mit einem leicht steigenden Zinsrend, in dem sich die Enttäuschung einiger Illusionisten über das Ausbleiben einer Zinssenkungsinitiative der „Großen Fünf“ am vergangenen Wochenende

widerspiegelt. Die Unternehmenslust ist gering, weil das niedrige Renditeniveau deutsche Anleger nicht vom Stuhle reiht und die Risiken vermutlich größer sind als die Chancen, jedenfalls bei einer Langfristanlage. Die neue Bahnanleihe wird wohl fast gänzlich ins Ausland gehen. (cd)

Table with 5 columns: Emissionen, 24.1.86, 17.1.86, 30.12.85, 28.12.84, 30.12.83. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post; Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände; Schuldverschreibungen von Sonderanstalten; Schuldverschreibungen der Industrie; Kreditanstalten u. Körperschaften; Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit; Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit; Inländische Emittenten insgesamt; DM-Auslandsanleihen.

HITACHI RESEARCH advertisement featuring a large graphic of a person's face with chemical formulas (SiO2, Al2O3, ZrO2) and technical diagrams. Text describes Hitachi's 75th anniversary and research achievements in various technologies like lasers, microchips, and medical equipment.

FORSCHEN HEISST: IN DER FRONTLINE DES FORTSCHRITTS STEHEN HITACHI

DER Aufwärtstrend im Schienenverkehr

Die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung sowohl im Geschäftsreiseverkehr wie auch bei Privat- und Urlaubsreisen sind weiter günstig. Mit diesen Worten beschreibt der Vorsitzende der Geschäftsleitung der Deutschen Reisebüro GmbH (DER), Hans Glaser, die Aussichten für 1986.

IFO / Ausreichende Rendite nur bei Herrenoberbekleidung und Medizintechnik Ausleseprozeß im Fachhandel hält an

DANKWARD SEITZ, München Trotz des anhaltenden Konjunkturaufschwungs in der Bundesrepublik sind die Zukunftsaussichten für den Facheinzelhandel - auf einen kurzen Nenner gebracht - trübe. Mittel- bis längerfristig wird es in seinen Reihen Ausleseprozeß kommen.

HÜLLER HILLE / Autoindustrie ist Hauptkunde des Werkzeugmaschinenherstellers Auftragssegen bringt wieder Wachstum

WERNER NEITZEL, Stuttgart Seit gut einem Jahr schwellen die Auftragsbücher im Werkzeugmaschinenbau wieder kräftig an. Für die zum Thyssen-Konzern gehörende Hüller Hille GmbH, Ludwigsburg, die zu den führenden Unternehmen dieser Branche zählt, brachte dem auch das abgelaufene Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) einen Rekordauftragseingang von 202 Mill. DM, das sind 79 Prozent mehr als im allerdings sehr schwachen Vorjahr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Optimismus bei Citroën

Düsseldorf (Pz) - Die Citroën Automobil AG Deutschland, Köln, hat 1985 ihren Umsatz um 5,4 Prozent auf 586 Mill. DM gesteigert. Nach einer Mitteilung der Unternehmensleitung lagen besonders die Modellreihe CX und CX Break sowie der Kleinlieferwagen C 15 gut im Rennen.

Hertie dementiert

Essen/Frankfurt (dpa/VWD) - Die Frankfurter Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH hat der Stadt Essen vorgeworfen, mit Berichten über die mögliche Schließung weiterer Hertie-Filialen drei Warenhäuser des Konzerns „völlig unnötig ins Gerede gebracht“ zu haben.

Pepsi kauf Seven-up

New York (AP) - Der amerikanische Getränkehersteller PepsiCo wird für 380 Mill. Dollar von Philip Morris das Limonade-Unternehmen Seven-up erwerben. Damit fusionieren der zweit- und der drittgrößte Produzent von Erfrischungsgetränken in den USA.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

Jetzt gibt's eine Million und vier Gründe für den Ford Sierra L. Welche, steht im Kleingedruckten.



Grund eins bis eine Million: der Ford Sierra selber. So oft lief er bis jetzt in Europa vom Band. Und die weiteren vier Gründe: ein Sonderausstattungs paket für einen besonderen Preis. Dieses Angebot gilt für den Sierra L mit seiner gesamten umweltfreundlichen Motorenpalette. (Die Motoren vertragen alle unverbleites Superbenzin.) Vom 1.6-l über den 1.8-l bis zum 2.0-l. Hinzu kommen der schadstoffarme 2.0-l mit Katalysator (für unverbleites Normalbenzin) und der ebenfalls schadstoffarme 2.3-l-Diesel. Angenehmer Nebeneffekt: Die schadstoffarmen Motoren fahren eine Zeitlang steuerfrei. Mehr darüber und über den Sierra L erfahren Sie beim Ford-Händler.

Sierra Ford

ERGEBNISSE

Frankfurt - Düsseldorf	2:0 (0:0)
K'laartern - Nürnberg	0:3 (0:1)
Dortmund - Köln	5:1 (2:0)
Leverkusen - Hamburg	3:2 (0:2)
Bremen - Saarbrücken	1:0 (0:0)
M'gladbach - Hannover	4:3 (2:1)
Bochum - Mannheim	ausgeschieden
München - Schalke	3:2 (1:1)
Stuttgart - Verdingen	0:2 (0:2)

DIE SPIELE

Frankfurt - Düsseldorf 2:0 (0:0)
 Frankfurt: Gundelach - Caspary - Körbel, Kraaz - Sievers, Berthold, Faltenmayer, Kitzmann, Trieb (56. Friz) - Krämer, Svensson. - Düsseldorf: Schmädtkke - Pach - Bunte (83. Kremers), Kucinski - Keim, Bockendorf, Dussend, Thomas (76. Demasch).
 Weiki - Thiele, Holmquist. - Schiedsrichter: Horeis (Buchholz). - Tore: 1:0 Friz (68.), 2:0 Berthold (90.). - Zuschauer: 10 000. - Gelbe Karten: Friz (2), Krämer, Bockendorf (7/1), Kucinski (3), Keim (2), Pach.

K'laartern - Nürnberg 0:3 (0:1)
 K'laartern: Ehrmann - Dusek - Moser, Wolf, Spielberger - Gey (46. Hoos), Breune (40. Loebchelt), Schupp - Wulke, Alofs, P. Mohr. - Nürnberg: Heiler - Reuter - T. Brunner, Grabbauer, Giske, Wagner - Lieberwirth (74. Bittorf), Güttler - Philippowski, Andersen (88. Geyer), Schuster (76. Schiedsrichter: Brosius (Gelsenkirchen). - Tore: 0:1 Lieberwirth (29.), 0:2 Philippowski (72.), 0:3 Eckstein (84.). - Zuschauer: 8824. - Gelbe Karten: Schupp (4/1), Wulke (3), Philippowski (3), Bittorf (3). - Rote Karte: Moser.

Dortmund - Köln 5:1 (2:0)
 Dortmund: Immel - Pagsoldorf - Bloch, Fluge - Bittcher, Zorc, Radtke, Busch, Kutowski - Wegmann, Schiller. - Köln: Schumacher - van der Korput (46. Lehnhoff) - Prestin, Steiner - Gelenkirchen, Geis, Bein, Gielchen, Janßen (84. Eißler) - Litbarski, Alofs. - Schiedsrichter: Tritschler (Freiburg). - Tore: 1:0 Wegmann (2.), 2:0 Wegmann (8.), 3:0 Loose (52.), 4:0 Pagsoldorf (63.), 5:1 Gielchen (87.). 5:1 Wegmann (78.). - Zuschauer: 17 500. - Gelbe Karten: Wegmann (2), Geis (4/1), Litbarski (4/1).

Leverkusen - Hamburg 3:2 (0:2)
 Leverkusen: Vollborn - Hörster - Reinhardt, Hiltcher, Zechel, Schreier, Götz, Patzke, Drews (46. Hantziß) - Wasa, Tschas. - Hamburg: Stein - Plessers - Wasner, Jakobs - Schröder, Lutz, Kroth, Roth, Magath, von Hesse, Gründel. - Schiedsrichter: Schmidhuber (Ottobrunn). - Tore: 0:1 Gründel (27.), 0:2 Schröder (41.), 1:2 Tschas (50.), 2:2 Tschas (53.), 3:2 Schreier (73. Foulelmeter). - Zuschauer: 10 000. - Gelbe Karten: Zechel (3), Wasner.

Bremen - Saarbrücken 1:0 (0:0)
 Bremen: Burdinski - Fezzy - Schauf, Kutzop - Otten, Okudera (72. Hermann), Bungert, Vetrovic, Meyer - Neubarth, Ordenwitz (46. Wolter). - Saarbrücken: Hallmann - Boysen - W. Müller, Kruszynski - Foda (74. Hönnscheidt), Mühlhals, Jambo, Mohr, Blatte (21. Müller). - Schiedsrichter: Schütte (Dortmund). - Tore: 1:0 Kutzop (78. Foulelmeter). - Zuschauer: 19 700. - Gelbe Karte: Mohr (2).

M'gladbach - Hannover 4:3 (2:1)
 M'gladbach: Sude - Bruns - Hannes, Borowka - Krisp, Hochstätter, Drehsen, Lienen (70. Frontzeck), Windhold - Mill, Criesen. - Hannover: Raps - Hellbrecht, Gieseler, Vetrovic, Meyer - Eurmman, Giesel, Thomas, Heidenreich (68. Gerber), Fleer - Reich, Gue (68. Schaub). - Schiedsrichter: Boos (Friedrichsdorf). - Tore: 0:1 Surmann (24.), 1:1 Hochstätter (28.), 2:1 Drehsen (29.), 3:1 Criesen (50.), 3:2 Thomas (66.), 3:3 Schaub (68.), 4:3 Hannes (75. Foulelmeter). - Zuschauer: 8000. - Gelbe Karten: Surmann (4/1), Vetrovic, Hellberg (2), Giesel (2).

München - Schalke 3:2 (1:1)
 München: Aumann - Beierlorzer - Nachtwitz, Eder, Pflüger - Matthäus, Larby, Willner - Rohrer (45. Karstmann), Hoeneß, Kögl (74. Rummenigge). - Schalke: Jungmans - Dietz - Kleppinger, Schipper, Roth - Jakobs (64. Marquardt), Dierßen, Thon, Hartmann, Reegenboger, Hüber (32. Oritz). - Schiedsrichter: Houthelm (Frier). - Tore: 0:1 Hüber (29.), 1:1 Hoeneß (43.), 2:1 Lerby (46.), 3:1 Hoeneß (70.), 3:2 Thon (88.). - Zuschauer: 10 000. - Gelbe Karte: Dierßen (4).

Stuttgart - Verdingen 0:2 (0:2)
 Stuttgart: Jäger - Zietoch - Schäfer, K.-H. Förster - Hartmann (53. Müller), Altvogel - Buchwald, Sigurvinsson, Hübner (68. Schlegel) - Rimsanz, Reichert. - Verdingen: Vollock - F. Funkei - Wöhrlin, Dünge - Bommer, W. Funkei, Herget, Edvaldsson, Buttgerit - Klingens, Gudmundsson (85. Brinkmann). - Schiedsrichter: Heilmann (Drentwede). - Tore: 0:1 Klingner (17.), 0:2 Buttgerit (28.). - Zuschauer: 10 000. - Gelbe Karten: Schäfer (4), Sigurvinsson (2).

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

VORSCHAU
 Freitag, 31. Januar, 20.00 Uhr: Köln - Leverkusen (1:1)
 Samstag, 1. Februar, 15.30 Uhr: Hannover - München (0:5)
 Hamburg - Bremen (0:2)
 Nürnberg - Dortmund (4:1)
 Düsseldorf - K'laartern (0:2)
 Mannheim - Frankfurt (0:0)
 Uerdingen - Bochum (0:2)
 Saarbrücken - M'gladbach (0:2)
 Schalke - Stuttgart (0:0)
 In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Die Torschützenliste
 Der Südkoreaner Bum Kun Tschas erzielte für Leverkusen am Samstag vier Tore. In der Torschützenliste verbesserte er sich damit auf Platz drei, den er nun zusammen mit dem Bremer Frank Neubarth (beide 18 Tore) einnimmt. Er führt weiterhin Stefan Kuntz von VfL Bochum mit 16 Treffern vor dem Mannheimer Thomas Remark (14).

FUSSBALL / Nur 90 000 Zuschauer beim Start ins WM-Jahr - Vertragspoker in München

● Auch 41 Tage Pause haben den Hunger auf Fußball nicht gesteigert. Nur 93 134 Zuschauer sahen den Bundesliga-Start ins WM-Jahr. Das sind 11 641 im Schnitt. Noch weniger Besucher gab es nur einmal, direkt nach dem Bundesligastart am 18. Mai 1968 (93 000 in neun Spielen).

● Das ist das bittere Ergebnis für alle Klubs: 81,1 Prozent der 40 880 Anrufer bei einer Umfrage des Westdeutschen Rundfunks antworteten mit einem klaren Nein auf die Frage, ob Eintrittspreise, Leistung, Komfort und Service in den Bundesligastadien im rechten Verhältnis stehen würden.

● Fünf Tore gegen Kölns Nationaltorwart Schurracher, Kaiserslautern seit neun Spielen ohne Sieg, Stuttgorts Präsident Mayer-Vorfelder spricht von einer „einzigsten Katastrophe“. Immer mehr prominente Klubs stecken in einer Daseiskrise. Alton voran der 1. FC Köln, trotz seiner Nationalspieler.



Ein Bild der Verzweiflung: Kölns Trainer Hannes Lohr schon beim hohen 1:5 in Dortmund den Tränen nahe. FOTO: ROBERT SCHMIDT

Kaum glaublich, was der 1. FC Köln alles braucht: Neues Team, neues Image und einen neuen Führungsstil

ULFERT SCHRÖDER, Köln Auch leiden kann Harald (Toni) Schumacher besser als alle anderen. Nach verlorenen Spielen leidet er wie ein getriebener Hund und jede Niederlage, das ist zu fürchten, kostet ihn einen Tag seines Lebens. Und blutige Finger. Denn nach Spielen wie dem in Dortmund - 1:5 und eine Runde, volltätige Blamage der Kölner - kriecht Schumacher in seinen Fitness-Keller und wütet am hinkenden. „Bis ihm die Haut in Fetzen von den Fingern hängt“, weiß sein Manager Rüdiger Schmitz.

Deshalb sei es gut, meinte Schmitz, daß sie sich für Sonntag den Trip nach Frankfurt zum Kongreß der Sportärzte vorgenommen hatten. Da saß Schumacher also schon morgens um halb neun und hörte die Professoren Hens und Liesen, hörte Köhnleber von Verletzung und Genesung reden. „Ich denke, ein Profi sollte sich da auch um Vertiefung seines Wissens bemühen“, sagte Schumacher. Andererseits hätte er, wo es um Leiden und Krankheit ging, auch sehr gut zu Hause bleiben können. Denn da liegt einer, kommt nicht mehr hoch, keiner weiß genau, was der Kranke hat und somit ist die Heilung nicht in Sicht. Die Rede ist, wer sonst könnte es sein, vom 1. FC Köln.

Für die Kölner hat wieder Mal der Aschermittwoch vor Karneval begonnen und wie es derzeit aussieht, wird auch für den Rest der Saison, vielleicht für den Rest des Jahres, immer Aschermittwoch bleiben. „Wir haben schlecht gespielt“, knurrte Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen nach dem Spiel in Dortmund. „Diese Niederlage liegt schwer im Magen, man muß sie erst verdauen“, klagte Geschäftsführer Michael Meier.

Auch Trainer Hannes Lohr redete um den heißen Brei herum. „Die Abwehr hat in Standardituationen ver-

sagt. Immal hat gut gehalten. Unsere Lage ist schlecht. Aber da kämpfen wir uns durch. Verbissen, konzentriert, entschlossen.“ Training war bei den Kölner nicht am Sonntagmorgen. Weder zur Strafe noch sonst. Die Buhe über dem Vereinsleben „Zum Geißbock“ freilich war schwer zu deuten. Ist es die vor dem Sturm oder die der Verzweiflung?

Die Krise kochte bisher auf Sparflamme, brodelte still vor sich hin. Am Wochenende dann kochte sie über. Holger Klemme, Manager von Thomas Alofs, hatte die Nachricht lanciert: Alofs geht zum 1. FC Köln. Damit hatte Klemme dem 1. FC Kaiserslautern die Verhandlungspositionen erleichtert. Das Spielchen ist bekannt: Die Lauterer können Alofs jetzt eine Gehaltserhöhung bieten. Damit erhöht sich auch im Falle eines Transfers die Ablöse.

Harte Fronten bei Bayern München. Uli Hoeneß: „Der Vertrag war klar, plötzlich will Lattek nur über zwei Jahre abschließen“

Von ULRICH DOST
 Wird der deutsche Fußballmeister Bayern München in der nächsten Saison einen neuen Trainer verpflichten müssen? Die Positionen bei der Vertragsverlängerung zwischen Udo Lattek (51) und dem FC Bayern München sind festgefahren, wenn auch nicht verhärtet. Derzeit ist eine Trennung wahrscheinlicher. Denn beide Parteien werden ohne Gesichtverlust nicht von ihren Forderungen weichen können: Udo Lattek fordert einen Zweijahresvertrag, die Bayern wollen aber zunächst einmal nur einen Einjahresvertrag anbieten. Lattek sagt klipp und klar: „Den Einjahresvertrag akzeptiere ich nicht.“ Bayern-Präsident Fritz Scheerer (45) sagt ebenso unmissverständlich: „Unser Angebot wird nicht geändert.“

Die WELT sprach mit Bayern-Manager Uli Hoeneß (33) darüber, wie es zu dieser konträren Haltung kam und wie im Verein die weitere Entwicklung gesehen wird.

Welt: Warum sind die Bayern nicht bereit, einen so erfolgreichen Trainer wie Udo Lattek für zwei weitere Jahre an sich zu binden?

Hoeneß: Grundsätzlich wären wir ja dazu bereit, doch wir sehen es so: Wir verlängern jetzt erst einmal den Vertrag für ein Jahr, und dann im nächsten Jahr wieder. So wie es Borussia Mönchengladbach mit Hannes Weisweiler tat. In den ersten zwei Jahren lernt man sich kennen, doch danach erscheint eine einjährige Vertragsverlängerung für den Verein ratsamer. Man muß sich einmal vorstellen, wenn wir mit Lattek jetzt längerfristig abschließen, und dann bleibt plötzlich in der nächsten Saison schon der Erfolg aus. Dann müssen wir Lattek auszahlen und einen neuen Trainer bezahlen. Das wollen wir uns ersparen.

Welt: Sie riskieren aber doch dabei, einen der erfolgreichsten Vereins-trainer Europas zu verlieren.

Hoeneß: Dieses Risiko steckt doch drin. Der Fußball verändert sich so schnell. Der Druck durch die Transfer-geschäfte wird bei uns immer größer. Beim FC Bayern muß man Erfolg haben. Udo Lattek müßte doch eigentlich selbstbewußt genug sein, um zu glauben, daß er auch die nächste Saison bei uns überlebt. Dann würden wir sofort wieder verlängern. Er ist und bleibt unsere Nummer eins.

Welt: Spielen denn finanzielle Dinge eine Rolle. Verlangt Lattek zu viel Geld?

Hoeneß: Das Geld spielt keine Rolle.

Welt: Worin sehen Sie denn die Ursache für den plötzlichen Sinneswandel?

Hoeneß: Für mich ist klar, daß er ein anderes Angebot von einem Bundesligaklub vorliegen hat, der ihn für zwei, drei Jahre verpflichten will.

Welt: Wie lange lassen Sie denn Ihr Angebot bestehen?

Hoeneß: Udo Lattek kann heute, in einer Woche, wann auch immer unterschreiben. Das Angebot bleibt bis auf weiteres bestehen.

Welt: Machen Sie sich schon Sorgen darüber, plötzlich auf die

Schnelle einen neuen Trainer verpflichten zu müssen, wenn Lattek die Entscheidung hinausschiebt und dann doch geht?

Hoeneß: Sorgen machen wir uns nicht, aber Gedanken schon. Ich denke schon, daß es in Europa einige Trainer gibt, die gerne zum FC Bayern kommen würden. So selbstbewußt sind wir schon.

Welt: Von Udo Lattek weiß man, daß er bei einer Trennung gerne schmutzige Wäsche wäscht.

Hoeneß: Das ist jetzt unmöglich. Er selbst hat gesagt, daß es bei ihm die erste korrekte Trennung wäre - eine Trennung ohne Haß und Schuldzuweisung. Hier geht es um die Sache, um das Prinzip. Er wird deshalb immer mein Freund bleiben. Bei Leuten, denen es gutgeht, können wir härter sein. Bei Leuten, denen es schlechtgeht, helfen wir. Das wissen auch unsere Spieler. Für mich sind die Verhandlungen mit meinem Bruder Dieter deshalb immer am schwersten.

Welt: Sie sind sich für Uli Hoeneß aber erledigt haben. Denn es sieht nicht so aus, als ob sein Bruder Dieter Hoeneß (33) nicht noch ein weiteres Jahr beim FC Bayern spielen werde. Wie wichtig der Dieter für die Bayern noch ist, zeigte er am Samstag gegen den FC Schalke 04. Ohne seine beiden Treffer zum 3:2-Erfolg hätte das neue Jahr für den Meister mit einem bösen Erwachen beginnen können. Aber Dieter Hoeneß, oft wegen seiner Unbeweglichkeit verspottet, weger seiner entscheidenden Tore dann aber wieder heiliggeliebt, hat die davor bewahrt. Er sagt: „Wenn die jungen Spieler besser traf-

Der 1. FC Nürnberg rappelt sich auf

	Heim		Auswärts							
1. Bremen	20	14	3	58:50	31:9	38:9	19:1	20:21	12:8	
2. München	20	12	3	40:23	27:15	51:8	18	2	9:15	9:11
3. M'gladbach	20	10	7	48:29	27:15	29:12	17	5	10:17	10:5
4. Hamburg	20	11	3	34:20	25:19	22:5	15	3	12:15	10:12
5. Leverkusen	20	9	6	42:29	24:16	30:14	18	4	12:15	6:13
6. Uerdingen	20	8	7	30:45	21:19	15:16	12	6	15	9:13
7. Mannheim	19	4	7	30:25	20:18	23:10	15	5	7:15	5:12
8. Bochum	18	5	1	35:20	19:17	25:13	13	5	11:10	6:12
9. Stuttgart	20	7	5	31:33	19:21	17:10	11	2	14:23	6:12
10. Köln	19	5	8	29:32	18:20	18:11	12	6	11:22	6:14
11. Dortmund	20	7	4	34:43	18:22	26:15	13	7	8:22	3:15
12. Schalke	20	6	5	31:33	17:23	19:9	12	6	12:24	5:17
13. Frankfurt	20	6	5	26:30	17:23	17:9	14	8	9:21	3:15
14. Klauert	20	4	9	23:33	17:23	14:10	13	9	9:23	4:14
15. Nürnberg	20	7	2	11:32	16:24	19:18	9	11	13:16	7:13
16. Saarbrücken	20	4	7	26:35	15:22	18:11	12	5	8:24	2:20
17. Hannover	20	5	4	11:34	14:26	16:15	9	9	13	4:11
18. Düsseldorf	20	4	5	13:28	11:29	20:16	11	9	8:32	6:20

fen Mill. Ich war hinter ihm, wir sind zusammengeprallt und dabei gestürzt.“ Hannovers neuer Trainer Jörg Berger (39) hat sich eine ganz neue Betreibungsweise angewöhnt: „Ich glaube wieder meinem Spieler noch dem Gegenspieler. Aber auch nicht dem Schiedsrichter.“

Es wird auffallen, wie sich die Aussagen bei den beiden nächsten Beispielen wiederholen werden.

Stadion in Leverkusen: Der flinke Thomas Zechel (21), der am Samstag 21 Jahre alt wurde, überläuft seinen Gegenspieler Thomas Kroth (24) und dringt mit dem Ball am Fuß in den Strafraum ein. Pflötzlich stürzt er. Im Stadion sah es für jeden so aus, als habe Kroth Zechel von hinten in die Ferse getreten. Klarer Fall von Strafbuß. Doch die Hamburger protestieren. Bis zuletzt versucht Mannschaftsführer Dietmar Jacobs den Schiedsrichter Aron Schmidhuber (38) aus Ottobrunn umzustimmen. Vergeblich.

Thomas Kroth beteuert hinterher, er habe Zechel nicht berührt. Der habe in den Rasen getreten. Zechel, ganz abgeockter Profi, aber sagt: „Ich wurde von Kroth von hinten getroffen.“ Wo genau, dies wußte er nicht mehr. Pach nur für Zechel: Auch wenn die Fernsehbilder es nicht hundertprozentig beweisen konnten, aber es sah doch eher so aus, als habe Kroth seinen Gegenspieler tatsächlich nicht berührt.

Stadion in Bremen: Hier konnten die Fernsehbilder noch am schlechtesten den Beweis erbringen, ob Schiedsrichter Werner Schütte (45) zu recht gepfiffen hatte. Er selbst sagt: „Eine klare Angelegenheit.“ Für ihn war es keine Frage, daß Saarbrückens Norbert Hönscheidt (25) den Bremer Norbert Meier (23) gefoult hatte, als dieser in den Strafraum eindringen wollte. „Riesensauerei“ so Saarbrückens Trainer Uwe Klimeschki (46).

Der Sportinformationsdienst (sid) schrieb gestern über einen Dialog, der sich zwischen Klimeschki und Bremens Präsident Franz Böhmert (48) abgespielt haben soll. Böhmert: „Klarer geht es nicht.“ Klimeschki: „Sie haben ja nicht die geringste Ahnung.“ Böhmert: „Benehmen ist bei Ihnen wie gewohnt Glückssache.“ So lauten nun einmal die Gesetze im Profi-Fußball: Vorteile, ob zurecht oder nicht, werden zur eigenen Sache gemacht. Der Benschteilige kann sich aufregen, so lange er will. Nur bog, daß sich innerhalb einer Saison alles ausgleicht. Die heute noch protestieren, halten morgen den Mund.

● Einer der wenigen Lichtblicke: Nürnberg junge Mannschaft scheint die Abstiegsszone zu verlassen. Junioren-Nationalspieler Dieter Eckstein hat dafür noch zwei Auswärts-siegen eine einfach klingende Erklärung: „Wir gewinnen endlich die Spiele, in denen wir die bessere Mannschaft sind.“

Auftrieb mit Höhers Analyse

BERND WEBER, Nürnberg
 Im neuen Jahr, so scheint es, sind die Nürnberger auf einen alten Trüch gekommen. Auf den nämlich, daß es nicht ausreicht, Fußball nur für die Galaxie zu spielen. Daß es nicht genügt, Torchancen herauszuarbeiten, sondern daß man die auch entschlossen verwerten muß. Letzte Woche in der Aufsteiger mit einem 1:0-Sieg in Mannheim überrascht, am Samstag setzte er noch eins drauf: 3:0 beim 1. FC Kaiserslautern. „Einen besseren Start in die Rückrunde“, jubelte Trainer Heinz Höher, „hätten wir nur wirklich nicht erwischen können.“ Die Erleichterung darüber war ihm natürlich anzusehen. „Es hat Phasen gegeben in dieser Saison“, so bekann: te er auch, „da habe ich gelitten wie ein Hund.“

Tatsächlich hat keine andere Mannschaft solche Haken geschläger wie die Nürnberger. Beflügelt von der Aufstiegsphorie haben die Franken zunächst einen Start hingelegt, der die Fans in Vertiefung geriet und die viele Experten vermuten ließ, hier könnten alte Mönchenglaabacher Traditionen des frisch-fröhlichen freien Angriffsstils aufleben. Doch nachdem dann sogar der zweiten Tabellenplatz erobert worden war, setzte der deutsche Rekordmeister zum Sturzflug an: 1:19 Punkten in Serie.

Gleichwohl hatten die Nürnberger auch während dieser schlimmen Krise, zumindest fürs Auge, schönen Fußball gehoten. Doch dort, wo es drauß arkam, im gegnerischen Strafraum nämlich, versagten sie. Sie kassierten, wo immer sie auftraten, die nettesten Komplimente, aber eben keine Punkte mehr.

Höher, begeisterter Schachspieler und mit ihm dem logischen Denken verpflichtet, machte in seiner Verzweiflung sogar übernatliche Kräfte für den Einbruch verantwortlich. Weil seine Mannschaft ein paar Heimspiele verloren hatte, als seine Frau Doris auf der Tribüne saß, erteilte er ihr Stadionverbot. Inzwischen aber gilt es nicht mehr, Doris Höher zur WELT. „Mein Mann hat eingesehen, daß es daran wohl nicht gelegen hat.“ Dafür aber war bei dem Trainer eine andere Erkenntnis gerofft. Er analysierte, warum die Stürmer so heiklich wurden, wenn sie frei vor dem Gegners Tor standen. Und er kam zu dem Schluß, daß zu viel Druck auf ihnen lastete, weil ihr Vertrauen in die eigene Abwehr nicht sonderlich ausgeprägt war. Die geniet sofort ins Schwärmen, wenn es den Angreifern nicht gelungen war, einen Vorsprung herauszuarbeiten. Von dieser Erkenntnis bis zur erfolgreichen Umstellung war es dann kein weiter Weg mehr. Höher beorderte den technisch hochbegabten Verteidiger Stefan Reuter (28) auf den Libero-Posten. Dieter Lieberwirth, mit 32 Jahren ältester Club-Spieler, der bis dahin der freie Mann hinter der Abwehr war, mußte ins Mittelfeld vordrücken. Dazu holten sich die Nürnberger für eine Leihgebühr von 30 000 Mark den Norweger Anders Giske von Bayer Leverkusen zurück. Drei Maßnahmen, drei Glücksgriffe. Reuter tritt in seiner neuen Rolle so souverän auf, strahlt so viel Ruhe und Übersicht aus, daß viele ihn sogar eine Nationalmannschaftskarriere zutrauen. Lieberwirth, der seinen Job zunächst eher unlustig angetreten hatte, gab dem Mittelfeld frische Impulse, drängt wuchtig nach vorn ohne seine Abwehraufgaben zu vernachlässigen und schoß - was sicherlich nicht nur Zufall war - in Kaiserslautern den wichtigen Führungstreffer. Es war sein erstes Saisonziel. „In der neuen Formation“, meint Lieberwirth, „lassen wir uns wohl nicht mehr so leicht verwirren wie vorher.“ Am Samstagabend war der Routinier Gast im ZDF-Sportstudio. Da freilich hatte ihn Moderator Karl Senne ein wenig aus der Fassung gebracht. Mit der scharfsinnigen Frage, ob der 4:0-Punktstart nach der Winterpause die Mannschaft jetzt befähigen werde...

Anders Giske schließlich, von Leverkusens Trainer Erich Ribbeck nur als zweite Wahl eingestuft und deshalb an seinen früheren Arbeitsplatz Nürnberg abgeschoben, schlug ebenfalls phantastisch ein. In Mannheim ließ er Torjäger Thomas Remark keinen Stich, in Kaiserslautern verurteilte er Thomas Alofs zur Bedeutungslosigkeit. Nürnberg's Vize-Präsident Sven Oberhof: „Daß wir in beiden Spielen keine Gegentore kassiert haben, ist in erster Linie Giskes Verdienst.“ Fazit: die Welt ist in Nürnberg wieder in Ordnung. Und sie wird es bleiben, wenn, wie Trainer Höher fordert, „wir nicht anfangen zu spielen. Dann noch sind wir längst nicht aus dem Schneider.“

Handwritten signature or text at the bottom of the page.

2. Liga Keine Wende durch Gutendorf bei Hertha BSC

DW, Bonn Das Erscheinen von Trainer Rudi Gutendorf hat bei Hertha BSC Berlin die Führungskrise eher verstärkt...

DIE ERGEBNISSE Table with columns for teams and scores.

DIE TABELLE Table with columns for teams, games played, wins, draws, losses, goals scored, and goals conceded.

DIE VORSCHAU Freitag, 21. Januar, 20 Uhr Duisburg - Kasel - Samstag, 1. Februar, 14.30 Uhr Aschaffenburg - Bielefeld...

FUSSBALL / Pokal Horst Köppels Glücksgriff für den VfB Stuttgart

dpa, Stuttgart Ein Schwabe meinte es besonders gut mit seinen Landsleuten. Als der ehemalige Stuttgarter Fußball-Profi...

Bei den Dortmundern, die vor dem Einzug ins Semifinale dreimal beinahe an Amateurrennen gescheitert wären...

Die Bayern - nun, ja... Ich habe schon vorher gesagt, daß wir's nehmen, wie's kommt...

Bayern Münchens Trainer Udo Lattek rief entgeistert, als er Köppels Amtshandlung am Bildschirm verfolgte...

RADSPORT / Skandal um Querfeldein-Weltmeisterschaft im Schlamm Kluge: Weinkrampf vor dem Start Thaler: Titel kampflös abgegeben

MARTIN GROHLEDER, Lembeek Der Aufschwung währte nur ein knappes Jahr. Rund zwölf Monate nach den beiden grandiosen Weltmeisterschaftserfolgen...



Im Schlamm stecken geblieben: Mike Kluge. FOTO: RZEPKA

Die irregulären Bedingungen bei den Weltmeisterschaften in Lembeek zerstörten nicht nur die Hoffnungen der deutschen Fahrer...

Die Wirklichkeit übertraf dann sogar die schlimmsten Befürchtungen. Obwohl der Parcours am Freitag bei der Abnahme noch in einigen entscheidenden Passagen geändert worden war...

Abgelöst wurde Kluge bezeichnenderweise von einem Aufsteiger, von dem schon 31 Jahre alten italienischen Eisenbahnarbeiter Vito di Tano aus Bologna...

sturm den Wettbewerb zusätzlich erschwerte, elite er der Konkurrenz davon und erreichte das Ziel mit einem Vorsprung von fast einhalb Minuten vor den beiden Belgiern...

Das klang wie Hohn in den Ohren von Mike Kluge, dessen Moral schon vor dem Start gebrochen war...

Höhepunkt der organisatorischen Pannen war das Fehlen sanitärer Anlagen. Trotz bitterer Kälte standen den Fahrern weder Toiletten noch Dusch- oder Umkleemöglichkeiten zur Verfügung...

TENNIS / Abstieg im Europacup vermieden Maurer ist plötzlich wieder erste Wahl...

CLAUS GEISSMAR, London Nach Mexiko fährt Anfang März dieselbe Mannschaft, die im Münchener Davis-Cup-Finale stand...

Die beiden Davis-Cup-Nationen Deutschland und Schweden, die vor fünf Wochen Millionen Zuschauer an den Fernsehgeräten fasziniert hatten...

Bungerts Rechnung ging unerwartet glatt auf. Michael Westphal, der vorher gegen den Engländer Bates und den Tschechen Pimek verloren hatte...

stürmte, wurde er mit sauberen Rückhand- und Vorhandbällen passiert. Dabei kam ein unverhofft deutlicher 6:2, 6:4-Erfolg heraus.

Dennoch war Kapitän Bungert nach dem deutschen Sieg kritisch genug, um festzustellen: „Das war zwar eine schöne Leistung von Westphal und Schwaier...“

Und zu der Behauptung, er werde Ende des Jahres zurücktreten, stellt Bungert richtig: „Ich habe nur gesagt, wenn das Jahr 1986 genauso hektisch wird wie 1985...“

SPORT-NACHRICHTEN

Flo Hyman gestorben Tokio (dpa) - Die amerikanische Volleyball-Rekordnationalspielerin Flo Hyman ist tot. Die 31jährige Sportlerin war während eines Meisterschaftsspiels ihres neuen Vereins Daiei Kobe zusammengebrochen...

Schach-Revanche im Juli? Moskau (dpa) - Der sowjetische Schachverband hat offiziell bekanntgegeben, Weltmeister Gari Kasparow und sein Vorgänger Anatoli Karpow hätten sich darauf geeinigt, die Weltmeisterschafts-Revanche erst im Juli oder August in Leningrad auszutragen...

Olga Nemes ausgeschieden Brighton (sid) - Die Saarbrückerin Olga Nemes, Europas Ranglisten-Erste im Tischtennis, und ihre Nationalmannschaftskameraden Raf Wosik (Düsseldorf) und Jörg Rokkopf (Frankfurt) sind im Viertelfinale der internationalen englischen Meisterschaften ausgeschieden.

Siebtes Todesopfer Dakar (sid) - Die Wüstenralley Paris-Dakar hat ihr siebtes Opfer gefordert. Am Freitagabend erlag der italienische Motorradfahrer Gian Paolo Marinoni seinen anfangs leichter eingeschätzten inneren Verletzungen...

Siebzehnter K.-o.-Sieg Atlantic City (sid) - Der 19 Jahre alte amerikanische Schwergewichts-Box-Profi Mike Tyson feierte in einem Kampf gegen seinen Landsmann Mike Jameson in Atlantic City seinen 17. K.-o.-Sieg...

Hoher Box-Sieg der UdSSR Moskau (sid) - Mit 24:0 gewannen die Amateur-Boxer der UdSSR in Moskau den ersten von drei Länderkämpfen gegen die USA.

Meister gegen Pokalsieger Düsseldorf (sid) - Im Viertelfinale um den Veranpokal des Deutschen Basketball-Bundes am 8. Februar spielt Meister Bayer 04 Leverkusen gegen Titelverteidiger ASC Göttingen...

Und noch ein Fehlversuch La Paz (sid) - Radprofi Gregor Braun aus Neustadt ist erneut bei einem Weltrekord-Versuch gescheitert.

Langer holt auf Phoenix (GAB) - Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) arbeitete sich bei der Phoenix-Open (Arizona) auf den 15. Rang unter 144 Konkurrenten vor...

Dritte Bestleistung Albuquerque (dpa) - Billy Olsen hat die Weltbestmarke im Stabhochsprung in der Halle zum dritten Mal in diesem Jahr verbessert. In Albuquerque erreichte er 5,89 m (vorher 5,86 und 5,87).

Astrid Hühns Weigerung Leverkusen (sid) - Handball-Nationaltorhüterin Astrid Hühns von Bayer Leverkusen will unter Bundestrainer Ekke Hoffmann nicht mehr für Deutschland spielen...

Weyers Verzicht Beginn einer Führungskrise?

DW, Frankfurt Mein Verzicht ist unwiderruflich. Mir wurden sehr deutlich die Grenzen meiner Leistungsfähigkeit aufgezeigt. Ein Zusammenbruch wie in der kurzen Phase meines Aufstieges bei der Düsseldorf-Boots-Messe ist für die Zukunft nicht auszuschließen...

Weyers Verzichtserklärung ist die Folge einer schweren Herz-Lungen-Erkrankung, erschwert durch schon früher erkannte Diabetes und jetzt aufgetretene Durchblutungsstörungen. Eine Prüfung der Leistungsfähigkeit, die sich Weyer selbst auferlegt hatte, wurde von ihm nicht bestanden...

Im Deutschen Sportbund wird jedoch der Vorwurf erhoben, er habe es versäumt, einen Nachfolger aufzubauen. Der Dachverband stehe nun vor einer Führungskrise. Weyer hat angekündigt, sich in die Nachfolge-Gespräche einzuschalten...

wegfällt. Hollmann machte mir das klar, nachdem mein Hagener Hausarzt sowie meine Tochter und mein Sohn, die ebenfalls Mediziner sind, schon vorher gewarnt hatten.

Mit dem Abgang des FDP-Politikers Willi Weyer und ehemaligen Ministers in Nordrhein-Westfalen (1954-1958, 1962-1975) geht ein Stück sportlicher Nachkriegsgeschichte zu Ende. Weyer war Mitte der sechziger Jahre in den inneren Kreis der deutschen Sportführung vorgestoßen...

Nach Daume (1950-1970), Kregel (1970-1974), Gmelin (1974) und Weyer (1974-1986) gilt es, den fünf-

ten Präsidenten für die 19 Millionen Mitglieder umfassende Sportbewegung mit ihren 61 000 Vereinen zu suchen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt Hans Hansen (59), einer der DSB-Vizepräsidenten und Vorsitzender des Landessportbundes Schleswig-Holstein...

Er hat seinen Hut bereits in den Ring geworfen, der der CDU zuzurechnende Pressesprecher des schleswig-holsteinischen Landtages, ist ein sachkundiger, moderater Funktionär, dem zugetraut wird, die auseinanderstrebenden Kräfte im DSB zusammenzuführen...

Weitere Kandidaten: Friedel Gütt, der Hamburger Landessportbund-Vorsitzende, der wohl eher abgelehnter Reiter-Präsident und Weyer-Vize Dieter Graf Landsberg-Velen, der hochangesehene Pädagogik-Professor Omno Grube, der offenbar von Weyer favorisiert wird...

licht aber nicht in die Diskussion geraten. DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler (60) wird nach Weyers Bekundung auch nach dessen Rückzug im Amt bleiben. Karl-Hermann Zobel (54), Weyers persönlicher Referent, zieht nun von Hagen in das Gieseler-Büro nach Frankfurt um.

Trotzdem: Im engeren DSB-Führungskreis wird nicht ausgeschlossen, daß sich Weyer noch einmal zu einer Kandidatur bereit erklären könnte, falls man ihn entschieden genug drängen würde. Ein Weyer-Vertrauter: „Ich würde keine Wette darauf eingehen, daß der Weyer-Nachfolger nicht Weyer heißt.“

Bereits in der Nacht zum Samstag, die mit einem erstaunlich mobilen Willi Weyer erst um halb vier Uhr morgens zu Ende gegangen war, hatten DSB-Funktionäre einen ersten, allerdings vergeblichen Versuch unternommen, den Präsidenten umzustimmen. Dabei verwiesen sie auf die von Weyer in seiner ausführlichen Rückzugsbegründung selbst gegebenen Lage-Einschätzung...

Delta Business-Klasse nach USA: Unsere breiten Sessel sind groß im Komfort. Entspannen Sie sich im großzügigen Luxus. Mit viel Platz zum Ausstrecken und Wohlfühlen. Und einer separaten Kabine für mehr persönliche Freiheit. Genießen Sie eine Auswahl Feinschmecker-Menüs und Desserts - mit Wein und Champagner. Bevorzugte Abfertigung bei der Landung und höhere Gepäckfreigrenze. Genießen Sie den luxuriösen Delta-Medallion-Service in Business- und Erster Klasse. In der Ersten Klasse stehen Schlafsessel bereit. Rufen Sie Ihr Reisebüro an. Oder Delta Air Lines in Frankfurt unter der Tel.-Nr.: (069) 256030, Telex 416233, SITA FRARRDL. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedenstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

VIERERBOB

Hiltebrand mit dem Team von Schärer vorne

Seine erste Viererbob-Europameisterschaft hatte er vor 14 Jahren als Bremser bei Hansuedi Müller gewonnen. Jetzt sicherte sich der 41 Jahre alte Schweizer Hans Hiltebrand diesen Titel in Innsbruck erstmals als Pilot - mit der Crew seines Landsmannes und erfolgreichsten Bobpiloten aller Zeiten, Erich Schärer. In den vier Läufen auf der Olympia-Kunsteisbahn von Igls fuhr Hiltebrand dreimal Bestzeit und verlor in 3:35,20 Minuten Weltmeister Bernhard Lehmann (3:35,61) aus der DDR und den Österreicher Peter Kienast (3:35,76) auf die Plätze zwei und drei. Bei teilweise heftigem Schneetreiben überraschte vor allem Kienasts Leistung. Am Mittwoch war er im Training schwer gestürzt und hatte eine Gehirnerschütterung erlitten. Erst am Freitag war er wieder aus dem Krankenhaus gekommen. Die Schützlinge von Bundestrainer Bernhard Kurz und Bahnratgeber Peter Hell blieben mit ihren Leistungen im gesetzten Rahmen. Der Obstdorfer Anton Fischer (3:38,04) wurde mit seinem Team Achter, Michael Sperr (3:38,73) aus Riessee und Christian Scheibitz (3:38,73) belegten die Plätze elf und zwölf. „Wir haben in meiner Amtszeit im Vierer noch nie so gut abgeschnitten und eine geschlossene Mannschaftsleistung gezeigt“, meinte Trainer Kurz. So zeigte der Krach zwischen Bahnratgeber Hell und dem eigentlichen Christian Scheibitz, die sich in der Vorbereitung heftig über Förderung und Leistung gestritten hatten, zumindest in Igls keine direkten Folgen. Für Scheibitz, der hinter den Erwartungen zurückblieb, sprang Fischer ein. Doch die Schenitz für Scheibitz ist vorbei. Fällt der innerhalb der Mannschaft nicht sonderlich beliebte Abiturant aus Berchtesgaden erneut unangenehm auf, sind Fischer und Sperr bei der WM im März in Königssee gesetzt. Dies hatte Verbandspräsident Klaus Kotter schon vor den Wettkämpfen bekräftigt.

SKI ALPIN / Abfahrtsläufe wieder ausgefallen

„Alter Ingemar“ locker und leicht wie selten

RAINER EINFELDT, St. Anton Die Österreicherin Roswitha Stenmark gewann im französischen St. Gervais den fünften Weltcup-Slalom der Damen. Sie feierte damit ihren dritten Saisonsieg vor der französischen Weltmeisterin Perrine Peleu und der Jugoslawin Mateja Svet. Siebente wurde Maria Epple-Beck aus Seeg. In St. Anton mußte indes das Abfahrtsrennen der Herren ausfallen: zuziel Schneehaus. So stand auch dort der Slalom im Mittelpunkt und somit der Schwede Ingemar Stenmark als souveräner Sieger. Erfolge - so Stenmark - hätten für ihn nicht mehr den Stellenwert früherer Jahre. Wichtig sei vielmehr, daß er noch immer große Freude am Skifahren habe. Das hatte der 29 Jahre alte Schwede vor dem Start gesagt, um dann zu zeigen, warum er der erfolgreichste Skirennläufer aller Zeiten ist. Nach dem ersten Durchgang lag Stenmark mit 0,07 Sekunden hinter dem neuen jugoslawischen Star Rok Petrovic (19) zurück. Im zweiten Lauf überbot er die vorgelegte Bestzeit seines Landsmannes Jonas Nilsson, des Weltmeisters, deutlich. Gebannt blickte er danach den Hang hinauf, wo Petrovic seinen Tanz durch die vom jugoslawischen Trainer Sparove gesteckten 88 Tore begann. Dann lächelte Stenmark still vor sich hin - Petrovic war geschlagen, lag am Ende um 0,28 Sekunden zurück. Stenmark, zuletzt Zweiter in Kitzbühel und Parpan, feierte in seinem 99. Weltcup-Slalom den 38. Sieg, seinen 81. Weltcup-Erfolg überhaupt und in St. Anton den dritten Saisonsieg nach 1977 und 1981. „Es freut mich sehr, gewonnen zu haben, denn der Kurs war schwer zu fahren“, sagte Stenmark. Dabei hatte er sich vor drei Tagen in Parpan (Schweiz) eine Zerrung im Rücken zugezogen. Stenmark dazu: „Wegen dieser Rückenschmerzen konnte ich nicht so attackieren wie gewohnt. Ich habe den Ski einfach laufen lassen, aber vielleicht hat das auch gut so. Ich konnte nicht so lange auf den

Kanten stehen und fuhr deswegen wahrscheinlich lockerer als sonst.“ Einer hat es schon vorher gewußt, daß der Sieger diesmal Stenmark heißen wird: Sein Südtiroler Trainer Hermann Noggler. Er sagte vor dem zweiten Durchgang: „Den Ingemar schlägt heute keiner. Die Jungen haben dafür nicht die Nerven.“ Nach dem Sieg meinte er: „Das war wieder der alte Ingemar. So locker wie diesmal war er zuletzt nie.“ Mit Ingemar Stenmark als erstem Weltmeister Nilsson auf Platz drei und Gunnar Nreisser auf Rang vier waren die Schweden die großen Sieger von St. Anton. Darüber freute sich deren Slalomtrainer, der Southener Peter Adrass. „Die Burschen sitzen ungeheuer ehrgeizig, haben ein tolles Bewegungsvermögen und können alles im Rennen umsetzen.“ Mit 127 Punkten ist Ingemar Stenmark nun Zweiter im Gesamtweltcup. „Doch auch das ist nicht so wichtig. Mein letztes großes Ziel ist die Weltmeisterschaft 1987. Darauf werde ich mich im nächsten Winter konzentrieren.“ Mal kein Schnee, mal zuviel davon - der Weltcup-Terminplan ist gehörig durcheinandergeraten. Nun sollen am Wochenende in Crans Montana (Schweiz), dem Ort der Weltmeisterschaften 1987, statt der geplanten zwei gleich fünf Rennen stattfinden. Es wird für die Organisation also zu einer Art Generalprobe auf die Weltcup-Kampagne kommen. Allerdings werden nicht alle Rennen auf den Originalstrecken der künftigen WM ausgetragen. Die Serie von fünf Rennen beginnt am Freitag (31. Januar) mit dem ersten von zwei Damen-Abfahrten. Tags darauf folgt die in Megeve ausgefallene Abfahrt, am Sonntag dann der ursprüngliche in Leysin (Schweiz) vorgesehene Riesenslalom der Damen. Am 3. und 4. Februar stehen zwei Super-Riesenslalom der Herren auf dem Programm, wobei zuerst das in Garmisch-Partenkirchen ausgefallene Rennen gestartet wird.

Der NDR zeigt eine Chronik vom Kriegsende

Verbrechen ist unteilbar

Man sieht unser Leben von heute, bunt und frohgut, als wäre es schon immer so gewesen: Da ist die Hohe Straße in Köln, Menschen eilen oder schlendern vorbei, das Pflaster ist glatt getegt, aber - wer weiß eigentlich, wieviele Tote unter dieser makellosen Straßendecke liegen, verbrannt, zerissen, namenlos und vergessen? Dieses Bild und diese Frage sind wie ein Schlüssel zu dem Film des Hamburger Dokumentaristen Hans Brecht, „Besetzt, befreit, besetzt“, einer Chronik vom Kriegsende und das Bild bestätigt auch die Antwort des NDR-Fernsehspielchefs Dieter Meichner auf die Frage nach dem Sinn dieses Films: „Wenn wir nicht wissen und festhalten, wo

ten der Hitler-Lager liegen. Das alles ist gegenwärtig, es wird auch gegenwärtig der Baß jener, die aus den Todesmühlen kamen, die Verachtung der Befreier der Tötenden in Deutschland gegenüber, das Mißtrauen zu einem Volke, das gefallen war.“ Brecht, der Autor, der seit mehr als einem Jahrzehnt die NDR-Sendereihe „Vor 40 Jahren“ leitet, hat sich bei der Arbeit ganz offensichtlich nicht leiten lassen von der abermaligen Überprüfung der möglichen Schuldzuweisungen. Er dokumentierte, wenn man es auf einen Nenner bringen möchte, die Obszönität der Gewaltsamkeit, die Zynik der Stärke, die Menschenverachtung der Mächtigen. So betrachtet ist der Film Brechts Geschichte, die sich als Warnung präsentiert. Der Film ist, im Gegensatz zu vielen anderen Versuchen zu diesem Thema, weder lehrhaft moralisierend noch mit der uns wohlvertrauten Wehleidigkeit angefüllt. Er bemüht sich um einen authentischen Blick vom zerbrochenen Bürgersteig her. Da ist eine Elfenköchin, die Annemarie Renger heißt und aus den schmerzhaften Tagen berichtet, da ist Max Adensauer, der Sohn des „Alten“, der über die nackten Überlebensprobleme in seiner Heimatstadt Köln berichtet. Freilich fällt da auch manche Ehre vom Sockel, und auch die Übersiedlung des Erfinders der „V“, also Vergeltungswaffe, Werber von Braun, erscheint in Brechts redlichem Bericht nüchtern und ohne den nachmaligen Lorbeerkranz. Der Film sollte, so wünschte man es sich, von vielen gesehen werden. Die Programmredaktion des Ersten Deutschen Fernsehens indes hatte verfügt, daß er erst um elf Uhr nachts ausstrahlbar werden sollte. Der Film wurde, nebenbei gesagt, schon vor seiner Besichtigung durch die Programmredaktion in die Zeit der geringsten Zuschauerdichte abgeschoben. VALENTIN POLCUCCH

Wiederbelebung einer politischen Diskussionsform

Mainzer Markenzeichen

Die Sendung „Journalisten fragen - Politiker antworten“, ein Markenzeichen früherer Fernsehzeiten, kehrt im nächsten Monat in das ZDF-Programm zurück. Reinhard Appel greift die Sendereihe wieder auf, mit der er von 1963 bis 1973 bekannt wurde und sich offensichtlich für höhere Positionen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten (auf der SPD-Proportionskarte) qualifizierte. Wenn also Appel am 13. Februar mit mehreren Journalisten Bundeskanzler Helmut Kohl als ersten Gast zu dieser 75-Minuten-Sendung begrüßt, hat er wohl - wenn auch sehr spät - eingesehen, daß sein Konzept „Bürger fragen - Politiker antworten“ trotz guter Einzelveranstaltungen nicht aufgegangen ist. Handverlesenes Publikum, brave - mit vorher im „Bürger-Kreis“ besprochenen - Fragen, Betriebe und Organisationen als Kulisse sowie der Moderator in der Rolle eines Ansagers brachten nur wenig politische Informationen über den Bildschirm; auch konnte man daraus nicht schließen, welche Fragen die Bürger im Land wirklich bewegten. Wenn auch nur mit jeweils einem Politiker, so wird doch mit der Rückkehr von Journalisten fragen - Politiker antworten eine politische Diskussionsform wiederbelebt, die seit einiger Zeit von beiden Kanälen verbannt worden war. Vor kurzem bemängelte der Kanzler in einem Interview mit „Ebru“, daß es im Fernsehen nicht mehr möglich sei, „in einer ruhigen Weise mit durchaus kritischen, aber qualifizierten Journalisten Sachprobleme zu diskutieren. Was mir fehlt“, so der Kanzler, „ist die größere Möglichkeit, meine Politik zu erläutern, oft muß ich sie in hektischen Statements doch immer nur verteidigen.“ Damit hat Helmut Kohl wieder Politikern aller Parteien wohl aus der Seele gesprochen. Das Interesse und die Notwendigkeit solcher politischer

Sendungen für die interessierten Zuschauer sollte dabei in den Fernsehanstalten nicht unterschätzt werden. Doch auf die „Fernsehdiskussion“ im Ersten Deutschen Fernsehen folgte „Votum“, ein Pseudo-Debatteforum für Erwachsene. Wolf Feller, mehr als politischer Kommentator denn als „Spielleiter für Prozentzahlen“ qualifiziert, bittet einen Politiker und Zuschauer in das Münchner Studio und läßt dann alle politischen Äußerungen und Taten des Kandidaten per Koopfrück durch die Zuschauer bewerten. Wenig politische Information, aber auch wenig Unterhaltung ist das unbefriedigende Ergebnis. Beim ZDF versucht man es mit der Sendung „Was nun...?“ und warf dafür die „Bonner Runde“ aus dem Programm. Doch „Was nun...?“ gerät zur Talk-Show mit Assoziationsspielen, Büchergeschenken, eingespielten Stellungnahmen, Soft-Atmosphäre und einem „Überraschungsgast“, der selten für Überraschungen gut ist. Wie schwer der Weg zum Entertainer ist, müssen die beiden Moderatoren erfahren, wenn sie doch immer wieder bei dem Abfragen von politischen Sachproblemen aus ihrem Hinterkopf ohne ausreichenden Hintergrund auf dem Bauch landen. So mußte sich Klaus Bresser von Bundesarbeitsminister Blum befragen lassen, daß entgegen seiner Frage die Sozialhilfe erhöht worden ist, und auch als er bei der Befragung des grünen Ministers Fischer über eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen interessiert wurde, gab der Zettelkasten des Klaus Bresser wohl nichts mehr her. Mit der Wiederkehr von „Journalisten fragen - Politiker antworten“ kann man wohl wieder auf politische Information aus erster Hand auf dem Bildschirm hoffen. CHRISTOPH STERN

SKI NORDISCH / Finne Matti Nykänen führt im Weltcup der Springer

Wo ist Behle? - Wieder in der Erfolgsspur

Wo ist Behle? Offensichtlich wieder in der Erfolgsspur. Im finnischen Kokkola belegte der Willinger den zweiten Platz bei einem 30-km-Skilanglauf, den der Finne Vejo Hämäläinen gewann. Dritter war der Finne Korva, der zuvor die 15 km für sich entschieden hatte. In diesem Rennen war Behle mit 19 Sekunden Rückstand auf den Dritten, den Olympiasieger Karvonen, Siebenter geworden. Die großen Sieger im nordischen Skisport waren am Wochenende jedoch wieder einmal der Schwede Gunde Svan und der Finne Matti Nykänen. Der seit den Weltmeisterschaften 1985 in Seefeld nur einmal bezwungene Schwede gewann in

Oernskoldsvik, 500 km nördlich von Stockholm, einen 30-km-Skilanglauf - seine Freundin Marie Johannsson siegte über 10 km bei den Damen. In Sapporo (Japan) wiederum triumphierte Nykänen gleich in zwei Weltcup-Springen von der 70-m- und von der 90-m-Schanze. „Ich habe in dieser Saison ohne Trainer gearbeitet. Das ist der Grund für meine guten Resultate“, erklärte Nykänen, der während des Weltcup-Auftrages in Übersee wegen seiner Alkoholprobleme aufgefallen und vom finnischen Verband vorübergehend gesperrt worden war. Nun hat Nykänen wieder die Führung im Weltcup übernommen. Bester Springer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) war der Oberstdorfer Andreas

Bauer. Auf der kleinen Schanze wurde er 13., auf der großen 15. Die „DDR“ gewann zum Abschluß der Biathlon-Weltcup-Rennen in Feistritz (Österreich) die 4 x 7,5-km-Staffel vor zwei Mannschaften aus der Sowjetunion. Die Equipe des Deutschen Ski-Verbandes mit Stefan Heek, Ernst Reiter, Georg und Fritz Fischer belegte nach einer Behinderung durch die zweite österreichische Staffel den vierten Rang. Olympiasieger Peter Angerer aus Hammer behauptete als Siebenter über 20 km und als Zehnter über 10 km bei diesen Biathlon-Wettbewerben mit 87 Punkten die Führung im Weltcup-Klassement. Zweiter ist nun der Sowjetrusse Medwetsow (74) vor dem Norweger Nerhagen (68).

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

- BASKETBALL Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Bayern - Osnabrück 97:63, Charlottenburg - Langen 92:77, SSV Hagen - Hamburg 78:83, Glaxo - Leverkusen 82:81, Köln - Göttingen 77:80, Oldenburg - TSV Hagen 86:83, Meister-schaftstabelle, Damen, 3. Spieltag: Osterfeld - Düsseldorf 55:35, Barmen - München 52:60. EISHOCKEY Bundesliga, 32. Spieltag: Köln - Kaufbeuren 11:2, Mannheim - Düsseldorf 4:6, Riesaersee - Sachring 3:2, Bayreuth - Landau 2:7, Schwemlingen - Rosenheim 2:1. HANDBALL Bundesliga, Herren: Göttingen - Weiche-Handewitz 24:24, Damen, 10. Spieltag: Järfeld-Wedding - Oldenburg 13:24, Hannover - Frankfurt 14:13, Nürnberg - Lützelindlen 17:17, Berlin - Leverkusen 15:19, Aserbach - Engelskirchen 25:22. HOCKEY Bundesliga, Herren (Feld): Gruppe Nord: Hannover - SW Köln 3:3, SW Köln - Berlin 5:9, Leverkusen - Krefeld 10:4, Hannover - Oldach 13:11, RW Köln - Leverkusen 5:6, Gruppe Süd: München - Mülheim 13:14, Stuttgart - Limburg 6:5, Frankfurt - Eisdorfer 12:9, Stuttgart - Mülheim 12:10, München - Limburg 5:9, - Bayern, Gruppe Süd: Leverkusen - DW Köln 11:4, Frankfurt - Düsseldorf 10:8, Bad Kreuznach - Frankfurt 5:5, Hainau - Haffelberg 5:9, Gruppe Nord: UHC Hamburg - Klipper Hamburg 5:4. TISCHTENNIS Bundesliga, Damen, 11. Spieltag: Reinickendorf - Großes Ländchen 9:1. VOLLEYBALL Bundesliga, Herren: Hamburg - Gießen 3:1, Dachau - Leverkusen 3:0, -Damen: Stuttgart - Meiner 0:3, Riesaersee - Oythe 3:1, Vilsbiburg - Feuerbach 0:3, Berlin - Lohhof 0:3. TENNIS Europacup in London, Endstand: CSSR - England 3:0, -Einladungsturnier in Kasari: Rosewall (Australien) - Santana (Spanien) 6:2, Borg (Schweden) - Gerulaitis (USA) 6:4, 6:2, -Doppel: Nystrom/Jarryd (Schweden) - Borg/Gerulaitis 6:4, 6:2, 6:2. SKI ALPIN Weltcup-Riesenslalom, Damen, in Megeve/Frankreich: 1. Marzola (Italien) 1:20,73, 2. Kirchner (Österreich) 1:20,83, 3. Fischer (Deutschland) 1:21,04, 4. Gutenschn (Österreich) 1:21,03, 5. Charvátová (CSSR) 1:21,39, 6.

- Kiehl (Deutschland) 1:21,76, ... 17. Mösenlechner 1:22,22, ... 25. Gerg (beide Deutschland) 1:23,65, -Stand im Gesamtweltcup: 1. Hest 176 Punkte, 2. Walliser 172, 3. Schneider 170, 4. Fignat 124, 5. Kiehl und Gerg je 114, ... 9. Fischer 78, ... 11. Mösenlechner 69, ... 7. Weltcup-Slalom, Herren in St. Anton/Österreich: Stenmark (Schweden) 1:07,59, 2. Petrovic (Jugoslawien) 1:07,67, 3. Nilsson (Schweden) 1:07,83, 4. Girardelli (Luxemburg) 1:08,25, 5. Prommel (Liechtenstein) 1:08,96, ... 6. Böttinger (Schweiz) 1:09,23, ... 9. Wörndl 1:10,02, ... 14. Roth 1:10,77, ... 23. Wasmeter (alle Deutschland) 1:14,92, -Stand im Gesamtweltcup: 1. Wirsberger (Österreich) 130 Punkte, 2. Stenmark 127, 3. Girardelli 121, 4. Müller (Schweiz) 89, 5. Petrovic 88, 6. Zurbriggen (Schweiz) 86, ... 13. Wasmeter 65. SKISPRINGEN Weltcup-Springen auf der 90-m-Schanze in Sapporo/Japan: Nykänen (Finnland) 226,3, 2. Vettori (Österreich) 187,9, 3. Parma (CSSR) 186,5, 4. Fijas (Polen) 182,5, 5. Akimoto (Japan) 184,4, 6. Bales (Kanada) 175,7, 18. Bauer 149,5, ... 17. Wegscheider 148,5, ... 21. Klausner 137,4, ... 24. Stelzer (alle Deutschland) 113,3, -Stand im Weltcup: 1. Nykänen 118 Punkte, 2. Vettori 110, 3. Unga (Jugoslawien) 106, 4. Neudörflner (Österreich) 96, 5. Suorsa (Finnland) 82, ... 70-m-Schanze: 1. Nykänen 226,7, 2. Dinhoe 205,6, 3. Fiac 197,0, 4. Parma (alle CSSR) 191,1, 5. Tepez (Jugoslawien) 189,4, ... 12. Esser 173,1, ... 13. Stelzer 176,8, 16. Wegscheider 176,5, ... 24. Klausner 158,7, -Besondere in Willingen, 70-m-Schanze: 1. Erut (Österreich) 104,5, 2. Waldvogel (Deutschland) 98,7, 3. Heim (Österreich) 98,3. BIATHLON 10-km-Weltcup-Rennen in Feistritz/Österreich: 1. Repeta (UdSSR) 25:36,6 Min./0 Strafrunden, 2. Schmalz 26:24,3/1, 3. Büsch (beide „DDR“) 26:36,1/1, ... 7. Brittenwenger 27:07,6/0, ... 10. Angerer 27:12,3/2, ... 14. Wudy 27:33,1/0, ... 19. Elmer 27:37,1/1, ... 53. Fischer 28:04,7/2, ... 58. Fischer (alle Deutschland) 28:50,5/2, -Stand im Weltcup: 1. Angerer 87 Punkte, 2. Medwetsow (UdSSR) 74, 3. Nerhagen (Norwegen) 68. EISSCHNELLAUF Weltcup-Rennen in Davos, Herren: 500 m: 1. Mey („DDR“) 37,43 Sek., 2. Jansen (USA) 37,54, -1000 m (Handen): 1. Jansen 1:15,7, Damen: 500 m: 1. Rotzbauer („DDR“) 40,74, -1500 m: 1. Kamle-Enke („DDR“) 2:04,91.

- BOB Viererbob-EM in Innsbruck-Igls, Endstand nach vier Läufen: 1. Schweiz II 2:33,50, 2. „DDR“ I 2:35,01, 3. Österreich I 2:36,08, 4. „DDR“ II 2:36,24, 5. „DDR“ III 2:36,44, 6. Schweiz I 2:36,63, ... 8. Deutschland III (Fischer) 2:38,04, ... 11. Deutschland II (Sperr) 2:38,62, 12. Deutschland I (Schibitz) 2:38,72. SCHWIMMEN Internationale Meeting in Amsterdam/Holland (50-m-Bahn), Herren, 50 m Freistil: 1. Ran (Italien) 24,13 Sek., 2. Schadt (Deutschland) 24,19, -100 m Freistil: 1. Dalbey (USA) 51,52 Sek., 2. Schadt 51,72, -400 m Freistil: 1. Henkel (Deutschland) 2:58,99, -100 m Schmetterling: 1. Jan (China) 53,89, 2. Drost (Holland) 56,29, 3. Schaffgans 58,43, 4. Heuter (beide Deutschland) 57,41. RAD Querfeldein-WM, Amateure in Lembech/Belgien: 1. Tuxo (Italien), 2. Messelis, 3. de Rey (beide Belgien), ... 15. Kluge, ... 21. Krukenbaum, ... 28. Schleicher, ... 37. Ommer, ... 44. Reimann (alle Deutschland), 5. Jandereit, 1. Marshall (England) 52:05, 2. Brechbühl (Schweiz) 52:17, 3. de Vos (Holland) 52:24, ... 9. Schwedter 1:02:13, Berner 1:02:15, ... 30. Maloschek (alle Deutschland) 6:28. BOXEN Bundesliga, 3. Kampftag, Gruppe Süd: Frankfurt - Eichardt 15:12. GALOPP Rennen in Nusselt, R.: 1. Asselt (Am. C. Wegner), 2. Ferdi, 3. Benailla, Tote: 99/119, 24, 28, ZW: 13 628, DW: 60 480, 4. R.: 1. Ebner (G.F. O'Brien), 2. Marito, 3. Maurizio, Tote: 188/74, 18, 26, ZW: 572, DW: 2848, 5. R.: 1. Bottari (E. Mall-nowski), 2. Orthokias, 3. Clita, Tote: 20/14, 46, 19, ZW: 548, DW: 3354, 6. R.: 1. Royal Champion (A. Tylicki), 2. Frappant, 3. Didicas, Tote: 83/80, 28, 46, ZW: 704, DW: 10 648, 7. R.: 1. Agathon (A. Schütz), 2. Schwarzprinz, 3. Pfeif, Tote: 48/16, 26, 54, ZW: 200, DW: 4282, 8. R.: 1. Fomkregent (F. Hemmer), 2. Osmal, 3. Nobility, Tote: 36/18, 19, 19, ZW: 140, DW: 74. GEWINNZAHLEN Letztes 20, 27, 31, 45, 48, Zusatzzahl: 46, -Spiel 77: 1,2,3,1,9,2, -Tote, -Ritterwette: 1,2,1,1,1,1,1,0,2,1,1, (Ohne Gewähr).

Katastrophe als Konsumware

Die erste Ausgabe der siebenteiligen Trilogie über den Zweiten Weltkrieg läßt Schlimmes ahnen, nämlich den Versuch, eine der entsetzlichsten Katastrophen der Menschheit zur Konsumware zu verarbeiten, gewürzt, in maßgerechte Häppchen aufgeteilt und wappmäßig flambiert: Der Feuersturm (ZDF). „Jede Einstellung dieser typischen Hollywood-Oper ist von dem unwürdigen Willen getragen, kommt was da wolle, das Volk zu unterhalten. Ein tapferer Kommandeur, Vaterfigur und nobler Ehemann, betrachtet die Ereignisse von 1939 für uns alle. Ein wahrer Überwinder - edel, hilfreich und gut: Hollywood als moralische Anstalt.“ Da schrumpfte sogar der notorische Verbrecher Hitler zu einer Figur aus der Komparsee der standardisierten Westemgeichten, in denen dem einsamen Helden ein stolzer Trottel beigelegt wird. Allein schon diese Geschichtsklitterung macht den Rest der Story ungläubig.

Bemitleidenswerte Zirkuskreatur

Der kleine Sänger mit der Gitarre ist ganz groß im Verdien, ein - so der US-Titel - „One Trick Pony“, eine bemitleidenswerte Zirkuskreatur, die unablässig ihren einzigen Trick vorführt, bis der endgültig verbracht ist. „One Trick Pony“, zu deutsch: Die Schweinewalze verheißt (ZDF), war neben Wouk und „Lawrence“ gewiß die unspokularste, dabei auch schwerwiegendste und doch allemal sensibelste, schönste Bildschirm-Genette vom Wochenende - Paul Simons Debüt als Buchautor, Hauptdarsteller, Produzent und, natürlich, Komponist. Der Songpoet, einst zusammen mit Duo-Partner Art Garfunkel Kulturfigur für eine intellektuell erwachende, neue Jugendgeneration, gehört noch heute zu der nicht gar so großen Gruppe der unkorrupten Künstler, die so krisenfest geliebt wird, weil sie mit ihrem Potential jegliche Baise im Showbusiness ignorieren kann - mit kreativer Kraft und sicherem Gespür für die künstlerische Einheit von Form und Gehalt. ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Freilich setzt der Film immer wieder an, Realitäten aufzuspüren und zu beglaubigen, etwa die Flucht der Polen und Juden vor den eingedrungenen Deutschen. Aber: Erstens haben zeitgenössische Dokumentationen das schon wahr und live festgehalten, und zweitens gelangen diese Szenen nicht darüber hinaus, Vorgezogene nachzustellen - zu einer höheren Wahrheit kommen diese Stellproben keineswegs. Man kann nach der ersten Kostprobe, nur Befürchtungen äußern, für Hoffnungen läßt dieses unterhaltensspiel mit dem Entsetzen keinen Raum. Wenn man erfährt, daß demnach Präsident Roosevelt und Churchill in diese Abendunterhaltung hineingedoubelt werden - womit der Schein der Wirklichkeit gestützt werden soll - so bleibt nur noch die Neugier, wie die beiden Staatsmänner mit den glücklichen und weniger glücklichen Liebesgeschichten der anderen Figuren verquickt werden. Fazit (nach der ersten Folge): Nichts gegen die Verarbeitung der Historie zu Geschichten. Aber alles gegen ihre Verwandlung in eine schauung-schöne Gänsehautproduktion. V.P.

III.

- 15.00 Klabau, der weiße Löwe Orkiel in Nöten 15.30 Lennie Dar Wilderer 16.00 Mischbox 17.00 Mischbox Enterprise Das Loch im Weltraum 18.00 Westlich von Santa Fé Oder: Regionalprogramme 18.30 APF blick 18.45 Ereblick 19.15 Im steigenden Käsel am Kölsberg Oster, Spielfilm (1963) 21.50 APF blick 22.15 TOP Wissenschaftsreportage Der große Kampf mit der kleinen Karte sowie die internationalen Börsenberichte 22.45 Jandix Extr Die Cosm-Bethupfer 23.00 Mischbox Romances Comeback 23.55 APF blick SAT I 18.00 Mini-ZB 18.10 Bilder aus der Schweiz 19.00 heute 19.30 SAT-Studio 19.30 P. I. 7. - Peter Himmels Treff 20.15 Sport-Zeit 21.15 Zeit im Bild 2 21.35 Kulturjournal 21.45 Montagsmagazin Die 36 Kommern der Shaolin Hongkong 1978 21.50 Bonapart 22.00 Große Ärzte aus Schwabdeutschland 21.00 Klabau nicht aus einem Eisen 21.45 Eine Rentner-Komponie des guten Willens 22.50 Jazz am Montagabend 23.30 Nachrichten BAYERN 18.45 Mischbox 19.00 Live aus dem Alpbach 20.45 Mischbox Werkstoffe Materialien für die Technologie der Zukunft 21.20 Mischbox 21.45 Blickepunkt Sport 22.45 Z. E. K. 22.50 Mischbox (4) 23.50 Mischbox

3SAT 18.00 Mini-ZB 18.10 Bilder aus der Schweiz 19.00 heute 19.30 SAT-Studio 19.30 P. I. 7. - Peter Himmels Treff 20.15 Sport-Zeit 21.15 Zeit im Bild 2 21.35 Kulturjournal 21.45 Montagsmagazin Die 36 Kommern der Shaolin Hongkong 1978 21.50 Bonapart 22.00 Große Ärzte aus Schwabdeutschland 21.00 Klabau nicht aus einem Eisen 21.45 Eine Rentner-Komponie des guten Willens 22.50 Jazz am Montagabend 23.30 Nachrichten BAYERN 18.45 Mischbox 19.00 Live aus dem Alpbach 20.45 Mischbox Werkstoffe Materialien für die Technologie der Zukunft 21.20 Mischbox 21.45 Blickepunkt Sport 22.45 Z. E. K. 22.50 Mischbox (4) 23.50 Mischbox RTL-plus 20.15 RTL-Spiel 20.30 Mischbox 20.50 Mischbox Mischbox Deutscher Spielfilm (1956) Mit Harald Marnsch u. a. Regie: Peter Pavow 21.52 RTL-Spiel 22.00 Mischbox 21.45 Blickepunkt Sport 22.45 Z. E. K. 22.50 Mischbox (4) 23.50 Mischbox

Pankraz, der Kiez und die neue Weinerlichkeit

Wer die Stimmung in einflussreichen intellektuellen Zirkeln der Bundesrepublik mit einer treffenden Kennmarke versehen will, der muß nicht lange suchen. „Neue Weinerlichkeit“ beherrscht die Szene. Das heißt allerdings nicht, daß alle „nahe am Wasser gebaut“ hätten und bei jeder Gelegenheit gleich in Tränen ausbrechen, wie es zur Werberzeit um 1975 üblich war. Weinerlichkeit ist ungeführt das Gegenteil von Tränenlosigkeit. Im allgemeinen weint man ja, entweder weil einem Schmerz zugefügt wird oder weil man gerührt ist, Mitleid mit anderen hat. Doch der Weinerliche hat allenfalls Mitleid mit sich selbst, und er empfindet dabei keinerlei nennenswerte Schmerzen. Sein Dauerzustand ist nicht die Rührung, sondern das umgürte Resentiment.

Während der Gerühre glückliche Lebensfügen dankbar und tränenreich als Geschenk nimmt, hält sie der Weinerliche für einen Tribut, der ihm „zusteht“. Laufen die Dinge nicht so, wie er es sich erhofft, so betrachtet er das als einen Angriff auf seine ureigenen Rechte und ist zunächst einmal empört. Bringt die Empörung nichts, so zieht er daraus keinesfalls praktische Konsequenzen oder wirft gar das Steuer um hundertsachtzig Grad herum, sondern er igelt sich in einem Kokon des Beleidigtseins ein, aus dem heraus er dann mit quengeliger Insistenz immer wieder sein „Recht“ einfordert. Er weint nicht, er „knietscht“, wie man in Sachsen so etwas nennt.

Das Knietschen ist nicht auf einige wenige Zirkel beschränkt, es gehört zur psychologischen Grundausstattung der Gegenwart und bildet gewissermaßen das subjektive Pendant zur Versorgungs- und Wohlfahrtsgesellschaft. Aber die einen knietschen mehr, die anderen weniger. Am meisten und vernehmlichsten knietschen die Linksintellektuellen, weil die Geschichte nicht so verläuft, wie sie sich das bei ihrer Utopie-Huberei ausgedacht hatten. Und da sie üblicherweise guten Zugang zu den Medien haben und mit ihrer Knietscherei die Kanäle überschwemmen, wird der in der Öffentlichkeit herrschende Ton zur Zeit ganz wesentlich von Weinerlichkeit und einem beleidigt vor sich hinseufenden Resentiment bestimmt.

Mit scharfen Kommentieren der Zeitläufte und notwendiger Kritik hat das fast gar nichts mehr zu tun. Kritik muß, wenn sie treffen will, überwiegend gutgeäußert daherkommen, man muß ihr anmerken, daß der Kritiker sich seiner Position und seiner Argumente sicher ist und selbst an ihre Durchschlagskraft glaubt. Andernfalls wird die kritische Kontur gleich unscharf, der Schuß geht daneben, oder er geht direkt nach hinten los und richtet Verheerung im eigenen Lager an, rafft Gleichgesinnte dahin, zerstört Lafetten und Munitionskisten.

Genau das ist die Lage bei den weinerlichen Knietschern der intellektuellen Szene. Ihre kritischen Attacken zeigen immer deutlicher Momente der Selbstzerstörung. Die eher traditionellen Marxistinnen unter ihnen wettern etwa gegen den „Rückzug aus der großen Fragen der Zeit“ – und treffen damit voll

den weinerlichen Bruder von nebenan, der den „Kiez“, die „Mikrowelt“ für der sozialen und geistigen Weisheit letzten Schluß hält. Die Kiezler ihrerseits zern über die „entfremdenden Gigantomaniem überregionaler Planemacher“ – und treffen damit voll ins Kontor der weinerlichen Marxistinnen.

Allesamt sind sie natürlich „ehemalige 68er“ und versichern sich dieser Abstammung häufig und gern. Denn an sich, nämlich als Pötschen-Beschaffungsprogramm und als Aktion zur Besetzung der gesellschaftlich relevanten Begriffe, war die „Revolte“ dieser sogenannten 68er ja ein voller Erfolg. Ihre Matadore, und zwar auch die völlig Inkompetenten unter ihnen, sitzen heute durch die Bank (entweder im Knast oder) in wohl-dotierten Staatsseihen, stellen Ministerpräsidenten und Lebenszeit-Professoren, nehmen dem Nachwuchs Lebenschancen weg, und die von ihnen favorisierten Begriffe fanden selbst in konservative Kreise Eingang, galten lange als die Leitbegriffe der Epoche schlechthin.

Sowohl die einen als auch die anderen wissen also sehr wohl, daß man nicht an irgendwelchen auswärtigen Feinden gescheitert ist, sondern an seinem eigenen Unvermögen zur realistischen Analyse der menschlichen Natur und der Gesetze des Lebens. Eines Tages ließ es sich eben einfach nicht länger verheimlichen: Man lag total schief mit seinem Kategoriensystem, es war für eine auch nur einigermaßen erträgliche Alltagssprache vollkommen ungeeignet. Doch kaum einer dachte daran, sich das einzugestehen oder vielleicht gar seine Philosophie unter dem Eindruck solcher Erfahrungen zu ändern, die Waffen der Kritik umzuschleifen, die Programmatik auf mittelfristige Prognosen umzustellen. Statt dessen wich man in die Weinerlichkeit aus – und begründete so immerhin die Ära der „Großen Weinerlichkeit“.

Man hat manchmal den Eindruck, als gingen die Weinerlichen von folgender Maxime aus: Wenn schon die Utopie, das „Andere“, der „wahre Sozialismus“ nicht kommen, so wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Welt, wie sie nun einmal ist, so ungemütlich und so trostlos wie möglich erscheint, wollen sie den Leuten mit allen Mitteln vermessen. Und da das sicherste Mittel, den anderen das Leben zu vermessen, darin besteht, daß man sich selbst mies' und vöckknietisch gibt, so laßt uns denn zu wahren Anbändern von Miesheit und Verknietichtheit werden!

Es ist dies freilich eine nicht risikolose Maxime. Schließlich kriegt auch der Gutgläubigste und Gutmütigste einmal genug davon, andauernd die Hölle auf Erden gepredigt zu bekommen, und zwar eine völlig uninteressante Hölle, einen blöhen Orkus mieser Weinerlichkeit. Er könnte schließlich auf den Gedanken kommen, daß es außer den Höllenpredigern selber gar keine Hölle gibt. Die Folgen für die höllischen Weinerlichen wären eventuell fatal.

Pankraz

Was Vicco von Bülow mit „Martha“ treibt – Liorot inszenierte Flotows Oper am Staatstheater Stuttgart

Zurück bleibt der Teapot der Königin

Welch ein Vergnügen! Welch ein feiner Humor! Und welche Liebe dabei Liorots Debüt als Opernregisseur, am Staatstheater Stuttgart Friedrich von Flotows „Martha“ gelandt, ist über die Maßen herrlich gelungen. So schöne Erinnerungen hat man von der Aufführung einer deutschen Spieloper sehr lange nicht mehr mitgenommen.

Es ist wohlgerneht Liorot, der Erfinder des Knollensamenmännchens, der Vater von Wum und Wendelin, der hier für „Inszenierung, Bühnenbild- und Kostümentwurf“ zeichnet, nicht Vicco von Bülow, der Opernfan, Wagnerianer, Premierentiger und Stammgast auf Bayreuths Grünen Hügel. Man darf daraus wohl schließen, daß die Opernregie hier ins Arbeitsfeld des Humoristen und Komikers fällt und sich nicht als spleenige Laune versteht, sondern als professionelles Unternehmen.

Wie es sich für eine anspruchsvolle zeitgenössische Regie gebort, verlegt Liorot die Zeit der Handlung, nicht in die Entstehungszeit, wie die 1840er Jahre gewesen wären, sondern gleich noch etwas höher zu uns: in die 1880er Jahre, mitten in die Regierung der Königin Viktoria. Und die darf denn auch zum Schluß als alle segnende Landesmutter bühenfüllend herniederschweben, während sich die Anwesenden zu einem letzten „God save the Queen“ versammeln. Aber die Königin bleibt nicht, sie schwebt wieder gen Himmel, und da sieht man, daß sie nur ein Teapott war, einen großen Teapot unter sich auf der Bühne zurücklassend.

Aber wir wollen nicht vorgreifen. Anfangen hat natürlich alles ganz anders, nämlich an einem der vielen so entsetzlich langweiligen Morgen, an denen Lady Harriet weder ausge-schlafen war, noch wußte, was sie mit all der Zeit dieses Tages anfangen sollte, während sie da im weißen Bedemantel und mit weißen Pantöffeln und unfrisiert mit blonden Löckchen in ihrem schloßartigen Wintergarten auf jenem Bänkehen sitzt, das ein zentraler Ort für Liorot ist, nicht nur im Fernsehen, sondern nun auch auf der Opernbühne.

Der Zwei- bis Vierstürer kommt in Variationen wieder zum einträchtigen Nebeneinanderstehen und Aneinanderbeisitzen der Personen ins Spiel. Lady Harriets Freundin Nancy ist schon angezogen, sie trägt ein langes, weißes Reifkostüm und scheint ohne sonst die Aktive und Dynamische von beiden zu sein: unübersehbar sind die beiden Damen einander nicht nur platonisch zugetan.

Folgt der erste Chorauftritt: Einen Chor zu führen ist für einen Kameramiker vom Schlage Liorots nun wirklich heikles Neuland. Er tritt es souverän, indem er den Chor agieren läßt wie eine Person. Also:



Unterbrechung beim Herzkopf von Mr. Thatchers Stand: Szene aus Liorots „Martha“-Inszenierung in Stuttgart. FOTO: HANNES KILIAN

Synchron die Knickse, synchron die Kopfrollungen, und das führt gleich wieder zu den gelächterträchtigen Tennisfeldern, wenn die ganze Kammerfermenten wie auf Kommando den Kopf wendet. Der Chor tritt ab, und dann kommt noch einmal eine Chordame ganz undenkbar zurück und streckt die depressiv maulenden Lady von hinten die Zunge heraus. An solchen Hinterfortigkeiten von der allermenschlichsten Seite ist kein Mangel in dieser Aufführung, und wir wollen sie nicht alle verraten, weil zuviel Wissen hoch dort den Spaß beim Besuch verdirbt.

Zweites Bild: Ein ganz liebevoll gemalter englischer Marktplatz mit seinen kleinen Läden ringsum. Klar, daß einer davon Thatcher heißt. Mister Thatcher verkauft Hüte, und eben einen solchen will Plumkett stehen. Sein Duett mit Lyonel vollzieht sich also ein passant beim Probieren von Hüten. Das macht Liorot den ganzen Abend so richtig und so plausibel: die Sänger sind beschäftigt, während sie singen. Sie sind nicht mit Singen beschäftigt. Das sieht fast aus wie ein Rudolf Noelt in feinsinniger Karikatur.

Besondere Beschäftigungstherapie hatte sich Liorot natürlich für

die stummen Chargenrollen ausgedacht, die er extra für das Stück erfunden hat. Der Bohy auf dem Markt zu Richmond tritt natürlich prompt in einen Hundehaufen und führt die entsprechende Pantomime auf.

Später, im Waldbild, das hier zu einer Gartenwirtschaft geworden ist, gibt es nicht nur so ein reizendes Exemplar von Familie mit Kindern, die sich in ihr alltägliches Chaos bei Tisch verwickeln, sondern auch einen herrlich schlürfenden und hinkenden Kellner, der seine Servierkünste wohl bei einem „Dinner for one“ gelehrt hat, und noch einen zufällig in der Gegend weilenden sächsischen Ton-dichter, der laut Programmheft über Flotow geäußert haben soll: „... ich wollte, ich wäre so ein Genie wie Herr von Flotow – schrieb Opern wie Martha, und täte so, was – ich eben nicht kann.“ Die Authentizität dieses Zitats wird nachprüfbar sein, jedenfalls flieht der Herr erschreckt aus der Wirtschaft, als Lady Harriet „Tristan“ ruft, womit sie freilich ihren ältlichen Verehrer Lord Mickford meint. Aber zu diesem Zeitpunkt ist das Publikum schon so sensibilisiert, daß es nur noch des kleinsten Anstoßes bedarf, um die Wogen des Geld-

chers hochgehen zu lassen im Zuschauerraum.

Ja, man braucht in Plumkett und Lyonel Bachelor-Haushalt und das Portrait einer Dogge – entfernte Ähnlichkeit mit Wum – an der Wand zu bewahren. Und wenn die beiden vorgeblichen Mäde so gar nichts können im Haushalt, und die beiden Junggesellen sich an die Spinnräder setzen, wie vierhändig ans Klavier, und das Rädchen summen lassen, dann zeigt sich, daß Liorot auch als Opernregisseur seine feine Komik daher bezieht, den lieben Mitmenschen genau zuzuschauen.

Ein Kabinettstück besonderer Art gelangt Liorot nach der Flucht der falschen Mäde, wenn die beiden Bauern mitten in der Nacht und mitten auf dem Land „Herbei, ihr Leuterruten und tatsächlich der gesamte Männerchor bereitsteht. Da gibt's nur eine Logik, nämlich die des Theaters. Es sind die Bühnenarbeiter, die zur Stelle sind, um nach den abtrünnigen Damen suchen zu helfen. Und da Bühnenarbeiter nicht zum Singen da sind, sind es natürlich Chorsänger im Kostüm des Bühnenarbeiters. So lagert sich Ebene über Ebene.

Man kann das nicht gegen Liorot wenden, aber auch das ist leider wahr: Flotows Musik hört man viel zu wenig zu an diesem Abend, obwohl das Orchester unter aus Dresden gastierenden Wolf-Dieter Hauschild ganz hervorragend spielt, die vielgeschundene „Martha“ als ein glänzend und einfallreich komponiertes Exemplar deutscher Oper ausweist, das, mit solcher Eindringlichkeit vorgetragen, durchaus verdient, in die Provinz abgeschoben zu werden.

Auch bei den Sängern hat sich Stuttgart angestrengt. Krisztina Laki ist die koloratur-kokette Lady Harriet, Waltraut Meier mit kräftigem Mezzo ihre Vertraute Nancy. Dem Plumkett gibt Helmut Berger-Tuna sein stümliches Baßgewicht, und die Tenorarien des Lyonel fallen Rüdiger Wolters zu, dessen so schön timbrierte Stimme hier leider nicht immer über die mangelhafte Singsprache hinwegtrösten kann.

Wenn man auch so manches liegeworkene Liorot-Repertoire wieder-erkennt hat an diesem Abend und fürchten muß, daß das auch in weiteren Liorot-Inszenierungen nur wiederholt würde: ein paar Aufführungen von dieser Handschrift würde man schon gern sehen in den nächsten Jahren. Welchem Intendanten gelingt es, Vicco von Bülow zu den Sünden seines Alters zu überreden?

REINHARD BEUTH
Weitere Aufführungen: 27. und 29. Jan. 10, 15, 18, 22. Feb.: Kartenverbestellungen 0711/203244.

JOURNAL

„Golden Globe“ für Klaus-Maria Brandauer

AFP, Beverly Hills
Der amerikanische Film „Out of Africa“ von Sydney Pollack ist in Hollywood mit dem Filmpreis der Auslandspresse, dem „Golden Globe“, als bester Film des Jahres ausgezeichnet worden. Der österreichische Schauspieler Klaus-Maria Brandauer erhielt für seine Rolle in diesem Film den „Golden Globe“ für die beste männliche Nebenrolle. An „Prizzi's Honor“ (Die Ehre der Prizzi) von John Huston gingen drei „Golden Globe“ für die beste Komödie und die beiden Hauptdarsteller Jack Nicholson und Kathleen Turner.

Gesellschaft für deutsche Sprache

dpa, Frankfurt
Mehr als hundert Sprachwissenschaftler haben sich in einer Resolution für den Weiterbestand der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden eingesetzt. Die Gesellschaft ist aufgrund von Zahlungsunfähigkeit in eine Existenzkrise geraten, die nach Angaben ihres Vorsitzenden Günter Plug von dem inzwischen fristlos entlassenen Geschäftsführer Otto Nüßler verursacht worden sei. Die Verhandlungen mit dem Bonner Innenministerium über weitere finanzielle Hilfen sollen am 29. Januar abgeschlossen werden.

Innenminister will Film-Vorsitz abgeben

AP, Bonn
Das Bundesinnenministerium in Bonn will seinen vor zwei Jahren eingeführten Vorsitz im 33köpfigen Auswahl Ausschuss für Filmförderung, der die Förderungsbedingungen für Filme, Drehbücher, Verleih- und Programmkonzepte prüft, wieder abgeben. Für die nächste zweijährige Amtszeit soll eines der unabhängigen Ausschussmitglieder mit dem Vorsitz betraut werden. Bisher hatte der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ernannte Filmreferent den Vorsitz inne. Für die neue Amtsperiode sind 80 Prozent der bisherigen Ausschussmitglieder wiederberufen worden.

„Rat für Formgebung“ sucht neue Geldgeber

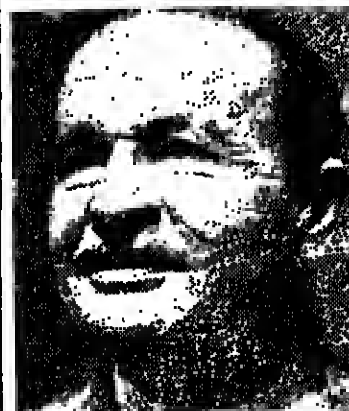
dpa, Darmstadt
Der „Rat für Formgebung“, der sich seit 1951 von Darmstadt aus um vorbildliches Produkt-Design bemüht, wird möglicherweise aus finanziellen Gründen an einen anderen Standort umziehen müssen. Da der Bund, der bisher aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums den Hauptanteil des Etats für den Rat getragen hatte, sich künftig zurückzieht, muß sich die Stiftung neue Geldgeber suchen. Köln, Frankfurt, Stuttgart und München haben bereits Interesse als künftige Finanziers angemeldet.

Christlich-jüdisches Religionsgespräch

DW, Duisburg
Mit dem „Christlich-jüdischen Religionsgespräch“ seit dem 18. Jahrhundert“ beschäftigt sich ein Symposium der Universität Duisburg gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr. Es findet vom 2. bis 6. März statt.

Ernst Schnabelt

Der Schriftsteller Ernst Schnabel wurde am Sonntag in seiner Berliner Wohnung tot aufgefunden.



Ernst Schnabelt (1915-1986) FOTO: A. FRIEDRICH

Der 73jährige ist nach Mitteilung der Polizei offenbar eines natürlichen Todes gestorben. Ernst Schnabelt, zuerst Seemann, dann bei der Kriegsmarine, begann mit Romanen, z. B. „Die Reise nach Savannah“ (1939), „Nachtwind“ (1941), „Schiffe und Sterne“ (1943). Von Schnabelt stammte auch das Drehbuch zu Helmut Käutners Film „In jenen Tagen“ und zu Henzes Oper „Das Floß der Medusa“. Nach dem Kriege war er zuerst Chefdramaturg, später Leiter der Abteilung Wort und schließlich von 1951 bis Januar 1955 Intendant beim Nordwestdeutschen Rundfunk. In den sechziger Jahren leitete er auch zeitweise das Dritte Programm des NDR/SFB. Bekannt wurde er vor allem als Autor von Hörfunksendungen, die sich zwischen Hörspiel und Dokumentation bewegen. DW

Uraufführung in München: Kirchners „Belshazar“

Richtfest wird Bruchfest

Auf den heute 43jährigen Komponisten Volker David Kirchner wurde am 1974 erstmals auf dem Festesgesellschaft (bei Reinhardt) springt da eine riesige Höhe, die gesamte Bühnenhöhe einnehmende Tür auf und läßt den König allein zurück mit seiner toten Frau, seinem toten Sohn. Jetzt versucht Belshazar, einen Dialog mit Gott anzuknüpfen, aber es gelingt nicht mehr.

Die Geschichte ist ein bischen zu eindimensional für ein modernes Stück Musiktheater. Wären da Reinhardts Ausstattung und die Regie von Kurt Horres, die das Werk in eine ganz überzeugende zeitgenössische Ästhetik zwingen, die Simplizität würde noch krasser zutage treten. So gibt es doch Momente, die betroffen machen: die Auftritte des gefundenen, wie gefolterten Daniel, die grandios inszenierte Entfaltung der Kunstwerke des Königs, eine Sammlung der Weltkunst, in der Mantegna-Beweinung des toten Christus, ebensoverfühlend wie Picasso „Guernica“, Leonardos „Gioconda“, Bosch's „Garten der Lüste“, C. D. Friedrichs „Das große Gebilde“ oder gar der Isehnheimer Altar Grünewalds. Hier wird ein Kunstanspruch festgemacht, den Kirchners Musik nie und nimmer einlösen kann.

Denn diese Musik reimt sich, abgesehen von ein paar brutistischen Einschüben, zusammen wie ein Strophen- und Eklektizismus: da tönen venezianische Fanfaren über einem Ravelschen „Lever du jour“, da blasen Richard Strauss's kalte Winde aus der „Salome“ über die Terrasse, da wagnert es taktweise, aber der Grundton bleibt doch der eines apokalyptischen Mascagni. Und das ist wohl doch eine Tonsprache, die ein Komponist heute nicht mehr in den Mund nehmen sollte, allem Gerede über neue Tonalität zum Trotz.

Die einzig wesentliche Partie ist die des Belshazars. Sie wird von Hermann Becht eindrucksvoll bewältigt. Ronald Pries läßt Daniels klagende Wamschreie ertönen, Marianne Seibel steuert die Takte der Königin bei, Alfred Kuhn hat als Majordomus etwas zu bestimmen. Aber aller Interpretations-Mühe zum Trotz: eine Totgeburt. REINHARD BEUTH

Eine weitere Aufführung am 28. 1.; Kartenverbestellung 089/2181

Dieser Bruch ist freilich ideeller Art. Als sich ein Riß auftut, fliebt die Festgesellschaft (bei Reinhardt) springt da eine riesige Höhe, die gesamte Bühnenhöhe einnehmende Tür auf und läßt den König allein zurück mit seiner toten Frau, seinem toten Sohn. Jetzt versucht Belshazar, einen Dialog mit Gott anzuknüpfen, aber es gelingt nicht mehr.

Die Geschichte ist ein bischen zu eindimensional für ein modernes Stück Musiktheater. Wären da Reinhardts Ausstattung und die Regie von Kurt Horres, die das Werk in eine ganz überzeugende zeitgenössische Ästhetik zwingen, die Simplizität würde noch krasser zutage treten. So gibt es doch Momente, die betroffen machen: die Auftritte des gefundenen, wie gefolterten Daniel, die grandios inszenierte Entfaltung der Kunstwerke des Königs, eine Sammlung der Weltkunst, in der Mantegna-Beweinung des toten Christus, ebensoverfühlend wie Picasso „Guernica“, Leonardos „Gioconda“, Bosch's „Garten der Lüste“, C. D. Friedrichs „Das große Gebilde“ oder gar der Isehnheimer Altar Grünewalds. Hier wird ein Kunstanspruch festgemacht, den Kirchners Musik nie und nimmer einlösen kann.

Denn diese Musik reimt sich, abgesehen von ein paar brutistischen Einschüben, zusammen wie ein Strophen- und Eklektizismus: da tönen venezianische Fanfaren über einem Ravelschen „Lever du jour“, da blasen Richard Strauss's kalte Winde aus der „Salome“ über die Terrasse, da wagnert es taktweise, aber der Grundton bleibt doch der eines apokalyptischen Mascagni. Und das ist wohl doch eine Tonsprache, die ein Komponist heute nicht mehr in den Mund nehmen sollte, allem Gerede über neue Tonalität zum Trotz.

Die einzig wesentliche Partie ist die des Belshazars. Sie wird von Hermann Becht eindrucksvoll bewältigt. Ronald Pries läßt Daniels klagende Wamschreie ertönen, Marianne Seibel steuert die Takte der Königin bei, Alfred Kuhn hat als Majordomus etwas zu bestimmen. Aber aller Interpretations-Mühe zum Trotz: eine Totgeburt. REINHARD BEUTH

Eine weitere Aufführung am 28. 1.; Kartenverbestellung 089/2181

Hannover möchte theatralisch Großstadt werden

Feines für graue Maus

Hannover mag nicht länger als die „graue Maus“ unter den westdeutschen Theaterstädten übersehen werden. Nachdem Niedersachsens Landeshauptstadt sich jüngst erst mit Umbau und zweiter Nachkriegsrenovierung ihres Opernhauses zu neuer Ansehlichkeit gepuzt und dafür manchen lang ererbten Liebhaberlich eingetauscht hat, soll nun, verspricht Wissenschafts- und Kunstminister Johann-Tönjes Cassens, ein weiterer Kraftakt dem Sprechtheater gelten.

Die arg begrenzte Ausstrahlung der Hannoveraner Bühnen erklärte sich zum beträchtlichen Teil aus mangelhaften äußeren Arbeitsbedingungen. Seit die alte „Schauburg“ 1943 zerbombt wurde, fehlt das „große Haus“ fürs Schauspiel – samt angemessenen Probenräumen. In vier Jahrzehnten brachten Kultur- und Finanzpolitiker von Land und Stadt bisher keines der zahlreichen erwogenen Lösungskonzepte zur Reife. Die Dauerprovisorien dämpfen bis heute die Lust an der Bühnenkunst – zu allererst bei den Ausübenden selbst mit fatalen Folge- und Wechselwirkungen.

Doch nun soll sich alles wenden. Im Auftrag der Landes- und städtischen Staatstheater Hannover GmbH hat eine Gutachterkommission die Situation ziemlich schonungslos beschrieben und „radikale“ Maßnahmen empfohlen, wofür Minister Cassens und Hannovers Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube zwar einvernehmlich dankten („wertvolle Entscheidungshilfe“), um die sie und andere in naher Zukunft aber noch manchen Strauß ausfechten dürften. Immerhin, ließ der Chef der Stadtver-

waltung wissen, will er „1987/88 zur Tat“ kommen. Das Land, so ist zu hören, ist mit den Kommissionsvorschlägen „hoch zufrieden“.

Die Gutachter (neben Staatstheater-Aufsichtsrat Hans-Peter Albrecht die beiden Hannoveraner Feuilleton-Journalisten Bernhard Häußermann und Raimar Hollmann sowie der Berliner Theaterwissenschaftler Prof. Henning Rischbieter) sind sich einig: Nach Theateretat und -personal ist Hannover zu messen an den größten Konkurrenten in Köln, Stuttgart, Frankfurt. Auch Bühnen- und Zuschauerkapazitäten sind entsprechend vorhanden, jedoch nicht zweckgerecht genutzt.

Das raumgrößte „Theater am Aegi“ (Aegidienortplatz nahe der Oper), derzeit vom Staatsschauspiel nur miteingewutzt, weil als typisches Gastspieltheater ohne Proben- und Intendantenzimmer, wollen die Gutachter zum „großen Haus“ des Schauspiel mit allen zentralen Einrichtungen aus- und umgebaut sehen (veranschlagte Kosten „unter 15 Millionen“). Das kleinere Barocktheater am Ballhof, jetzt die unzureichende Heimstätte des Schauspiel, würde danach „kleines Haus“ einschließlich hinzuzubauender Studio- oder Probenbühne. Ein Schauspielhaus-Neubau kommt finanziell nicht in Betracht und wäre kaum auszulasten.

So bestechend „einfach“ die äußeren Lösungen erscheinen: die Kommission unterstreicht, daß ihre Verwirklichung „durch künstlerische Qualifizierung erst ihren Sinn“ finden muß. Wohlan denn, Hannover: schaff die Voraussetzungen!

MICHAEL JACH

Kultursenator Hassemer über die Pläne für 1986

Den Berlinern Spektakel

Ein Kultursenator hat sich verrecknet. Im 200. Todestag Friedrichs des Großen und zum Geburtsfest des Alten Fritz setzte Volker Hassemer das Alter des Monarchen ein paar hundert Jahre zu jung an. So geschahen, als Hassemer den neuesten Berliner Veranstaltungszusammenhang eröffnete: Künftig soll regelmäßig vor der Presse über Projekte und Bilanzen der Berliner Kultur berichtet werden.

Im „Jahr der Einweihungen“ stecken wir ohnehin: Im April eröffnet die großzügige Bildhauwerkstatt im Wedding. Mitte des Jahres folgt das Literaturhaus in der City, später dann die „Galerie der Romantiker“, ein Versuchsinstrument der Nationalgalerie und der Schlosserverwaltung in Sachen Caspar David Friedrich. Mitte November haben Berlinische Galerie, Werkbund-Archiv sowie die Jüdische Abteilung des Berlin Museums endlich auch ihre neuen Domicile im Martin-Gropius-Bau bezogen.

Schauplatz von Hassemer's Darlegungen war das Landesarchiv nahe dem Wittenbergplatz: Die Bedeutung dieses Instituts soll über die Aufstockung des Erweiterungsbau und Gewinnung wichtiger Nachlässe hinaus in ferne Zukunft auch durch einen Neubau unterstrichen werden. An dieser Stelle legte der Politiker ein Bekenntnis in die Hand in Hand mit dem Kollegen vom Wirtschaftsressort inszenierten „Spektakel“ ab. Hassemer sieht darin keinen „Feindbegriff“, sondern erforderliche „große Gemeinschaftsereignisse“. Die traditionellen Kunstorte hätten darunter keinesfalls zu leiden. Schließlich ist der Kulturbetrieb eben rund sieben Pro-

zent gewachsen. Die Schaubühne und die Staatstheater haben einen kräftigen Zuschlag bekommen. Die Freie Volksbühne wie das Theater des Westens sind kürzlich glattweg vor dem Konkurs bewahrt worden.

Regelmäßige Gemütsamkeit, ohne die zu erwartenden Anzeichen von Enttäuschung, zeigt Hassemer angesichts des Kulturabkommens. Da war „nicht mehr erreichbar“ – etwa beim Begriff einer „gemeinsamen Kultur-nation“. Schaubühnen-Gastspiel und Bauhaus-Archiv-Ausstellung hinüber und die schmale Gegengabe einer Otto-Nagel-Schau herüber reichen aus Berliner Sicht offenbar, ein regelrechtes „Bekenntnis“ zum Abkommen, „wie wir es im Moment vorliegen haben“, abzulegen. Die Hoffnung gegenüber endlich auch wieder Gastspielen der Ostberliner und der „DDR“-Bühnen öffnen zu können, das ist nun schon wieder eine „Anforderung“, der dieses Kulturabkommen eben „nicht gewachsen“ war.

Ein würdiges Provisionium, so war bei dieser Gelegenheit zu vernehmen, wird für das Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers Prinz-Albrecht-Palais angestrebt. Nachdem der Wettbewerb ein Ergebnis gebracht habe, „das nicht verwendet werden konnte“, gehe es an dieser Stelle des nationalsozialistischen Terrors „weniger um Gestaltung als um Aufdeckung“. Das Tragische solle nicht „durch Verschönerung weggeschwächt“ werden. Das Gelände wird bis zum Stadtjubiläum 1987 – wenn gleich erst einmal nur als Zwischenlösung – zum Sprechen gebracht werden.“ PETER HANS GÖPFERT

Rose Ansländer erhält für ihren Gedichtband „Mein Atem heißt jetzt“

den mit 3000 Mark dotierten Buchpreis des Deutschen Verbandes Evangelischer Buchereien.

Alberto Moravia leitet eine neue Zeitschrift, die Adresse des italienischen Kulturinstituts in Paris, „Cinquante Rue de Varenne“, als Titel führt; sie will den italienisch-französischen Kulturbeziehungen dienen.

Bertrand Tavernier, der französische Filmregisseur, hat aus Protest

gegen die Zulassung des ersten privaten Fernsehsenders in Frankreich, seinen Orden der Ehrenlegion zurückgegeben.

Gordon McRae ist 64jährig in Lincoln gestorben. Der amerikanische Sänger und Schauspieler wurde vor allem durch seine Rollen in „Oklahoma“ und „Carousel“ bekannt.

Pankraz, der Kiez und die neue Weinerlichkeit

Wer die Stimmung in einflussreichen intellektuellen Zirkeln der Bundesrepublik mit einer treffenden Kennmarke versehen will, der muß nicht lange suchen. „Neue Weinerlichkeit“ beherrscht die Szene. Das heißt allerdings nicht, daß alle „nahe am Wasser gebaut“ hätten und bei jeder Gelegenheit gleich in Tränen ausbrechen, wie es zur Werberzeit um 1975 üblich war. Weinerlichkeit ist ungeführt das Gegenteil von Tränenlosigkeit. Im allgemeinen weint man ja, entweder weil einem Schmerz zugefügt wird oder weil man gerührt ist, Mitleid mit anderen hat. Doch der Weinerliche hat allenfalls Mitleid mit sich selbst, und er empfindet dabei keinerlei nennenswerte Schmerzen. Sein Dauerzustand ist nicht die Rührung, sondern das umgürte Resentiment.

Während der Gerühre glückliche Lebensleistungen dankbar und trübselig als Geschenk nimmt, hält sie der Weinerliche für einen Tribut, der ihm „zusteht“. Laufen die Dinge nicht so, wie er es sich erhofft, so betrachtet er das als einen Angriff auf seine ureigenen Rechte und ist zunächst einmal empört. Bringt die Empörung nichts, so zieht er daraus keinesfalls praktische Konsequenzen oder wirft gar das Steuer um hundertsachtzig Grad herum, sondern er igeit sich in einem Kokon des Beleidigten ein, aus dem heraus er dann mit quengeliger Insistenz immer wieder sein „Recht“ einfordert. Er weint nicht, er „knietscht“, wie man in Sachsen so etwas nennt.

Das Knietschen ist nicht auf einige wenige Zirkel beschränkt, es gehört zur psychologischen Grundausstattung der Gegenwart und bildet gewissermaßen das subjektive Pendant zur Versorgungs- und Wohlfahrtsgesellschaft. Aber die einen knietschen mehr, die anderen weniger. Am meisten und vernehmlichsten knietschen die Linksintellektuellen, weil die Geschichte nicht so verläuft, wie sie sich das bei ihrer Utopie-Huberei ausgedacht hatten. Und da sie üblicherweise guten Zugang zu den Medien haben und mit ihrer Knietscherei die Kanäle überschwemmen, wird der in der Öffentlichkeit herrschende Ton zur Zeit ganz wesentlich von Weinerlichkeit und einem beleidigt vor sich hinseufenden Resentiment bestimmt.

Mit scharfen Kommentieren der Zeitläufte und notwendiger Kritik hat das fast gar nichts mehr zu tun. Kritik muß, wenn sie treffen will, überwiegend gutgeäußert dabeikommen, man muß ihr anmerken, daß der Kritiker sich seiner Position und seiner Argumente sicher ist und selbst an ihre Durchschlagskraft glaubt. Andernfalls wird die kritische Kontur gleich unscharf, der Schuß geht daneben, oder er geht direkt nach hinten los und richtet Verheerung im eigenen Lager an, raff Gleichgesinnte dahin, zerstört Lafetten und Munitionskisten.

Genau das ist die Lage bei den weinerlichen Knietschern der intellektuellen Szene. Ihre kritischen Attacken zeigen immer deutlicher Momente der Selbstzerstörung. Die eher traditionellen Marxisten unter ihnen wettern etwa gegen den „Rückzug aus der großen Fragen der Zeit“ – und treffen damit voll

den weinerlichen Bruder von nebenan, der den „Kiez“, die „Mikrowelt“ für der sozialen und geistigen Weisheit letzten Schluß hält. Die Kiezler ihrerseits zern über die „entfremdenden Gigantomaniern überregionaler Planemacher“ – und treffen damit voll ins Kontor der weinerlichen Marxisten.

Allesamt sind sie natürlich „ehemalige 68er“ und versichern sich dieser Abstammung häufig und gern. Denn an sich, nämlich als Pötschen-Beschaffungsprogramm und als Aktion zur Besetzung der gesellschaftlich relevanten Begriffe, war die „Revolte“ dieser sogenannten 68er ja ein voller Erfolg. Ihre Matadore, und zwar auch die völlig Inkompetenten unter ihnen, sitzen heute durch die Bank (entweder im Knast oder) in wohl-dotierten Staatsseihen, stellen Ministerpräsidenten und Lebenszeit-Professoren, nehmen dem Nachwuchs Lebenschancen weg, und die von ihnen favorisierten Begriffe fanden selbst in konservative Kreise Eingang, galten lange als die Leitbegriffe der Epoche schlechthin.

Sowohl die einen als auch die anderen wissen also sehr wohl, daß man nicht an irgendwelchen auswärtigen Feinden gescheitert ist, sondern an seinem eigenen Unvermögen zur realistischen Analyse der menschlichen Natur und der Gesetze des Lebens. Eines Tages ließ es sich eben einfach nicht länger verheimlichen: Man lag total schief mit seinem Kategoriensystem, es war für eine auch nur einigermaßen erträgliche Alltagssprache vollkommen ungeeignet. Doch kaum einer dachte daran, sich das einzugestehen oder vielleicht gar seine Philosophie unter dem Eindruck solcher Erfahrungen zu ändern, die Waffen der Kritik umzuschleifen, die Programmatik auf mittelfristige Prognosen umzustellen. Statt dessen wich man in die Weinerlichkeit aus – und begründete so immerhin die Ära der „Großen Weinerlichkeit“.

Man hat manchmal den Eindruck, als gingen die Weinerlichen von folgender Maxime aus: Wenn schon die Utopie, das „Andere“, der „wahre Sozialismus“ nicht kommen, so wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß die Welt, wie sie nun einmal ist, so ungemütlich und so tristost wie möglich erscheint, wollen sie den Leuten mit allen Mitteln vermessen. Und da das sicherste Mittel, den anderen das Leben zu vermessen, darin besteht, daß man sich selbst mies' und vöknietisch gibt, so laßt uns denn zu wahren Anbändern von Miesheit und Verknietichtheit werden!

Es ist dies freilich eine nicht risikolose Maxime. Schließlich kriegt auch der Gutgläubigste und Gutmütigste einmal genug davon, andauernd die Hölle auf Erden gepredigt zu bekommen, und zwar eine völlig uninteressante Hölle, einen blöhen Orkus mieser Weinerlichkeit. Er könnte schließlich auf den Gedanken kommen, daß es außer den Höllenpredigern selber gar keine Hölle gibt. Die Folgen für die höllischen Weinerlichen wären eventuell fatal.

Pankraz

Was Vicco von Bülow mit „Martha“ treibt – Liorot inszenierte Flotows Oper am Staatstheater Stuttgart

Zurück bleibt der Teapot der Königin

Welch ein Vergnügen! Welch ein feiner Humor! Und welche Liebe dabei Liorots Debüt als Opernregisseur, am Staatstheater Stuttgart Friedrich von Flotows „Martha“ gelandt, ist über die Maßen herrlich gelungen. So schöne Erinnerungen hat man von der Aufführung einer deutschen Spieloper sehr lange nicht mehr mitgenommen.

Es ist wohlgerneht Liorot, der Erfinder des Knollensamenmännchens, der Vater von Wum und Wendelin, der hier für „Inszenierung, Bühnenbild- und Kostümentwurf“ zeichnet, nicht Vicco von Bülow, der Opernfan, Wagnerianer, Premierentiger und Stammgast auf Bayreuths Grünen Hügel. Man darf daraus wohl schließen, daß die Opernregie hier ins Arbeitsfeld des Humoristen und Komikers fällt und sich nicht als spleenige Laune versteht, sondern als professionelles Unternehmen.

Wie es sich für eine anspruchsvolle zeitgenössische Regie gebort, verlegt Liorot die Zeit der Handlung, nein, nicht in die Entstehungszeit, die 1840er Jahre gewesen wären, sondern gleich noch etwas höher zu uns: in die 1880er Jahre, mitten in die Regierung der Königin Viktoria. Und die darf denn auch zum Schluß als alle segnende Landesmutter bühenfüllend herniederschweben, während sich die Anwesenden zu einem letzten „God save the Queen“ versammeln. Aber die Königin bleibt nicht, sie schwebt wieder gen Himmel, und da sieht man, daß sie nur ein Teewärmer war, einen großen Teapot unter sich auf der Bühne zurücklassend.

Aber wir wollen nicht vorgreifen. Anfangen hat natürlich alles ganz anders, nämlich an einem der vielen so entsetzlich langweiligen Morgen, an denen Lady Harriet weder ausge-schlafen war, noch wußte, was sie mit all der Zeit dieses Tages anfangen sollte, während sie da im weißen Bedemantel und mit weißen Pantöffeln und unfrisiert mit blonden Löckchen in ihrem schloßartigen Wintergarten auf jenem Bänkehen sitzt, das ein zentraler Ort für Liorot ist, nicht nur im Fernsehen, sondern nun auch auf der Opernbühne.

Der Zwei- bis Viersitzer kommt in Variationen wieder zum einträchtigen Nebeneinandersitzen und Aneinanderbeisitzen der Personen ins Spiel. Lady Harriets Freundin Nancy ist schon angezogen, sie trägt ein langes, weißes Reitkostüm und scheint ohne sonst die Aktive und Dynamische von beiden zu sein: unübersehbar sind die beiden Damen einander nicht nur platonisch zugetan.

Folgt der erste Chorauftritt: Einen Chor zu führen ist für einen Kameramiker vom Schlage Liorots nun wirklich heikles Neuland. Er tritt es souverän, indem er den Chor agieren läßt wie eine Person. Also:



Unterbrechung beim Herzkopf an Mr. Thatchers Stand: Szene aus Liorots „Martha“-Inszenierung in Stuttgart. FOTO: HANNES KILIAN

Synchron die Knickse, synchron die Kopfrollungen, und das führt gleich wieder zu den gelächterträchtigen Tennisfeldern, wenn die ganze Kammerfermenten wie auf Kommando den Kopf wendet. Der Chor tritt ab, und dann kommt noch einmal eine Chordame ganz undամենhaft zurück und streckt die depressiv maulenden Lady von hinten die Zunge heraus. An solchen Hinterfortigkeiten von der allermenschlichsten Seite ist kein Mangel in dieser Aufführung, und wir wollen sie nicht alle verraten, weil zuviel Wissen hoch dort den Spaß beim Besuch verdirbt.

Zweites Bild: Ein ganz liebevoll gemalter englischer Marktplatz mit seinen kleinen Läden ringsum. Klar, daß einer davon Thatcher heißt. Mister Thatcher verkauft Hüte, und eben einen solchen will Plumkett stehen. Sein Duett mit Lyonel vollzieht sich also ein passant beim Probieren von Hüten. Das macht Liorot den ganzen Abend so richtig und so plausibel: die Sänger sind beschäftigt, während sie singen. Sie sind nicht mit Singen beschäftigt. Das sieht fast aus wie ein Rudolf Noelt in feinsinniger Karikatur.

Besondere Beschäftigungstherapie hatte sich Liorot natürlich für

die stummen Chargenrollen ausgedacht, die er extra für das Stück erfunden hat. Der Bohly auf dem Markt zu Richmond tritt natürlich prompt in einen Hundehaufen und führt die entsprechende Pantomime auf.

Später, im Waldbild, das hier zu einer Gartenwirtschaft geworden ist, gibt es nicht nur so ein reizendes Exemplar von Familie mit Kindern, die sich in ihr alltägliches Chaos bei Tisch verwickeln, sondern auch einen herrlich schlürfenden und hinkenden Kellner, der seine Servierkünste wohl bei einem „Dinner for one“ gelehrt hat, und noch einen zufällig in der Gegend weilenden sächsischen Ton-dichter, der laut Programmheft über Flotow geäußert haben soll: „... ich wollte, ich wäre so ein Genie wie Herr von Flotow – schrieb Opern wie Martha, und hätte so, was – ich eben nicht kann.“ Die Authentizität dieses Zitats wird nachprüfbar sein, jedenfalls flieht der Herr erschreckt aus der Wirtschaft, als Lady Harriet „Tristan“ ruft, womit sie freilich ihren ältlichen Verehrer Lord Mickford meint. Aber zu diesem Zeitpunkt ist das Publikum schon so sensibilisiert, daß es nur noch des kleinsten Anstoßes bedarf, um die Wogen des Geld-

chers hochgehen zu lassen im Zuschauerraum.

Ja, man braucht in Plumkett und Lyonel Bachelor-Haushalt und das Portrait einer Dogge – entfernte Ähnlichkeit mit Wum – an der Wand zu bewahren. Und wenn die beiden vorgeblichen Mäde so gar nichts können im Haushalt, und die beiden Junggesellen sich an die Spinnräder setzen, wie vierhändig ans Klavier, und das Rädchen summen lassen, dann zeigt sich, daß Liorot auch als Opernregisseur seine feine Komik daher bezieht, den lieben Mitmenschen genau zuzuschauen.

Ein Kabinettstück besonderer Art gelangt Liorot nach der Flucht der falschen Mäde, wenn die beiden Bauern mitten in der Nacht und mitten auf dem Land „Herbei, ihr Leuterruten und tatsächlich der gesamte Männerchor bereitsteht. Da gibt's nur eine Logik, nämlich die des Theaters. Es sind die Bühnenarbeiter, die zur Stelle sind, um nach den abtrünnigen Damen suchen zu helfen. Und da Bühnenarbeiter nicht zum Singen da sind, sind es natürlich Chorsänger im Kostüm des Bühnenarbeiters. So lagert sich Ebene über Ebene.

Man kann das nicht gegen Liorot wenden, aber auch das ist leider wahr: Flotows Musik hört man viel zu wenig zu an diesem Abend, obwohl das Orchester unter aus Dresden gastierenden Wolf-Dieter Hauschild ganz hervorragend spielt, die vielgeschundene „Martha“ als ein glänzend und einfallreich komponiertes Exemplar deutscher Oper ausweist, das, mit solcher Eindringlichkeit vortragen, durchaus nicht verdient, in die Provinz abgeschoben zu werden.

Auch bei den Sängern hat sich Stuttgart angestrengt. Krisztina Laki ist die koloratur-kokette Lady Harriet, Waltraut Meier mit kräftigem Mezzo ihre Vertraute Nancy. Dem Plumkett gibt Helmut Berger-Tuna sein stümmlisches Baßgewicht, und die Tenorarien des Lyonel fallen Rüdiger Wolters zu, dessen so schön timbrierte Stimme hier leider nicht immer über die mangelhafte Singsprache hinwegtrösten kann.

Wenn man auch so manches liegengewonnene Liorot-Repertoire wieder-erkennt hat an diesem Abend und fürchten muß, daß das auch in weiteren Liorot-Inszenierungen nur wiederholt würde: ein paar Aufführungen von dieser Handschrift würde man schon gern sehen in den nächsten Jahren. Welchem Intendanten gelingt es, Vicco von Bülow zu den Sünden seines Alters zu überreden?

REINHARD BEUTH
Weitere Aufführungen: 27. und 29. Jan. 10, 15, 18, 22. Feb.: Kartenverbestellungen 0711/203244.

JOURNAL

„Golden Globe“ für Klaus-Maria Brandauer

AFP, Beverly Hills
Der amerikanische Film „Out of Africa“ von Sydney Pollack ist in Hollywood mit dem Filmpreis der Auslandspresse, dem „Golden Globe“, als bester Film des Jahres ausgezeichnet worden. Der österreichische Schauspieler Klaus-Maria Brandauer erhielt für seine Rolle in diesem Film den „Golden Globe“ für die beste männliche Nebenrolle. An „Prizzi's Honor“ (Die Ehre der Prizzi) von John Huston gingen drei „Golden Globe“ für die beste Komödie und die beiden Hauptdarsteller Jack Nicholson und Kathleen Turner.

Gesellschaft für deutsche Sprache

dpa, Frankfurt
Mehr als hundert Sprachwissenschaftler haben sich in einer Resolution für den Weiterbestand der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden eingesetzt. Die Gesellschaft ist aufgrund von Zahlungsunfähigkeit in eine Existenzkrise geraten, die nach Angaben ihres Vorsitzenden Günter Plug von dem inzwischen fristlos entlassenen Geschäftsführer Otto Nüßler verursacht worden sei. Die Verhandlungen mit dem Bonner Innenministerium über weitere finanzielle Hilfen sollen am 29. Januar abgeschlossen werden.

Innenminister will Film-Vorsitz abgeben

AP, Bonn
Das Bundesinnenministerium in Bonn will seinen vor zwei Jahren eingeführten Vorsitz im 33köpfigen Auswahl Ausschuss für Filmförderung, der die Förderungsbedingungen für Filme, Drehbücher, Verleih- und Programmkonzepte prüft, wieder abgeben. Für die nächste zweijährige Amtszeit soll eines der unabhängigen Ausschussmitglieder mit dem Vorsitz betraut werden. Bisher hatte der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ernannte Filmreferent den Vorsitz inne. Für die neue Amtsperiode sind 80 Prozent der bisherigen Ausschussmitglieder wiederberufen worden.

„Rat für Formgebung“ sucht neue Geldgeber

dpa, Darmstadt
Der „Rat für Formgebung“, der sich seit 1951 von Darmstadt aus um vorbildliches Produkt-Design bemüht, wird möglicherweise aus finanziellen Gründen an einen anderen Standort umziehen müssen. Da der Bund, der bisher aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums den Hauptanteil des Etats für den Rat getragen hatte, sich künftig zurückzieht, muß sich die Stiftung neue Geldgeber suchen. Köln, Frankfurt, Stuttgart und München haben bereits Interesse als künftige Finanziers angemeldet.

Christlich-jüdisches Religionsgespräch

DW, Duisburg
Mit dem „Christlich-jüdischen Religionsgespräch“ seit dem 18. Jahrhundert“ beschäftigt sich ein Symposium der Universität Duisburg gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr. Es findet vom 2. bis 6. März statt.

Ernst Schnabelt

Der Schriftsteller Ernst Schnabel wurde am Sonntag in seiner Berliner Wohnung tot aufgefunden.



Ernst Schnabelt (1915-1986) FOTO: A. FRIEDRICH

Der 73jährige ist nach Mitteilung der Polizei offenbar eines natürlichen Todes gestorben. Ernst Schnabelt, zuerst Seemann, dann bei der Kriegsmarine, begann mit Romanen, z. B. „Die Reise nach Savannah“ (1939), „Nachtwind“ (1941), „Schiffe und Sterne“ (1943). Von Schnabelt stammte auch das Drehbuch zu Helmut Käutners Film „In jenen Tagen“ und zu Henzes Oper „Das Floß der Medusa“. Nach dem Kriege war er zuerst Chefdramaturg, später Leiter der Abteilung Wort und schließlich von 1951 bis Januar 1955 Intendant beim Nordwestdeutschen Rundfunk. In den sechziger Jahren leitete er auch zeitweise das Dritte Programm des NDR/SFB. Bekannt wurde er vor allem als Autor von Hörfunksendungen, die sich zwischen Hörspiel und Dokumentation bewegen. DW

Uraufführung in München: Kirchners „Belshazar“

Richtfest wird Bruchfest

Auf den heute 43jährigen Komponisten Volker David Kirchner wurde am 1974 erstmals auf dem Festesgesellschaft (bei Reinhardt) springt da eine riesige Höhe, die gesamte Bühnenhöhe einnehmende Tür auf und läßt den König allein zurück mit seiner toten Frau, seinem toten Sohn. Jetzt versucht Belshazar, einen Dialog mit Gott anzuknüpfen, aber es gelingt nicht mehr.

Die Geschichte ist ein bischen zu eindimensional für ein modernes Stück Musiktheater. Wären da Reinhardts Ausstattung und die Regie von Kurt Horres, die das Werk in eine ganz überzeugende zeitgenössische Ästhetik zwingen, die Simplizität würde noch krasser zutage treten. So gibt es doch Momente, die betroffen machen: die Auftritte des gefundenen, wie gefolterten Daniel, die grandios inszenierte Entfaltung der Kunstwerke des Königs, eine Sammlung der Weltkunst, in der Mantegna-Beweinung des toten Christus“ ebensowenig fehlt wie Picasso „Guernica“, Leonardos „Gioconda“, Bosch's „Garten der Lüste“, C. D. Friedrichs „Das große Gebilde“ oder gar der Isehnheimer Altar Grünewalds. Hier wird ein Kunstanspruch festgemacht, den Kirchners Musik nie und nimmer einlösen kann.

Denn diese Musik reimt sich, abgesehen von ein paar brutistischen Einschüben, zusammen wie ein Strophen- und Gedicht des Eklektizismus: da tönen venezianische Fanfaren über einem Ravelschen „Lever du jour“, da blasen Richard Straussens kalte Winde aus der „Salome“ über die Terrasse, da wagnert es taktweise, aber der Grundton bleibt doch der eines apokalyptischen Mascagni. Und das ist wohl doch eine Tonsprache, die ein Komponist heute nicht mehr in den Mund nehmen sollte, allem Gerede über neue Tonalität zum Trotz.

Die einzig wesentliche Partie ist die des Belshazars. Sie wird von Hermann Becht eindrucksvoll bewältigt. Ronald Pries läßt Daniels klagende Wamschreie ertönen, Marianne Seibel steuert die Takte der Königin bei, Alfred Kuhn hat als Majordomus etwas zu bestimmen. Aber aller Interpretations-Mühe zum Trotz: eine Totgeburt. REINHARD BEUTH

Ein weitere Aufführung am 28. 1.; Kartenverbestellung 089/2181

Hannover möchte theatralisch Großstadt werden

Feines für graue Maus

Hannover mag nicht länger als die „graue Maus“ unter den westdeutschen Theaterstädten übersehen werden. Nachdem Niedersachsens Landeshauptstadt sich jüngst erst mit Umbau und zweiter Nachkriegsrenovierung ihres Opernhauses zu neuer Ansehlichkeit gepuzt und dafür manchen lang ererbten Liehbarberck eingetauscht hat, soll nun, verspricht Wissenschafts- und Kunstmister Johann-Tönjes Cassens, ein weiterer Kraftakt dem Sprechtheater gelten.

Die arg begrenzte Ausstrahlung der Hannoveraner Bühnen erklärte sich zum beträchtlichen Teil aus mangelhaften äußeren Arbeitsbedingungen. Seit die alte „Schauburg“ 1943 zerbombt wurde, fehlt das „große Haus“ fürs Schauspiel – samt angemessenen Probenräumen. In vier Jahrzehnten brachten Kultur- und Finanzpolitiker von Land und Stadt bisher keines der zahlreichen erwogenen Lösungskonzepte zur Reife. Die Dauerprovisorien dämpfen bis heute die Lust an der Bühnenkunst – zu allererst bei den Ausübenden selbst mit fatalen Folge- und Wechselwirkungen.

Doch nun soll sich alles wenden. Im Auftrag der Landes- und stadt-eigenen Staatstheater Hannover GmbH hat eine Gutachterkommission die Situation ziemlich schonungslos beschrieben und „radikale“ Maßnahmen empfohlen, wofür Minister Cassens und Hannovers Oberstadtdirektor Hinrich Lehmann-Grube zwar einvernehmlich dankten („wertvolle Entscheidungshilfe“), um die sie und andere in naher Zukunft aber noch manchen Strauß ausfechten dürften. Immerhin, ließ der Chef der Stadtver-

waltung wissen, will er „1987/88 zur Tat“ kommen. Das Land, so ist zu hören, ist mit den Kommissionsvorschlägen „hoch zufrieden“.

Die Gutachter (neben Staatstheater-Aufsichtsrat Hans-Peter Albrecht die beiden Hannoveraner Feuilleton-Journalisten Bernhard Häußermann und Raimar Hollmann sowie der Berliner Theaterwissenschaftler Prof. Henning Rischbieter) sind sich einig: Nach Theateretat und -personal ist Hannover zu messen an den größten Konkurrenten in Köln, Stuttgart, Frankfurt. Auch Bühnen- und Zuschauerkapazitäten sind entsprechend vorhanden, jedoch nicht zweckgerecht genutzt.

Das raumgrößte „Theater am Aegi“ (Aegidienortplatz nahe der Oper), derzeit vom Staatsschauspiel nur mitegenutzt, weil als typisches Gastspieltheater ohne Proben- und Intendantenzimmer, wollen die Gutachter zum „großen Haus“ des Schauspiel mit allen zentralen Einrichtungen aus- und umgebaut sehen (veranschlagte Kosten „unter 15 Millionen“). Das kleinere Barocktheater am Ballhof, jetzt die unzureichende Heimstätte des Schauspiel, würde danach „kleines Haus“ einschließlich hinzuzubauender Studio- oder Probenbühne. Ein Schauspielhaus-Neubau kommt finanziell nicht in Betracht und wäre kaum auszulasten.

So bestechend „einfach“ die äußeren Lösungen erscheinen: die Kommission unterstreicht, daß ihre Verwirklichung „durch künstlerische Qualifizierung erst ihren Sinn“ finden muß. Wohlan denn, Hannover-schaft die Voraussetzungen!

MICHAEL JACH

Kultursenator Hassemer über die Pläne für 1986

Den Berlinern Spektakel

Ein Kultursenator hat sich verrecknet. Im 200. Todestag Friedrichs des Großen und zum Geburtstag des Alten Fritz setzte Volker Hassemer das Alter des Monarchen ein paar hundert Jahre zu jung an. So geschahen, als Hassemer den neuesten Berliner Veranstaltungszusammenhang eröffnete: Künftig soll regelmäßig vor der Presse über Projekte und Bilanzen der Berliner Kultur berichtet werden.

Im „Jahr der Einweihungen“ stecken wir ohnehin: Im April eröffnet die großzügige Bildhauwerkstatt im Wedding. Mitte des Jahres folgt das Literaturhaus in der City, später dann die „Galerie der Romantiker“, ein Versuchsinstrument der Nationalgalerie und der Schlosserverwaltung in Sachen Caspar David Friedrich. Mitte November haben Berlinische Galerie, Werkbund-Archiv sowie die Jüdische Abteilung des Berlin Museums endlich auch ihre neuen Domicile im Martin-Gropius-Bau bezogen.

Schauplatz von Hassemers Darlegungen war das Landesarchiv nahe dem Wittenbergplatz: Die Bedeutung dieses Instituts soll über die Aufstockung des Erweiterungsbau und Gewinnung wichtiger Nachlässe hinaus in ferne Zukunft auch durch einen Neubau unterstrichen werden. An dieser Stelle legte der Politiker ein Bekenntnis in die Hand in Hand mit dem Kollegen vom Wirtschaftsressort inszenierten „Spektakel“ ab. Hassemer sieht darin keinen „Feindbegriff“, sondern erforderliche „große Gemeinschaftsereignisse“. Die traditionellen Kunstorte hätten darunter keinesfalls zu leiden. Schließlich ist der Kulturbetrieb eben rund sieben Pro-

zent gewachsen. Die Schaubühne und die Staatstheater haben einen kräftigen Zuschlag bekommen. Die Freie Volksbühne wie das Theater des Westens sind kürzlich glattweg vor dem Konkurs bewahrt worden.

Regelmäßige Gemütsamkeit, ohne die zu erwartenden Anzeichen von Enttäuschung, zeigt Hassemer angesichts des Kulturabkommens. Da war „nicht mehr erreichbar“ – etwa beim Begriff einer „gemeinsamen Kultur-nation“. Schaubühnen-Gastspiel und Bauhaus-Archiv-Ausstellung hinüber und die schmale Gegengabe einer Otto-Nagel-Schau berüber reichen aus Berliner Sicht offenbar, ein regelrechtes „Bekenntnis“ zum Abkommen, „wie wir es im Moment vorliegen haben“, abzulegen. Die Hoffnung gegenüber endlich auch wieder Gastspielen der Ostberliner und der „DDR“-Bühnen öffnen zu können, das ist nun schon wieder eine „Anforderung“, der dieses Kulturabkommen eben „nicht gewachsen“ war.

Ein würdiges Provisionium, so war bei dieser Gelegenheit zu vernehmen, wird für das Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers Prinz-Albrecht-Palais angestrebt. Nachdem der Wettbewerb ein Ergebnis gebracht habe, „das nicht verwendet werden konnte“, gehe es an dieser Stelle des nationalsozialistischen Terrors „weniger um Gestaltung als um Aufdeckung“. Das Tragische solle nicht „durch Verschönerung weggeschwächt“ werden. Das Gelände wird bis zum Stadtjubiläum 1987 – wenn gleich erst einmal nur als Zwischenlösung – zum Sprechen gebracht werden.“ PETER HANS GÖPFERT

3SAT